

Interview:

BetriebsrätInnen sind unersetzbar

BAK-Präsident Herbert Tumpel im Gespräch mit Sozak-SchülerInnen 8

Schwerpunkt:

Mit gutem Gewissen

Vom Versuch, mit strategischem Konsum die Welt zu ändern 24

Schwerpunkt:

Kein Wunschpaket

Das Budget 2011 gibt ArbeitnehmerInnen keinen Anlass zum Jubel 36

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 12 | 2010 | 64. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Süßer die Kassen nie klingen

ab Seite 8



8

© Markus Zahradnik



16

© UGB-Verlag/Paul Sturm



26



32

© Markus Zahradnik

Schwerpunkt:

Das selbst entwertete Geld 16

Viele VerbraucherInnen verschleudern ihre knappen Mittel gedankenlos und investieren in Esoterik oder Glücksspiel.

Geht's den Menschen gut ... 18

... geht's der Wirtschaft gut – so müsste der aktuelle Slogan der WKÖ eigentlich lauten. Die Fakten sind eindeutig.

Vermögend oder reich? 20

Österreichs Millionäre werden mehr und reicher – die Luxusbranche verzeichnet für 2010 tolle Zuwachsraten.

So eine Sünde 22

Ein Zehntel unseres Restmülls besteht aus Lebensmitteln. Immer mehr junge Menschen wollen der Verschwendung nicht zusehen.

Konsum für eine bessere Welt 24

Immer mehr Menschen schauen beim Kaufen auch darauf, wo und wie unsere Konsumgüter produziert werden.

Wert gesellschaftlicher Verantwortung 26

Leider gibt es in Österreich nach wie vor keine Legal-Definition für Corporate Social Responsibility (CSR) von Unternehmen.

Apfelschmus 28

Fans von Apple Hard- und Software haben iPads, iPods, iTunes und iBooks. Aber auch in Apple steckt der Produktions-Wurm.

Wo bleibt das Geld! 30

Die Kaufkraft steigt – und doch haben viele ÖsterreicherInnen das Gefühl, dass alles teurer wird.

Die stillste Zeit im Jahr? 32

An Handelsangestellte stellt die Weihnachtszeit besondere Ansprüche: hektische Kundschaft und heftige Musikberieselung.

Öffentlichen Konsum stärken 34

Notwendige Investitionen als Rahmenbedingungen für Strukturverbesserung, Wachstum und Beschäftigung.

Konsolidierungspaket 2011–2014 36

Das Budget 2011 ist kein Wunschpaket der ArbeitnehmerInnen, trotz höherer vermögensbezogener Steuern.

Interview:**Danke BetriebsrätInnen 8**

BAK-Präsident Tumpel im Gespräch mit zwei BetriebsrätInnen, die derzeit die Sozialakademie besuchen, über »die Krot«.

Standards:**Standpunkt: Frohes Fest 4****Veranstaltung: 90er von Alfred Ströer 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie: Zimmerpalme und Kanari 11****Zahlen, Daten, Fakten 38****Verbraucherpreise 39****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

Wirtschaft&Arbeitsmarkt:**Wenn Vermögen stiften gehen 40****Private wirtschaften besser ... 42****Kapitalismus im Umbruch 44****Aus AK und Gewerkschaften:****Darf's a bisserl mehr sein? 12****Betriebsratsrealitäten 14**

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader/

Kling, Kassa, klingelingeling

Redaktion intern

»Es geht der Wirtschaft dann gut, wenn es den ArbeitnehmerInnen gut geht, weil dann Kaufkraft vorhanden ist«, betonte BAK-Präsident Herbert Tumpel im Interview, das wir gemeinsam mit Thomas Kinberger und Erika Machac geführt haben, die beiden nehmen am 60. Lehrgang der Sozialakademie teil.

Dabei ging es auch um die erfolgreiche Kampagne der AK »Schluck die Krot net«, die in Abstimmung mit der ÖGB-Kampagne »Fair teilen« 2010 (S. 12) auf die finanzielle und soziale Schieflage in Österreich hingewiesen hat.

Konsum ist Schwerpunktthema der Nummer 12/2010 der »Arbeit&Wirtschaft«, und wofür Menschen ihr hart verdientes Geld ausgeben ist manchmal verwunderlich (S. 16)

»Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut« wirbt die WKÖ. AK-Experte Adi Buxbaum erklärt ab Seite 18, warum der Slogan anders lauten müsste. Und während wir uns auf Seite 20 die richtig Reichen im Land angesehen haben, fragen wir ab Seite 22, was mit deren Abfällen passiert. Weitere Artikel in dieser »A&W« befassen sich mit dem Budget

(S. 34), Stiftungen (S. 40) und Wirtschaftswunderwuzis (S. 42). Außerdem freuen wir uns über den Artikel der Schülerin Pia Hopfenwieser zum Kapitalismus im Umbruch (S. 44).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Standpunkt

Frohes Fest

Von drauß' vom Walde komm ich her; ich muss euch sagen, es weihnachtet sehr! Allüberall auf den Tannenspitzen, sah ich goldene Lichtlein sitzen; und droben aus dem Himmelstor, sah mit großen Augen das Christkind hervor«, schrieb Theodor Storm 1862. Fast 150 Jahre später sieht das ganz anders aus. Da geht man nicht mehr in den Wald, um Weihnachtsstimmung einzufangen, höchstens um vor ihr zu fliehen. Denn gleich nach Halloween werden in den Geschäften die Weihnachtsvorboten aufgebaut, Lebkuchen und Adventkalender und fast zeitgleich ertönt alle Jahre wieder »Last Christmas«.

Christkind gegen Weihnachtsmann

Die goldenen Lichtlein sitzen nicht auf den Tannenspitzen, sondern hängen über den Einkaufsmeilen, den Christkindlmärkten, in Vorgärten und auf Balkonen, gleich neben dem Weihnachtsmann. Der wurde ja angeblich von Coca-Cola erfunden, erzählt man sich am Punschstand beim ebenfalls alle Jahre wiederkehrenden Glaubensstreit, wer denn nun für die Geschenke zuständig sei. Ursprünglich war es ja der Nikolaus, aus der Türkei stammend, hier bei uns ein gut integrierter Migrant. Der wurde im Lauf der Jahre mit einer alten nordischen Sagenfigur

vermischt und schließlich von europäischen Einwanderern in die USA exportiert. Santa Claus nannte man ihn in der neuen Welt. Vieles an seinem Aussehen und seine weltweite Verbreitung – ja sein Marketing – verdankt er tatsächlich dem in solchen Sachen erfahrenen, braunen Erfrischungsgetränk. Die Konkurrentin in Kinderherzen und Werbefeldzügen – das Christkind – hat Martin Luther eingeführt. Weil die Protestanten die katholischen Heiligen ablehnten – und der gute Reformator die Kinder nicht um ihre Geschenke bringen wollte, die sie damals am Namenstag des Heiligen Nikolaus bekamen –, ersetzte er den alten Herrn durch das Christkind, das am Heiligen Abend kam. Im 19. Jahrhundert übernahm die katholische Kirche das gerne als blond gelockter Engel dargestellte Christkind.

Heute penetrieren uns alle beide ab Mitte November in Werbung und Deko. Da will uns Santa Handyverträge aufschwätzen und das Christkind mit großen Augen hat scheinbar ein Pantscherl mit dem Hausverstand, der sich für eine Handelskette verdingt. Den gleichen Supermarkt, der – lauthals angepriesen – am 8. Dezember seine Läden geschlossen hält. An und für sich eine gute Sache und auch mit ein Erfolg des Betriebsrats. Denn gerade in der Vorweihnachtszeit können die KollegInnen in den Geschäften zwischen

Jingle-Bells und Konsumhektik eine Atempause brauchen. Wenn nicht die anderen Geschäfte unter dem bunten Bogen des Mutterkonzerns am Marienfeiertag gnadenlos geöffnet hätten. Und jedes Jahr nehme ich mir vor, diesmal alles anders zu machen, dem Konsumterror die Stirne zu bieten, Geschenke rechtzeitig zu besorgen, was selber zu basteln, mir Zeit zu nehmen – und jedes Jahr lasse auch ich mich wieder von der allgemeinen Hektik anstecken.

Im Winterwunderland

Und dann gibt es Tage wie heute – zehn Tage vor Weihnachten – wo der Winter die Stadt verzaubert, das Schneegestöber das Menschengestöber lahm legt, das Weihnachtsmusikgedudel scheint genauso unter der weißen Decke zu verschwinden wie der unerträgliche Kitsch. Dick verummmt sind die Menschen und lächeln doch, wenn sie anderen unsicheren Schritts im Winterwunderland begegnen. Und die Hausmeisterin freut sich, als ich mich bei ihr fürs Schnee schaufeln bedanke. Dann ist es für mich Weihnachten, und mir ist egal, wer dieses kleine Wunder bewirkt, der Weihnachtsmann oder das Christkind.

So wünsche auch ich Ihnen ein frohes, schönes Fest und einen guten Wechsel ins neue Jahr.

Alfred Ströer feiert 90. Geburtstag

Mit einem kleinen Festakt am 9. Dezember bedankten sich KollegInnen und Nachfolger beim verdienten Gewerkschafter für sein Werk und seine Vorbildwirkung.

Was für ein Leben im Dienst der Gewerkschaftsbewegung: Am 3. Dezember 1920 kam Alfred Ströer als Sohn einer Arbeiterfamilie im roten Wien zur Welt. Bereits als Werkzeugmacher-Lehrling in der Simmeringer Waggonfabrik engagierte er sich gewerkschaftlich. 1939, nachdem die Nazis auch in Österreich die Macht ergriffen hatten, geriet der junge Fredl nach einer Flugblattaktion in die Fänge der Gestapo und verbrachte Monate im Gefängnis. Obwohl vorerst für wehrunwürdig erklärt, wurde er 1942 in die berühmte Strafkompagnie 999 einberufen. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegs-

gefangenschaft 1946 engagierte er sich sofort in der Gewerkschaftsbewegung und wurde Jugendsekretär, später Leiter der Sekretär und schließlich Finanzreferent des ÖGB sowie Nationalratsabgeordneter.

In einer kleinen Feier würdigten Sozialminister Rudolf Hundstorfer, ÖGB-Präsident Erich Foglar, BAK-Präsident Herbert Tumpel, Ernst Nedwed vom Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sowie ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr die Verdienste des Jubilars, der mit seiner Familie erschienen war.

BUCHTIPP

Wilhelm Toth

Alfred Ströer – Eine Biografie

Vom Volksgerichtshof
in die Gewerkschaftsspitze.

ÖGB-Verlag, 2004,
308 Seiten, € 28,-
ISBN 3-7035-0975-9



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Alfred Ströer ließ es sich nicht nehmen, sich persönlich für die Feier zu bedanken. Neben ihm seine Frau Maria und Ernst Nedwed.



Die Gewerkschaftsjugend war Ströer immer ein besonderes Anliegen. ÖGJ-Sekretär Florian Zuckerstätter drückt ihm die Hand.



In der ersten Reihe die Festredner BM Hundstorfer, ÖGB-Präsident Foglar und BAK-Präsident Tumpel, dahinter Sozialpartner Herbert Krejci.



Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ), dankt dem großen Vorbild.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.
 Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.
 Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
 E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzek (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
 Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,
 Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,
 Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),
 Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
 Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,
 Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
 Sonja Adler (Sekretariat),
 Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Kai Biehl,
 Adolf Buxbaum, Astrid Fadler, Georg Feigl, Sophia T. Fielhauer-
 Resei, Dagmar Gordon, Pia Hopfenwieser, Wilfried Leisch,
 Nani Kauer, Karl Kollmann, Petra Kreinecker, Thomas Lachs,
 Wilfried Leisch, Gabriele Müller, Brigitte Pellar,
 Sybille Pirklbauer, Christian Resei, Reinhold Russinger,
 Lisa Seidl, Elisabeth Steinklammer, Thomas Varkonyi

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
 Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
 Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
 Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
 E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
 Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
 Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
 Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
 Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,
 E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
 Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
 von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autorin trägt
 die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
 Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
 aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
 Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
 geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
 sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.
 Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
 Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

Johann-Böhm-Stipendien

Förderung von Diplomarbeiten und Dissertationen.

Der **Johann-Böhm-Fonds** will die Forschung zu Themen fördern, die für die ArbeitnehmerInnen-Vertretung von Bedeutung sind.

Deshalb vergibt der ÖGB jedes Jahr vier bis sechs Stipendien, die je nach Art der wissenschaftlichen Arbeit mit bis zu 5.000 Euro honoriert werden. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Arbeiten zu bekommen, die dann dem ÖGB-Verlag zur Publikation vorgeschlagen werden können.

Im Wintersemester 2010/11 werden Arbeiten zu folgenden Themen gefördert:

- Tendenzen der Entwicklung des Arbeitsrechts in den 2004 neu beigetretenen EU-Staaten seit deren Beitritt
- Arbeitszeit-Verkürzung in Österreich 1945 bis 2010 – soziale und wirtschaftliche Auswirkungen

■ Lohn-Stückkosten und »Ausschüttungs-Stückkosten« – eine vergleichende Analyse der Entwicklung in den Jahren 1998 bis 2008

■ Mindestlohnregelungen im Ländervergleich

Spätestens zum Zeitpunkt der Bewerbung muss der/die BewerberIn Gewerkschaftsmitglied sein.

ACHTUNG! Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2011.

Unterlagen und genauere Informationen zu Höhe und Kriterien der Förderung erhalten Sie bei:

ÖGB Referat für Rechtspolitik
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel: 01/534 44
 Mag. Silvia Franz: DW 39180
 Sandra Micic: DW 39173
 sozialpolitik@oegb.at
 Mehr Info: www.oegb.at/stipendien

vida:

vida Podcast holt EU-Podcast-Award

Gewerkschaftsradio bietet Wissen rund um die Arbeitswelt.

Dass Gewerkschaften mit der Zeit gehen, das zeigt der vida Podcast. In Form von Hörbeiträgen vermittelt die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida Wissen rund um die Arbeitswelt.

Der erste Gewerkschaftspodcast in Österreich startete im Sommer 2009 und kann auf eine stetig wachsende Fangemeinde zählen, auch über Österreichs Grenzen hinweg – ist doch der vida Podcast nationaler Gewinner beim European Podcast Award 2010 in der Kategorie Non-Profit.

Das Erfolgsrezept des vida Podcasts ist eine Mischung aus Information, Unterhaltung, Emotion und Authentizität. Schließlich wird das Gewerkschaftsradio selbst von vida produziert.

Alle vida-Podcast-Episoden zum Anhören, Downloaden und Abonnieren gibt es im Internet unter podcast.vida.at



Aber auch iTunes-NutzerInnen finden den vida Podcast.

Im iTunes-Store ist er kostenlos abonnierbar.

Also, gleich Wissensvorsprung holen und den vida Podcast abonnieren!

Arbeiterkammer:

Zweite Chance fürs Christkind

AK-Tipps damit unliebsame Überraschungen beim Umtauschen oder Einlösen von Gutscheinen ausbleiben.

Bücher, DVDs oder eine Winterjacke – das Christkind hat sich geirrt? Beim Umtausch gilt: Es gibt kein gesetzliches Umtauschrecht. Der Umtausch ist freiwillig und muss ausdrücklich vereinbart werden, lassen Sie ihn auf der Rechnung vermerken. HändlerInnen können einen Umtausch von sich aus einräumen. Solche Zusagen sind dann schon vorgedruckt auf der Rechnung. Wer etwas umtauscht, kann sich zumeist etwas anderes aussuchen. Geld gibt es aber nicht zurück. Falls Sie nichts finden, erhalten Sie einen Gutschein.

Apropos Gutscheine: Gutscheine können nicht gegen Bargeld eingelöst werden und sind zumeist befristet. Sie sind in dieser Frist einzulösen. Fehlt eine Befristung, sind sie 30 Jahre lang gültig.

Ist der DVD-Recorder defekt? Bei kaputten Produkten gibt es einen gesetzlichen Gewährleistungsanspruch. Bewegliche Waren (etwa Möbel oder TV) muss der Händler bis zu zwei Jahre nach dem Kauf kostenlos reparieren oder umtauschen, den Preis dafür mindern oder das Geld zurückgeben. Daher: Immer die Rechnung aufheben. Damit kann leicht

bewiesen werden, wann und wo die Ware gekauft wurde. Geschenke per Mauseklick werden immer beliebter. Bestellen Sie das erste Mal bei einem Ihnen unbekanntem Händler, schauen Sie genau auf die Geschäftsbedingungen und Firmenangaben wie Name, Adresse, Mail, Telefonnummer. Lassen Sie mögliche Zusatzkosten nicht außer Acht, etwa Versandkosten. Bei Online-Käufen gibt es ein Rücktrittsrecht bis zu sieben Werktagen (Sams- tag nicht mitgezählt) ab Vertragsabschluss.

Mehr Infos:

tinyurl.com/24d8cg4

ÖGJ:

Zukunftskiller: Unfair, unsozial und kurzsichtig

Die Gewerkschaftsjugend ruft zur Wahl der Zukunftskiller.

»Wählt eure Zukunftskiller, damit diese auch die Preise erhalten, die diese verdienen!« ruft die Österreichische Gewerkschaftsjugend auf ihrer Webseite auf und verleiht so ihrem Unmut über das Budget Aus- druck. Wieder wird am Rücken der Ju- gendlichen ein Budget saniert, angeblich um Österreich zukunftssicher zu machen. Dass dabei gerade die Jugend, die eigent- liche Zukunft dieses Landes, benachtei- ligt wird, während Konzerne und Banken wieder Rekordgewinne schreiben, ist in

unseren Augen unfair, unsozial und ver- dammt kurzsichtig. Statt das Bildung- system zu reformieren, Hochschulbil- dung ausreichend zu finanzieren und Fa- milien bei ihren Ausgaben zu unterstüt- zen, eben in die Zukunft Österreichs zu in- vestieren, wird Husch-Pfusch ein Budget vorgelegt, das nur eines ist: Ein Schlag ins Gesicht von allen Jugendlichen, die in Ausbildung stehen, ein Anschlag auf die Zukunft der jungen Generation. Wir, die Österreichische Gewerkschaftsju-

gend, wollen diesen politischen Mut mit dem »Zukunftskiller«-Award ehren, über den hier abgestimmt werden kann. Die Abstimmung läuft bis 20. 1. 2011.

Anschließend wird der Zukunftskil- ler-Award dem gewinnenden Ministeri- um von unserem Maskottchen überge- ben. Natürlich stellen wir das Video der Übergabe im Anschluss für euch online.

Eine Initiative der Österreichischen Gewerkschaftsjugend.

Mehr Infos: www.oegj.at

GPA-djp, GBH, vida:

Vorsitzende wieder gewählt

Gewerkschaftsgremien neu gewählt.

Von 3. bis 5. November tagte das Bundes- forum der Gewerkschaft der Privatange- stellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) unter dem Motto »Umdenken Gegenlenken«. Bei der Wahl für das GPA-djp-Präsidium wurde Wolfgang Katzian mit großer Mehrheit (91,15 Pro- zent der Stimmen) als Vorsitzender be- stätigt. Er sieht die Wahl als Auftrag, den von der GPA-djp eingeschlagenen Weg

fortzusetzen. Der 2. Gewerkschaftstag der Verkehrs- und Dienstleistungsge- werkschaft vida fand unter dem Motto »Wir leben Gewerkschaft« zwischen 9. und 11. November statt.

Rudolf Kaske wurde dabei von den Delegierten mit 95,56 Prozent der Stim- men erneut zum vida-Vorsitzenden ge- wählt. Und auch Johann Holper, Bun- desvorsitzender der Gewerkschaft Bau-

Holz (GBH) darf sich über das Vertrauen der Delegierten freuen. Beim 18. Gewerk- schaftstag der GBH unter dem Motto »Gerechtigkeit hat Zukunft« wurde er mit 92 Prozent der Stimmen wieder ge- wählt.

Mehr Infos:

www.gpa-djp.at

www.vida.at

www.bau-holz.at

»Danke BetriebsrätInnen«

BAK-Präsident Tumpel im Gespräch mit zwei BetriebsrätInnen, die derzeit die Sozialakademie besuchen, über »die Krot«, Sozialpartnerschaft und die Themen 2011.

ZUR PERSON



Herbert Tumpel

Geboren 9. März 1948 in Wien, verheiratet mit Gertrude Tumpel-Gugerell

Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie (1962–1967). Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien

1973–1983: Mitarbeiter im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB

1983–1987 Leiter des Volkswirtschaftlichen Referates

1987–1997 Leitender Sekretär des ÖGB. Seit 1997 ist er Präsident der AK Wien und der Bundesarbeitskammer

Thomas Kinberger, 37 Jahre, Betriebsratsvorsitzender der Stiegl Getränke und Service GmbH in Salzburg, PRO-GE-Mitglied
Jahrgangssprecher des 60. SOZAK-Lehrgangs

Erika Machac, 40 Jahre, Betriebsrätin der Firma Siemens AG Österreich in Wien, PRO-GE-Mitglied. Teilnehmerin des 60. SOZAK-Lehrgangs

Arbeit&Wirtschaft: *Herbert Tumpel, im Jahr 2010 hat die Arbeiterkammer mit der Kampagne »Schluck die Krot net« ein deutliches Zeichen gegen die Verteilung Ungerechtigkeit gesetzt. Vor kurzem hat Finanzminister Josef Pröll seine Budgetrede gehalten – müssen wir jetzt doch die eine oder andere Krot schlucken?*

Herbert Tumpel: Diese Kampagne, die wir gemeinsam mit der ÖGB-Kampagne »Fair Teilen« gestartet haben, war sehr erfolgreich. Erinnern wir uns: Noch im Sommer haben namhafte Vertreter der Regierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gefordert. Das hätte sich auf alle Lebensbereiche durchgeschlagen. Dann hatten wir die Diskussion um den Landwirtschaftsminister mit dem großen Ökosteuer-Schmäh, die CO₂-Abgabe, die alles verteuert hätte, nicht nur Autofahren, sondern auch Heizen oder Be-

leuchtung. Beide Vorschläge hätten dazu geführt, dass Massenkaufrkraft abgezogen und eine der wichtigsten beschäftigungstützenden Maßnahmen, der private Konsum, damit ernsthaft gefährdet worden wäre. Da hat unsere Kampagne sicher dazu beigetragen, dass es eben nicht so gekommen ist. Und es ist auch gut, dass sich diejenigen, die das Budget nur ausgabenseitig sanieren wollten, nicht durchgesetzt haben. Außerdem haben wir aus AK und ÖGB gemeinsam verlangt, dass Bereiche, die mit krisenauflösend waren endlich einen entsprechenden Beitrag leisten müssen; wie der Bankensektor, der durch Stützen und Hilfspakete am meisten profitiert hat, aber auch große Vermögen, die durch die Konjunkturpakete 2008 und 2009 massiv abgesichert worden sind.

Und dieser Beitrag ist gesichert. Wir konnten uns mit wesentlichen Forderungen durchsetzen: Angefangen damit,

dass das Thema Steuerbetrug auf die Tagesordnung gesetzt worden ist bis hin zu Einschränkungen bei Stiftungen. Es wird die Bankenabgabe geben, die Vermögenszuwachssteuer und im Bereich der Unternehmensbesteuerung die Nicht-Abzugsfähigkeit der Fremdkapitalzinsen für Beteiligungserwerb im Konzern. Da kommen namhafte Beträge zusammen, die natürlich 2011 nicht voll wirksam sind, aber im Ausbau immer wirksamer werden.

Insofern war die Kampagne richtig und hat Wirkung gezeigt.

Thomas Kinberger: *Aus Sicht der ArbeitnehmerInnen ist – ganz abgesehen vom wichtigen und richtigen Inhalt – die Außenwirkung der »Krot« herausragend gewesen. Endlich sind AK und ÖGB wieder an die Öffentlichkeit getreten, und das noch dazu auf eine Art und Weise, die im Gedächtnis bleibt.*



Herbert Tumpel: »Für die Probleme der KollegInnen sind wir ja auch gerne da, aber eines können wir nicht ersetzen: Die wertvolle Tätigkeit der BetriebsrätInnen vor Ort und der Gewerkschaften, die die Kollektivverhandlungen führen und für Lohnerhöhungen sorgen.«

Das freut mich als Betriebsrat natürlich sehr, das unterstützt meine Arbeit.

So war das auch geplant. Die »Krot« war mutig und hat polarisiert. Es hat einige gegeben, die das grauslich gefunden haben, aber die Leute haben darüber gesprochen. Und darauf kommt es an, dass die Menschen zu diskutieren anfangen und dabei feststellen: Eigentlich haben die recht! Und das ist uns gelungen. Wie du richtig bemerkst, war das ein erster Versuch einer sehr mutigen und exponierten Kampagne.

Thom: *Ich habe manchmal den Eindruck, dass bei den KollegInnen die Partnerschaft ÖGB und AK nicht immer klar durchdringt. Ich habe natürlich ganz konkret als Betriebsrat bei der Mitgliederwerbung damit zu kämpfen. Viele sagen, wenn ich ein Problem habe, gehe ich zur AK, da brauch ich nicht Gewerkschaftsmitglied werden.*

Für die Probleme der KollegInnen sind wir ja auch gerne da, aber eines können wir nicht ersetzen: Die wertvolle Tätigkeit der BetriebsrätInnen vor Ort und der Gewerkschaften, die die Kollektivverhandlungen führen und für Lohnerhöhungen sorgen. Im Jahr der Krise war es nicht selbstverständlich, dass – obwohl die Industriellenvereinigung Nulllohn-runden gefordert hat – die Gewerkschaften positive Lohnrunden abschließen konnten – das kann nur die Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit den BetriebsrätInnen. Wir können die Gewerkschaften unterstützen, die rechtlichen

Belange vorbereiten, Hilfestellung leisten, aber wir von der AK können niemals eure Tätigkeit im Betrieb ersetzen.

Diese Aufgabenteilung gilt und ich sage überall, wo unsere Arbeit gelobt wird: Das freut mich, aber ohne Gewerkschaften könnten wir all das nicht erreichen; letztendlich zählt die Lohnpolitik. Wir können dann im KonsumentInnen-schutz darauf achten, dass die Menschen Qualität für ihr Geld bekommen, wir können darauf achten, dass sie nicht zu viel Steuern bezahlen, wir können sie in bestimmten Sozialversicherungs-bereichen beraten. Aber selbst im Arbeitsrecht ist die Zusammenarbeit mit den BetriebsrätInnen unentbehrlich – da müsst ihr ja sehr oft schon im Vorfeld, im Betrieb sehr viel auffangen. Die Gewerkschaften, die den KV und seine Interpretation kennen, beraten euch, und ein kleiner Teil kommt zu uns, und wir gehen vor Gericht. Die Hauptaufgabe zum Wohl der betroffenen KollegInnen macht ihr und die Gewerkschaften. Und das muss man klipp und klar aussprechen.

Dadurch dass wir BetriebsrätInnen haben, den ÖGB und die AK sind wir besser aufgestellt als andere Länder und konnten mehr erreichen. Bei uns ist der Mindestlohn in den Kollektivverträgen ohne große Diskussionen über die Bühne gegangen, in Deutschland gab es dazu aufgeregte Diskussionen. Oder die Mehrarbeitszuschläge für Teilzeitbeschäftigte: gemeinsam umgesetzt. Bei uns haben LeiharbeiterInnen einen sehr guten Kollektivvertrag und bekommen im Betrieb die gleiche Entlohnung wie die Stammebelegschaft. In Deutschland be-

WEBLINKS

Homepages der AK und des ÖGB:
www.arbeiterkammer.at
www.oegb.at

kommen LeiharbeiterInnen oft nur 40 Prozent von dem, was ihre KollegInnen im jeweiligen Betrieb verdienen. Da liegen Welten dazwischen. Und es gibt viele solche Beispiele. Das ist das Zusammenwirken von Betriebsrat, Gewerkschaft und Arbeiterkammer.

Erika Machac: *Es gibt ja verschiedene Fachgewerkschaften im ÖGB. Wäre es vielleicht besser, wenn es nur einen ÖGB gäbe?*

Ich sehe einen Fortschritt in den Zusammenschlüssen und der Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Man darf aber nicht vergessen, dass das gewachsene Systeme sind, die sich mit den Menschen entwickelt haben. Man kann diesen Menschen nichts diktieren, sie entwickeln die Strukturen gemeinsam weiter – und in dieser Hinsicht sind der ÖGB und seine Gewerkschaften gut unterwegs. Auch dass fast alle im gemeinsamen Haus sind, ist ein Vorteil, das wurde immer wieder diskutiert, ist aber jetzt Realität.

Erika: *Ich frage mich, warum immer noch diese Unterschiede zwischen Angestellten und ArbeiterInnen existieren, vor allem in der Entgeltfortzahlung. Denkt man hier genug ans Gemeinsame?*

Auch hier ist in der Vergangenheit sehr viel geschehen, um die Ungleichgewichte abzubauen. So wurde die Dauer der Entgeltfortzahlung für ArbeiterInnen verlängert. Sicher, es gibt noch notwendige Angleichungen wie zum Beispiel bei den Dienstverhinderungsgründen.

Thom: *Aber nicht nur das, es gibt auch das Problem mit den steigenden atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Die KollegInnen gehen uns als unterstützender Machtfaktor verloren, weil sie in den KV nicht berücksichtigt werden.*

Auch für die freien DienstnehmerInnen haben wir im Zuge von Sozialpartnerabkommen erreicht, dass sie sozialversicherungsrechtlichen Schutz haben. Das war früher nicht so, das ist ein großer Schritt. Beide Organisationen – ÖGB und AK – haben schon vor Jahren erklärt, dass wir diese KollegInnen auch vertreten. Vor allem die Gewerkschaften sind ein starker Ansprechpartner für diese Gruppe von Beschäftigten, die es zum Teil wirklich schwer haben. Aber auch da konnten wir gemeinsam Fortschritte erzielen.

A&W: *Zurück zum Thema Budget – ist es so einfach, wie die Wirtschaft uns weismachen will: Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut?*

Es geht der Wirtschaft dann gut, wenn es den ArbeitnehmerInnen gut geht, weil dann Kaufkraft vorhanden ist, dann werden Dienstleistungen und Güter nachgefragt, und dann machen auch die Unternehmen Umsatz. Wenn die Menschen kein Geld im Geldbörstel haben, sieht es für die Wirtschaft traurig aus.

A&W: *Die Finanztransaktionssteuer ist ja ÖGB und AK ein großes Anliegen – muss man da auf eine europäische Lösung warten?*

Im Gegenteil: Sowohl der ÖGB als auch wir haben immer wieder betont, dass eine Transaktionssteuer auch im nationalen Alleingang möglich wäre. Wir hatten ja bereits einmal so etwas in Österreich, das hat damals Börsenumsatzsteuer geheißen – und ist abgeschafft worden, als man be-

gonnen hat, die Börse über alles zu stellen. Aber selbst wenn wir das im Alleingang machen würden – und so allein wären wir nicht, sechs andere EU-Staaten haben eine ähnliche Steuer –, hätten wir Mehreinnahmen von 150 Mio. Euro erreicht, und damit hätten wir uns eine Vielzahl von Druckpunkten, die wir jetzt versuchen abzuschwächen, ersparen können.

Auch dass die Managergehälter nach wie vor von der Steuerbemessungsgrundlage eines Unternehmens abgezogen werden können, obwohl sie sich in den vorigen Jahren stark nach oben entwickelt haben, gehört geändert. Wir sind der Ansicht, dass alles über 500.000 Euro steuerlich nicht abzugsfähig sein soll.

Und letztendlich sind wir nach wie vor für eine Vermögenssteuer, die auch einen namhaften Beitrag leisten müsste, damit wir ein besseres Gleichgewicht bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital erreichen als das im vergangenen Jahrzehnt der Fall war.

Erika: *Ich hätte eine Frage zum Themenbereich EU. 2011 läuft die Übergangsregelung zur ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit aus. Was ist deine Prognose, welche Auswirkungen wird das auf den heimischen Arbeitsmarkt haben?*

Ich bin keiner von denen, die glauben, damit ändert sich nichts. Das wird sich sicher auf den Arbeitsmarkt auswirken. Was uns aber im Rahmen der Sozialpartnerschaft gelungen ist, ist das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping vorzubereiten. Dieses Gesetz sieht vor, dass ausländische KollegInnen nicht unter dem KV bezahlt werden dürfen. Da sind erstmals auch Strafbestimmungen enthalten. Momentan hat der KV zwar auch Rechtswirkung, allerdings mit dem Nachteil, dass die Betroffenen, die unter KV bezahlt werden, klagen müssten. Das macht kaum jemand.

In Zukunft könnten Krankenkassen oder Finanzkontrolloren, die bemerken, da wird unter KV bezahlt, das zur Anzeige bringen. Die UnternehmerInnen bekommen dann eine Verwaltungsstrafe, die nicht einfach aus der Portokassa bezahlt werden kann. Ausländische KollegInnen würden so erstmalig auch zu ihrem gerechten Lohn kommen, Lohndumping hätte so weniger Chancen. Das wä-

re ein wichtiger Schritt, nachdem wir die Übergangsfristen ausgeschöpft haben.

A&W: *Abgesehen von der Öffnung des Arbeitsmarkts – was sind denn die großen Themen 2011?*

Natürlich die Konjunktorentwicklung: Momentan schaut es ja halbwegs freundlich aus, etwa die Entwicklung am Arbeitsmarkt – wir haben mehr Beschäftigte, die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Im Budget gibt es Offensivansätze, die thermische Sanierung ist vorgesehen. Es ist auch wichtig, dass beim Ausbau von Ganztagschulen etwas passiert. Das sind gute Ansätze, trotzdem muss man schauen, ob wir nicht noch zusätzliche konjunkturstützende Maßnahmen brauchen – etwa einen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Investitionen in den Gesundheitsbereich.

A&W: *Was wünschst du dir und den österreichischen ArbeitnehmerInnen von Christkind oder Weihnachtsmann?*

Wünschen kann man sich immer was, und ich wünsche mir, dass die Menschen in Österreich ihr Leben unter menschenwürdigen Bedingungen gestalten können; dass sie teilhaben an der Entwicklung gesellschaftlichen Reichtums und nicht nur ein paar wenige reicher und reicher werden und die Masse das trägt. Das gilt auch international. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich das gesellschaftliche Gleichgewicht stark verschoben hat. All das ist nicht nur eine Frage des Wünschens, es ist auch eine Frage des Bewusstseins, der Bereitschaft, in den Organisationen entsprechend mitzuhelfen. Und in diesem Sinn bedanke ich mich bei allen BetriebsrätInnen für diese unglaublich wichtige Funktion, die sie erfüllen.

Wir danken für das Gespräch und frohes Fest.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Zimmerpalme und Kanari

Wofür ArbeiterInnenfamilien vor hundert Jahren ihr Geld ausgegeben haben, und welche Lebensqualität sie sich damals leisten konnten.

*Von den ... Ausgabengruppen, die im wesentlichen der Befriedigung von Kulturbedürfnissen dienen, finden sich ... bei sämtlichen 119 Familien ... die Ausgaben für geistige Zwecke – worin wohl die Tatsache zum Ausdruck kommt, dass die Erhebung eine höhere Schicht der Arbeiterschaft erfasst hat, ... Die Mehrzahl der Haushaltsrechnungen ... enthalten auch Ausgaben für Taufen, Begräbnisse und ähnliches, für Zimmerpflanzen, Singvögel und dergleichen ... Das stand im Bericht des arbeitsstatistischen Amtes im kaiserlich-königlichen Handelsministeriums über *Wirtschaftsrechnung und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912 bis 1914*.*

Diese Erhebung war eine Folge der Diskussionen nach den großen Teuerungs demonstrationen von 1911 und deren blutigem Ende durch den Einsatz von Militär und berittener Polizei und sollte zu einem Dauerprojekt werden. Der Erste Weltkrieg durchkreuzte diesen Plan zunächst, aber ab 1925 übernahm die neugegründete Arbeiterkammer in Wien bis zum Ende der Demokratie 1934 die Weiterführung. In der Zweiten Republik bildete die Auswertung von Haushaltsbüchern noch Jahrzehnte eine wichtige Informationsbasis für AK und ÖGB, zuletzt in den 1980er-Jahren. Das Modell blieb dabei seit 1912 unverändert: Familien wurden ersucht, regelmäßig Haushaltsbücher nach einer vorgegebenen Gliederung zu führen. Die Auswahl der Beteiligten änderte sich dagegen: Nach 1945 handelte es sich um ArbeitnehmerInnenfamilien mit unterschiedlichen Haushaltseinkommen, in der Ersten Republik um „minderbemittelte Familien“, im Kaiserreich um ArbeiterInnenfamilien. Der Kontakt zu den ArbeiterInnen-



Lieber Vater, ich wünsche dir von ganzem Herzen, daß du nächstes Jahr ganz bestimmt eine Arbeit finden wirst.

Lieber Vater, ich wünsche dir von ganzem Herzen, dass du nächstes Jahr ganz bestimmt eine Arbeit finden sollst, sagt das kleine Mädchen am Weihnachtsabend. Es ist die Zeit der großen Wirtschaftskrise nach 1930, selbstgestrickte Strümpfe und ein paar Buntstifte sind große Geschenke. Die Auswertung der Haushaltsbücher durch die AK spiegelt die Situation wider.

familien wurde über die Gewerkschaften hergestellt, und es waren vor allem überdurchschnittlich Qualifizierte und Interessierte zum Mitmachen bereit. So zeigten die Ergebnisse eben, wie in dem zitierten Bericht betont wurde, die Daten über den Konsum einer *höheren Schicht der Arbeiterschaft*. Armut herrschte trotzdem, das dokumentierte die Auswertung der Aufzeichnungen eindrücklich:

Dass ... bei geringerer Wohlhabenheit die Ausgaben für Kleidung usw. in einem überdurchschnittlichen Maß eingeschränkt werden können, beruht wohl darauf, dass es sich hier ... um ein Gebrauchsgut handelt: bei einem solchen kann die Ausgabenhöhe durch Verlä-

ngerung der Gebrauchsdauer – längeres Fragen der nämlichen Stücke, Einkauf von schon gebrauchten Kleidern – wesentlich herabgesetzt werden. ... Bei Familien, welche nur einen Wohnraum benützen, (kann) das Bedürfnis nach Wärme und Licht für die ganze Familie ohne Rücksicht auf deren Größe mit den nämlichen Kosten gedeckt werden; in größeren Familien kann daher ohne Beeinträchtigung der tatsächlichen Bedürfnisbefriedigung die Ausgabenquote der Konsumeinheit sinken. ...

Zusammengestellt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Darf's a bisserl mehr sein?

Mit dem Jahresschwerpunkt FAIR TEILEN haben ÖGB und Gewerkschaften 2010 einiges bewegt – auch beim Budget. Aber: Das ist noch nicht genug.

Autorin: Nani Kauer

*Pressesprecherin des ÖGB-Präsidenten
Erich Foglar und Leiterin des Referats für
Öffentlichkeitsarbeit im ÖGB*

Es wird nur ausgabenseitig gespart«, »neue Steuern wird's nicht geben« – so und ähnlich verkündeten der Kanzler und sein Vizekanzler Anfang 2010. Der Vizekanzler stellte das »größte Sparpaket aller Zeiten« in Aussicht. Die Schulden, die zur Rettung der Banken angehäuft wurden, sollten also die ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und SteuerzahlerInnen abstottern. Knapp ein Jahr, ein Bundesbudget und zahllose FAIR TEILEN-Aktivitäten in allen Bundesländern später schaut's doch anders aus: Von 100 Prozent Einsparungsziel kommen nun doch 40 Prozent aus neuen Einnahmen.

Foglar: »Richtige erste Schritte«

»Das sind richtige erste Schritte«, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar in der ORF-Pressesendung Ende November. »Vieles, was der ÖGB an neuen Einnahmen gefordert hat, ist im Budget beinhaltet, unter anderem Bankenabgabe, Stiftungsbesteuerung oder Bekämpfung von Steuerbetrug. Hätten wir diese Einnahmen nicht, wären die Menschen viel härter belastet worden.« Spielraum für weitere neue Einnahmen ist aber durchaus noch da, darunter die Finanztransaktionssteuer, vermögensbezogene Steuern, Erbschafts- und Schenkungssteuern oder die Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern.

Blicken wir ein knappes Jahr zurück: ÖGB und Gewerkschaften haben das »Krisenbewältigungs-Jahr« 2010 ganz klar mit der Verteilungsfrage verknüpft. Die Finanzwirtschaft verursacht eine Krise, die Realwirtschaft ist genau so schlimm betroffen, die Regierungen schnüren mit Steuergeld Rettungspakete und vergrößern ihre Defizite. Zwei Fragen stellten sich: Wer zahlt das zurück, und warum tragen die Vermögenden, die Unternehmer, die Erben und Beschenkten generell so wenig zum Gemeinwohl, zur Finanzierung der Staatshaushalte bei?

Die Antwort darauf war der Jahresschwerpunkt FAIR TEILEN. Das Rezept von ÖGB und Gewerkschaften für sozial gerechte Krisenbewältigung lautete: Jene, die die Krise verursacht haben oder vom System gut gelebt haben, sollen bezahlen. Verknüpft war das von Anfang an mit der Verteilungsfrage: Faire Verteilung des Wohlstandes, der in Österreich, einem der zehn reichsten Länder der Erde, vorhanden ist – FAIR TEILEN.

FAIR TEILEN war als »Dachmarke« angelegt, die Raum für fünf Unterthemen geboten hat: arm/reich, beschäftigt/arbeitslos, weiblich/männlich, alt/jung und krank/gesund. Die Herausforderung dabei war, alle Gegensatzpaare außer »arm/reich« so anzulegen, dass kein Gegeneinander daraus entstehen konnte. Denn es ging und geht nicht um männlich GEGEN weiblich, alt GEGEN jung, sondern darum, dass genug für alle da ist, wenn es zwischen »arm« und »reich« gerechter zugeht.

Für die Bildsprache hieß das: Die »arm/reich«-Models waren unterschiedliche Personen, weil es hier wirklich um starke Ge-

gensätze geht. Alle anderen Themen wurden von ein und derselben Person – der »Arbeit&Wirtschaft«-Redaktionsassistentin Sonja Adler – dargestellt. Damit wollten wir ausdrücken: Wir sind alle gleich, wir sind alle gleich betroffen von der unfairen Verteilung, ganz egal ob wir alt oder jung, Männer oder Frauen, krank oder gesund, beschäftigt oder arbeitslos sind. Wir sitzen sozusagen alle im selben Boot.

Auch 2011 bleibt Fairness-Thema

Aus politischer Sicht hat sich gezeigt, dass das Verteilungsthema 2010 eine große Rolle gespielt hat. Mit FAIR TEILEN lagen ÖGB und Gewerkschaften richtig, denn auch Umfragen zeigten das ganze Jahr über, dass den Menschen gerechte Verteilung wichtig ist. Mit der konsequenten Diskussion, mit der ständigen Thematisierung und mit vielen Hunderten Aktionen in ganz Österreich konnte FAIR TEILEN auch zum Schwenk in der Budgetdebatte beitragen.

Aus organisatorischer Sicht hat sich gezeigt, dass sich mit einem gemeinsamen Überthema, in das viele Aspekte der Verteilungsdiskussion passen, viele inhaltliche und aktionistische Anknüpfungspunkte ergeben. Haupt- und ehrenamtliche GewerkschafterInnen waren mit der gemeinsamen Klammer sehr motivierbar, viel Kreativität wurde frei.

Auch 2011 wird FAIR TEILEN weiterhin Thema sein, denn die Verteilungsfrage bleibt weiterhin auf der Tagesordnung. ÖGB und Gewerkschaften werden jene Beiträge der Vermögenden, die ihnen noch fehlen, mit dem Ende der Budgetdiskussion nicht zu den Akten legen.



»Es muss nur ganz wenig von den großen Vermögen umverteilt werden, um die Sozialsysteme abzusichern« – das war eine der Aussagen bei der Armutskonferenz Anfang 2010 in Salzburg. Dort wurde FAIR TEILEN erstmals einer größeren Öffentlichkeit präsentiert.

arm / reich

»Es muss nur ganz wenig von den großen Vermögen umverteilt werden, um die Sozialsysteme abzusichern« – das war eine der Aussagen bei der Armutskonferenz Anfang 2010 in Salzburg. Dort wurde FAIR TEILEN erstmals einer größeren Öffentlichkeit präsentiert. Umverteilung wollen ÖGB und Gewerkschaften unter anderem mit Vermögensbesteuerung, die die großen Vermögen und nicht die »kleinen Leute« oder den Mittelstand trifft, der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Entlastung der Lohnnebenkosten, der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU – bis dahin Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer in Österreich.

gesund / krank

In Österreich sorgt ein gut ausgebautes Sozialversicherungssystem dafür, dass sich Menschen nicht wie anderswo selbst die Zähne ziehen. Aber: BesserverdienerInnen liefern weniger an die Krankenversicherung ab, weil Einkommen über 4.110 Euro im Monat nicht beitragspflichtig sind. Was man verdient ohne zu arbeiten, z. B. aus Aktiengewinnen, trägt überhaupt nichts zum Gesundheitssystem bei. Für Umverteilung von unten nach oben sorgen auch die Selbstbehalte wie Rezeptgebühren. Eine staatliche Krankenversicherung für alle Menschen in Österreich ist daher die Hauptforderung, weiters die Beibehaltung der Pflichtversicherung und die Anhebung/Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung.

jung / alt

»Die PensionistInnen machen sich auf unsere Kosten einen schönen Lebensabend.« – »Nur studieren und nix arbeiten.« Vorurteile gibt es von beiden Seiten. So lange sich aber alte und junge Menschen spalten lassen, spielen sie denjenigen in die Hände, die sich an privaten Pensionsversicherungen schon jetzt dumm und dämlich verdienen. Von permanenten Aussagen, die Pensionen seien in Zukunft nicht mehr finanzierbar und würden auf Kosten der Jungen gehen, hält der ÖGB gar nichts. Wahr ist ja vielmehr: Ausbildung vom Kindergarten an und gute Weiterbildungsmöglichkeiten im Berufsleben sind beste Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze mit guten Einkommen – und das ist die beste Voraussetzung für sichere Pensionen, von denen man auch leben kann.

männlich / weiblich

»Mit ihren Forderungen wollen die Frauen den Männern etwas wegnehmen«, heißt es gerne, wenn Frauen verlangen, was ihnen zusteht: gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die vergangenen Jahrzehnte haben aber bewiesen, dass sich Gesellschaften insgesamt und für alle verbessern, wenn mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen herrscht.

Frauen verdienen im Schnitt um 41 Prozent weniger als Männer. Sogar von den ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen haben elf Prozent Einkommen unter der Armutgefährdungsschwelle. Frauen haben außerdem weniger Zeit zum Geld verdienen, weil sie viel Zeit mit unbezahlter Arbeit verbringen, im Haushalt oder bei

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.fairteilen.at
www.facebook.at/fairteilen

den Kindern. Weniger und schlechter bezahlte Arbeit hängen sich aber bis in die Pension an wie ein Bremsfallschirm.

beschäftigt / arbeitslos

Beschäftigte – ob Vollzeit, Teilzeit, geringfügig, ... – und Arbeitslose sind keine GegnerInnen. Sieht man sich die jährlich geleisteten Überstunden an, kommt man zu dem Schluss: Es ist genug Arbeit für alle da. Denn auch Arbeit kann man gerechter verteilen. Wenn alle kürzer arbeiten, haben mehr Menschen Jobs. Bei flexiblen Arbeitszeiten müssen die Vorteile fair geteilt werden. Alle Vorteile beim Unternehmen, alle Nachteile bei den Beschäftigten – das wäre unfair. Es gibt in nächster Zukunft viele Jobs, die wir dringend brauchen werden, in Gesundheit, Pflege und Betreuung, in Umwelttechnologien. Dafür muss man jetzt Geld in die Hand nehmen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
nani.kauer@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Betriebsratsrealitäten

Betriebliche Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften und BetriebsrätInnen im Kontext der Globalisierung.

Autorin: Elisabeth Steinklammer

Mitautorin des Buches

Erstmals liegt in Österreich ein Buch zu den Arbeitsrealitäten von BetriebsrätInnen vor, in dem die Probleme sowie Herausforderungen, denen sie sich täglich im Betrieb stellen, im Zentrum stehen.

Ein Blick von der Basis

Ausgehend von problemzentrierten **Tiefeninterviews** mit BetriebsrätInnen und betreuenden GewerkschaftssekretärInnen der GPA-djp sowie Gruppendiskussionen mit über 100 BetriebsrätInnen aus unterschiedlichen Teilgewerkschaften des ÖGB wird im Buch ein Blick »von unten« generiert, der die Realitäten der gewerkschaftlichen Basis erfassen soll. Dabei wird die, von der bisherigen Gewerkschaftsforschung wenig berücksichtigte, betriebliche Ebene in den Mittelpunkt des Interesses gestellt.

Es zeigt sich, dass die von BetriebsrätInnen wahrgenommen und in den Interviews artikulierten Problemlagen vielfältig und drängend sind. Das Entstehen neuer Betriebsphilosophien, die Beschleunigungstendenzen in der Arbeitswelt und die Veränderung von Konzernstrukturen werden im Buch ebenso behandelt, wie der Einzug neuer Managementkulturen, der Verlust direkter AnsprechpartnerInnen im Betrieb oder die Zentralisierung von Rechtsexperten innerhalb transnationaler Konzerne. Auch

Probleme in der internen Organisation des Betriebsratsgremiums, das Verhältnis zwischen BetriebsrätInnen und Gewerkschaft, deren unterschiedliche Erwartungen und Aufgabenverständnisse sowie die Ausgestaltung ihrer Beziehung werden besprochen.

Ziel jeder kritisch verstandenen Forschung muss es sein, ein möglichst umfassendes Bild gesellschaftlicher Prozesse zu zeichnen. Daher werden im Buch die in den Interviews artikulierten Problemlagen auf ihre Ursachen hin untersucht und in einen größeren Zusammenhang globaler gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen gestellt. Ausgehend von den unterschiedlichen Machtpotenzialen von Gewerkschaften und BetriebsrätInnen wird ihre Verortung in den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen vorgenommen.

Die Veränderung von Raum und Zeit

Die BuchautorInnen, Mario Becksteiner, Elisabeth Steinklammer und Florian Reiter, zeichnen den langsamen Aushöhlungsprozess der gesellschaftlichen Grundlagen des sozialpartnerschaftlichen Systems nach, der weniger durch einen offenen politischen Angriff getragen ist, sondern vielmehr vermittelt wird durch die langsame Einführung neuer zeitlicher und räumlicher Strukturierungen im Zuge neoliberaler Globalisierungsprozesse. Beispiele dafür sind der Übergang vom korporatistischen Wohlfahrtsstaat hin zu einem sich zusehends internationalisierenden Wettbewerbsstaat, der die Rahmenbedingungen der Sozialpartnerschaft auf makropolitischen Ebene verän-

BUCHTIPP

Mario Becksteiner, Elisabeth Steinklammer, Florian Reiter: **Betriebsratsrealitäten. Betriebliche Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften und BetriebsrätInnen im Kontext der Globalisierung.** 2010, 296 Seiten, € 24,90 ISBN 978-3-7035-1438-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132 fachbuchhandlung@oegbverlag.at

dert hat, oder die um sich greifende Internationalisierung der Produktionsorganisation, der Einsatz neuer Managementpraxen und die kurzfristige Planungsausrichtung auf den Shareholder-Value. Es werden betriebliche Strukturen und Arbeitslogiken verändert, und die Verhältnisse in den Betrieben kommen immer öfter in Widerspruch zum **fordistisch** geprägten ArbVG. Dies erschwert eine flächendeckende Betriebsratsarbeit. Angesichts der Veränderungen von räumlichen und zeitlichen Strukturierungen in der Gesellschaft und im Betrieb werden die sozialpartnerschaftlich geprägten Praxen und Handlungsweisen von BetriebsrätInnen und Gewerkschaften entwertet und büßen an Wirkmächtigkeit ein. Indem etwa durch die Zentralisierung von Entscheidungswegen im Sinne schlanker Strukturen oder der Eingliederung in transnational agierende Konzerne, die Entscheidungskompetenzen von direkt



Die Initiative liegt hier ganz klar aufseiten der ArbeitgeberInnen. Während diese nach den Regeln des Schachs spielen, versuchen die Gewerkschaften und BetriebsrätInnen noch immer mit Spielzügen des Mühlespiels entgegenzuhalten.

vor Ort sitzenden Vorgesetzten beschnitten werden, wird der Aushandlungsspielraum auf Ebene der persönlichen Vertrauensverhältnisse kleiner. Leitungspersonal verweilt immer kürzer im Betrieb, ist gebunden an die prämierte Erfüllung von Zielvorgaben und legt immer weniger Wert auf Handschlagqualität bzw. ist weniger auf den Aufbau langanhaltender Vertrauensbeziehungen ausgerichtet. Andererseits werden mit Hilfe hochprofessioneller Rechtsabteilungen von ArbeitgeberInnen rechtliche bzw. kollektivvertragliche Regelungen im Betrieb unterwandert, in Frage gestellt und umkämpft. Diese Veränderungen verwickeln BetriebsrätInnen und Gewerkschaften in einen zähen Abwehrkampf, um Verschlechterungen für die Lohnabhängigen zu verhindern.

Schach versus Mühle

Die interviewten BetriebsrätInnen erleben diese Entwicklung in einem Anstieg ihrer Arbeitsintensität. Sie versuchen defensiv, durch eine Anpassung der eigenen Praxis an die neuen Bedingungen, Verschlechterungen zu verhindern und abzuschwächen. Damit einher gehen Frustration und Ohnmachtsgefühle, weil immer weniger wirkmächtige Handlungsoptionen wahrnehmbar sind. Die Initiative liegt hier ganz klar aufseiten der ArbeitgeberInnen. Während diese nach den Regeln des Schachs spielen, versuchen die Gewerkschaften und BetriebsrätInnen noch immer mit Spielzügen des Mühlespiels entgegenzuhalten. Die AutorInnen thematisieren auch, dass sich viele BetriebsrätInnen mit diesen Heraus-

forderungen von der Gewerkschaft im Stich gelassen fühlen und die Identifikation mit dieser erodiert. Viele empfinden die, zum Aufbau und Erhalt der funktionalistischen Beziehung, angebotenen Serviceleistungen der Gewerkschaft oftmals als nicht ausreichend für die Problemlagen und zunehmenden betrieblichen Konflikten vor denen sie stehen. Gleichzeitig spielt die Organisierung und Politisierung der Belegschaft zum Aufbau von Organisationsmacht im Betrieb und die gemeinsame Suche nach alternativen Handlungsoptionen zurzeit eine untergeordnete Rolle für das Handeln der AkteurInnen.

Genau hier identifizieren die BuchautorInnen Potenziale und Ressourcen für die Steigerung gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit und diskutieren die Möglichkeit einer betriebsnahen, beteiligungsorientierten Gewerkschaftspolitik und eine Demokratisierung der gewerkschaftlichen Strukturen und Praxen als Grundlage und Voraussetzung für eine neue Offensive gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Die Chancen eingreifender Forschung

Als eingreifende Forschung konzipiert, ermöglicht der kritische, transdisziplinäre Blick ein vielschichtiges Bild der Situation von BetriebsrätInnen und den Auswirkungen veränderter gesellschaftlicher Machtverhältnisse auf die betriebliche Durchsetzungsfähigkeit. Das Buch bietet allen Akteuren der betrieblichen Interessenvertretung die Möglichkeit, das eigene Handeln zu **Kontextualisierung** und in Verbindung mit gesamtgesellschaftlichen

WEBLINK

Weitere Angebote zur Diskussion und gemeinsamen Reflexion sowie Buchpräsentationstermine werden laufend auf dem Blog zum Buch veröffentlicht: blog.gpa-djp.at/betriebsratsrealitaeten

Veränderungen zu setzen. Es ermöglicht ein vertieftes und schärferes Bild der Zusammenhänge, in denen BetriebsrätInnen tagtäglich handlungsfähig sein müssen. Die damit einhergehende Identifikation und Offenlegung von Blockaden, Potenziale und Ressourcen bietet die Basis für Diskussion und Strategiebildung zur gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit. Eine Beispiel dafür stellte die Reflexions- und Diskussionsveranstaltung der Arbeiterkammer Wien am 16. November dar, bei der BetriebsrätInnen und SekretärInnen der Gewerkschaften GPA-djp, vida und PRO-GE Fragen der betrieblichen Durchsetzungsfähigkeit entlang der Untersuchungsergebnisse des Buchs diskutierten und in einen offenen Dialog über Erwartungen und Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und BetriebsrätInnen traten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin elisabethsteinklammer@gmx.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Das selbst entwertete Geld

Viele VerbraucherInnen verschleudern ihre knappen Mittel gedankenlos und investieren in Esoterik oder Glücksspiel.

Autor: Karl Kollmann

*Stv. Leiter der Abteilung Konsumentenpolitik
der AK Wien*

Sieht man sich genauer an, wofür – neben dem Wohnen und dem Auto, das sind die teuersten monatlichen Ausgaben – die Menschen ihr Geld ausgeben, erfährt man wirklich blaue Wunder. Es hat den Anschein, wir leben tatsächlich in einer Wegwerfgesellschaft und einer Überflussökonomie. Das kann allerdings nicht mehr lange gut gehen ...

Beispiel Glücksspiel

Etwas mehr als tausend Euro, genauer gesagt: 1.020 Euro gibt der durchschnittliche österreichische Haushalt jährlich für Glücksspiele aus. Im Jahr 2001 waren es nur 460 Euro, meldete erst kürzlich das Marktforschungsinstitut RegioPlan, diese Steigerung um mehr als 100 Prozent wurde von den Medien vergleichsweise gelassen berichtet.

Kein Wunder, wird doch mit einem ungeheuren Aufwand in den Medien für das Glücksspiel geworben, im österreichischen Fernsehen werden mit langen Sendungen die Ziehungen bzw. Ausspielungen übertragen, bevorzugt vor den Nachrichtensendungen natürlich.

Im deutschen Fernsehen wäre diese Dauerbewerbung des Glücksspiels unvorstellbar. Und man kann die Auswirkungen auch in Zahlen ablesen. Wäh-

rend die Deutschen jährlich »nur« rund 620 Euro per Haushalt und Jahr für Glücksspiele ausgeben, ist es hierzulande beinahe doppelt so viel. Werbung wirkt eben.

Rund 326 Euro gibt ein Haushalt im Durchschnitt monatlich für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke aus. Die Daten sind aus dem Jahr 2005, erhoben von Statistik Austria, dem österreichischen Statistik-Amt. Die Daten gehören zu den besten, die jemand in Österreich zu bieten hat, sie beziehen sich auf einen »Durchschnittswert«, wie viele Sozial-Statistiken.

Schaut man sich Haushaltsuntersuchungen aus den USA, Großbritannien, Deutschland und Hinweise aus österreichischen Erhebungen an, wird es schon recht krass. Von allen eingekauften Lebensmitteln landet etwa ein Viertel im Müll. Es wurde zu viel zubereitet, oder zu viel eingekauft, Speisereste werden nicht aufgegessen, oder etwas schmeckt nicht wie erwartet. Einfach so wird damit ein Betrag von ungefähr 80 Euro im Monat von jedem Haushalt durchschnittlich weggeschmissen. Mit dabei sind Lebensmittel im Wert von mehr als 30 Euro im original verpackten Zustand.

Beispiel Esoterik

Der Aberglaube in unserem Land ist groß, unvorstellbar groß. 65 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind abergläubisch, halten also Dinge wie Wahrsagen, Sternzeichen, Menschen verhexende Kräfte, Gedankenlesen usw. für wahr. Von drei Leuten also zwei, die

LITERATUR

Karl Kollmann, Irene Kautsch
Kaufsucht in Österreich

Erhebung 2009

Materialien Konsumentenpolitik 2/2009

Wien 2009, ISSN 1814-3849

tinyurl.com/3xxzjt6

GWUP

(Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften).

Anmerkungen zur Esoterik,
AK-Konsumentenpolitik Working Paper
2/2010

tinyurl.com/3xsqfs7

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

an Übernatürliches glauben. Bildung müsste hier entsprechende Spuren hinterlassen haben, denkt man. Also die UniversitätsabsolventInnen stehen über diesem Klimbim, und es sind vielleicht die sogenannten einfachen Leute vom Land, die an Hexen und Zauberei glauben. Ist aber nicht der Fall: Menschen die über einen Uni-Abschluss verfügen, sind genauso vom Aberglauben betroffen wie die, die nur einen Pflichtschulabschluss haben. Am meisten abergläubisch sind, auch das würde einem im ersten Augenblick nicht einfallen, die ja an sich besonders technikbegeisterten Jungen.

Natürlich werden mit dieser schlichten Auffassung, mit dieser Dummheit

Natürlich werden mit dieser schlichten Auffassung, mit dieser Dummheit (nennen wir das einmal offen so) Geschäfte gemacht. Nicht nur das Honorar für die Kartenleserin wird bezahlt, sondern auch Feng-Shui-Seminare, Geräte, die vor Erdstrahlen schützen oder das Wasser beleben sollen, verkaufen sich nicht schlecht.



(nennen wir das einmal offen so) Geschäfte gemacht. Nicht nur das Honorar für die Kartenleserin oder den Wahrsager wird bezahlt, sondern auch Feng-Shui-Seminare, Geräte, die vor Erdstrahlen schützen oder das Wasser beleben sollen, verkaufen sich nicht schlecht.

In Deutschland wird der sogenannte Esoterik-Markt auf zehn bis 20 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Überträgt man die deutschen Relationen auf unser Land, wären das pro Haushalt 300 bis 600 Euro im Jahr. Eher mehr, denn die ÖsterreicherInnen sind offenbar – siehe Glücksspiel – ein ordentliches Stück leichtgläubiger und weniger rational als die deutschen NachbarInnen.

Kaufsucht

Das zeigt sich auch im Umgang mit dem Konsum. Kaufsuchtverhalten ist in Österreich beinahe doppelt so hoch, wie in Deutschland, nämlich zehn Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten sind davon betroffen, in Deutschland sind es dagegen nur sechs Prozent.

Auch die Flucht in den Konsum als Entschädigung, als Ersatz für Unzufriedenheit (am Arbeitsplatz, im familiären Bereich, im sozialen Leben), der sogenannte »kompensatorische Konsum« ist hier doppelt so hoch als in Deutschland.

Ein Fünftel aller Erwachsenen, 20 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen holen sich regelmäßige Ersatzbefriedigung durch exzessives Kaufen, so die Ergebnisse der Kaufsuchtstudie 2009.

Nimmt man hier die Kaufsüchtigen (zehn Prozent der Bevölkerung) dazu, sind es 30 Prozent, fast ein Drittel der Bevölkerung, die konsumgeschädigt sind.

Wunsch nach kritischer Information

Es hat den Anschein, als wären die österreichischen Konsumenten und Konsumentinnen mit ihrem Konsumverhalten ziemlich unzufrieden. Das verwundert auch nicht, wenn man sich das eingangs erwähnte exzessive Wegschmeißen von eingekauften Lebensmitteln, die hohen Ausgaben für Glücksspiele und den Esoterik-Konsum ins Gedächtnis zurückt.

Auf die Frage: »Wie beurteilen Sie folgende Meinung? Ich persönlich finde, es sollte in der Öffentlichkeit weitaus kritischer zu Konsumfragen Stellung genommen werden.« antworten 77 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen, Ja – das stimmt (bzw. stimmt sehr), in Deutschland sind es dagegen nur 42 Prozent, also fast die Hälfte weniger.

Was heißt das nun? Nicht alle, aber offenbar genügend Verbraucher und Verbraucherinnen sind in mancherlei Hinsicht wohl ausgiebige VerschwenderInnen.

Wenn man zusammenrechnet, was das Wegwerfen der Lebensmittel, das überzogene Glücksspielen und die Esoterik, also der Aberglaube, so zusammen kosten, dann kommt man schnell auf 2.500 Euro und mehr im Jahr.

Ein/e ArbeitnehmerIn arbeitet dafür, nimmt man das durchschnittliche Net-

WEBLINK

Ein Blick in die Statistik der Konsumausgaben der österreichischen Haushalte schadet zur eigenen Information nie (die Homepage der Statistik Austria bietet darüber hinaus viele interessante Informationen):
tinyurl.com/358ott9

toeinkommen her, rund eineinhalb Monate lang. Eineinhalb Monate lang sozusagen für »Weggeschmissenes«.

Unsinn aufs Korn nehmen

Kritisch zu Konsumfragen Stellung nehmen heißt auch, den Unsinn beim Konsum aufs Korn zu nehmen, für den oftmals viel zu viel Geld hinausgeschmissen wird. Wenn man so will, eine Rückbesinnung auf frühere Gewerkschafts- und Sozialdemokratiepositionen schadet da überhaupt nicht. Wer damals, in der Zwischenkriegszeit, Geld für Glücksspiel und Aberglauben ausgegeben hat, der konnte sich des Hohns und bissiger Bemerkungen von Kollegen und Freunden ziemlich sicher sein.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
karl.kollmann@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Geht's den Menschen gut ...

... geht's der Wirtschaft gut – so müsste der aktuelle Slogan der Wirtschaftskammer eigentlich lauten. Die Fakten sind eindeutig ...

Autor: Adolf Buxbaum

Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik
in der AK-Wien

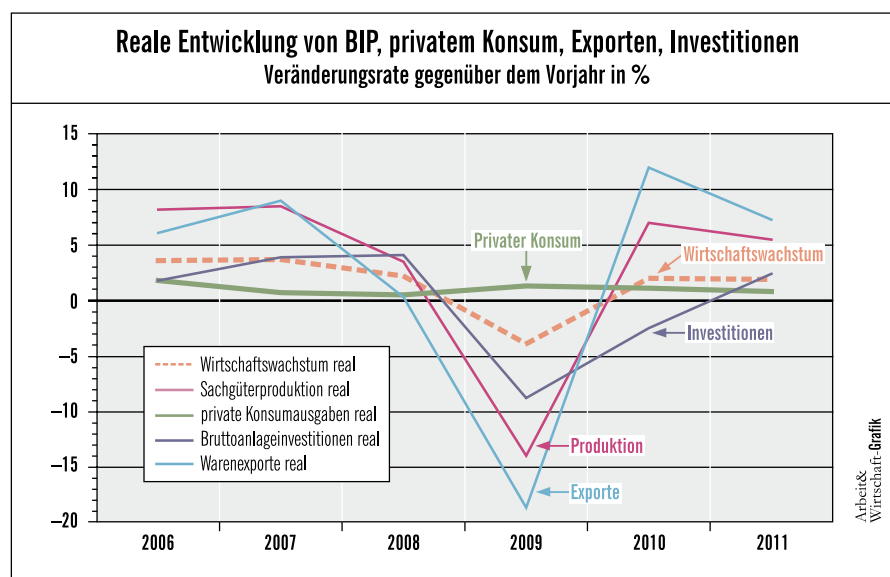
Der »aktuelle« TV-Spot der Wirtschaftskammer lädt geradezu provokant zu einem kritischen Nachdenken über die interessenpolitischen Sichtweisen der Wirtschaftskammer und auch der Industriellenvereinigung ein.

Bekannte WKÖ-Linie

Vertraute Stimmen einer ORF-Legende und eines Ex-Formel-1-Weltmeisters laden das Fernsehpublikum charmant ein, der im Spot transportierten, einseitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der WKÖ zu erliegen: [...] Niki Lauda: »Ja Heinz, jetzt auf die Wachstumsbremse zu steigen, ist natürlich völliger Schwachsinn ...«, Heinz Prüller: »Denn gerade jetzt gilt: Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut!«

Das kritische Publikum wird sich wohl sehr schnell fragen: Sind es nicht andere und v. a. komplexere Faktoren und Zusammenhänge, die für das Wohl von »uns allen« verantwortlich sind, als eine primäre Fokussierung auf das Wohl der »Wirtschaft« vulgo der Unternehmen?

Vermeintlich »einfache« Botschaften und Slogans wie jener der WKÖ haben oft eine fatale Kehrseite: Entweder sind sie »falsch« oder sie reduzieren Inhalte zu stark und negieren damit die Komplexität der Realität. Denkt man z. B. die – für



manche vielleicht sogar auf den ersten Eindruck harmlos anmutenden – Thesen der WKÖ konsequent logisch weiter, so kann dies schnell zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Verwerfungen führen: Man denke nur an massive Lohnkürzungen, zusätzliche Ausfälle von Steuern und Abgaben der Unternehmen für die öffentliche Hand, das systematische Aushöhlen bestehender arbeits- oder sozialrechtlicher Normen, aber auch die weitere Zunahme der internationalen ökonomischen Ungleichgewichte (v. a. in den Leistungsbilanzen der Länder) – alles zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit?

Das ist keine fortschrittliche Perspektive, die mit emanzipatorischen Politikansätzen und damit gleicheren und gerechteren Teilhabemöglichkeiten am

Wirtschafts- und Gesellschaftsleben vereinbar ist. Aus einer gesamtwirtschaftlichen Sicht ist evident, dass ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum durch mehr Faktoren getrieben wird als vermeintlich nur jenen z. B. der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die sich auch in den Exporten einer Volkswirtschaft niederschlägt. In vielen wirtschafts- und steuerpolitischen Diskussionen wird aber gerade der Wettbewerbsfähigkeit zu viel Bedeutung beigemessen.

Faktoren für wirtschaftlichen Erfolg

Vielmehr sind andere Faktoren wie u. a. die Dynamik der Binnennachfrage, das Potenzial für innovations- und technologieinduzierten Fortschritt, die Ressour-

cenausstattung mit (Human-)Kapital, aber auch psychologische Einflussfaktoren (z. B. Optimismus, Zukunfts- oder soziale Abstiegsängste) für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg eines Staates mindestens gleichrangig.

Gerade angesichts der Vielzahl von möglichen Erfolgsstrategien und Interventionsmöglichkeiten zur Hebung des »Gemeinwohls«, erscheint es doch sehr kurzfristig und fragwürdig, zuerst (!) den Unternehmen möglichst »angenehme« und auch »steuerschonende« Rahmenbedingungen bieten zu müssen, ehe Zug um Zug eine Verbesserung der Situation für alle anderen (Nicht-Unternehmen) eintreten sollte. Handelt es sich dabei nicht erfahrungsgemäß um nicht haltbare und damit für den Großteil der Bevölkerung leere Versprechungen?

»Krisen-Erfahrungen«

Die Erfahrungen seit dem Ausbruch der größten Wirtschaftskrise seit rund 80 Jahren könnten bei einer möglichen »Renaissance des makroökonomischen Denkens«¹ hilfreich sein. Wäre beispielsweise die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft bzw. des heimischen Arbeitsmarkts ausschließlich von der Entwicklung der Exporte abhängig gewesen, so wären sowohl der Konjunkturabschwung als auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit noch dramatischer ausgefallen. Siehe Grafik.

Glücklicherweise konnten die Konsumausgaben der privaten Haushalte – als wichtigster Faktor der Binnennachfrage – die Einbrüche bei den Exporten und Investitionen zum Teil kompensieren. Die privaten Konsumausgaben konnten 2009 u. a. durch die Verlässlichkeit und Wirkung insbesondere der Sozialbudgets und Transferleistungen, der Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete stabil gehalten und sogar gegenüber dem Jahr 2008 mit real +1,3 Prozent ausgeweitet werden. Auch im Jahr 2010 wird mit einem weiteren Anstieg dieser Ausgaben gerechnet (vgl. WIFO-Septemberprognose 2010).

Dass eine Förderung der Exporte nicht unbedingt mit einer höheren Wertschöpfung im Inland gleichzusetzen ist, erklärt

sich dadurch, dass Exporte bereits in einem hohen Maß importierte Vorleistungen (vgl. Rohstoffabhängigkeit, Zulieferverflechtungen etc.) beinhalten. Demnach wird nicht einmal jeder 3. Euro in Österreich durch Exporte von Waren und Dienstleistungen »verdient« bzw. im Verkauf erzielt. Den stärksten Wachstumsbeitrag für Österreich leistet nach wie vor die Inlandsnachfrage, bestehend aus privatem und öffentlichem Konsum sowie den Investitionen der Unternehmen.

Im Übrigen sind die Exportquote (2009: 50,5 Prozent des BIP) und die Importquote (2009: 46,0 Prozent des BIP) keine geeigneten Indikatoren, die einen direkten Rückschluss auf die Wirtschaftsentwicklung bzw. die Wertschöpfung in Österreich ermöglichen – vielmehr sind beide Quoten nur ein Ausdruck der (zunehmenden) internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen und der internationalen Arbeitsteilung.

Dass eine positive Exportentwicklung unterstützend für das nominelle gesamtwirtschaftliche Wachstum sein kann, steht außer Streit. Es stellt sich aber die Frage nach den wirtschaftspolitischen Forderungen aus dieser simplen Erkenntnis: Wenn nicht einmal $\frac{1}{3}$ der inländischen Wirtschaftsleistung auf die Exporte zurückzuführen ist, warum dann gerade diese eine Strategie prioritär verfolgen – noch dazu vor dem Hintergrund, dass durch die (über-)harten Konsolidierungs- bzw. Sparkurse in einigen EU-Ländern die Nachfrage nach heimischen Gütern und Dienstleistungen massiv gedämpft wird?

Im EU-Vergleich sehr attraktiv

Die heimische Wirtschaft ist bereits jetzt sehr wettbewerbsfähig! Die Preise und Qualität der österreichischen Produkte sind v. a. im europäischen Vergleich sehr attraktiv. Das zeigt sich auch darin, dass drei Viertel der Exporte im europäischen Binnenmarkt erfolgen. Dass die österreichischen Unternehmen noch konkurrenzfähiger werden, ist erstrebenswert – dies darf aber keinesfalls nur durch noch mehr Druck auf die Einkommen und Arbeitsbedingungen zustande kommen, zumal dies wesentliche negative Effekte auf die Inlandsnachfrage hätte. Moderate Lohnabschlüsse und eine steigende Pro-

WEBLINKS

September-Prognose des WIFO:
tinyurl.com/3718oyb

Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der Rezession (Truger et al)
tinyurl.com/2473xbg

duktivität der ArbeitnehmerInnen haben ohnedies zu sinkenden Lohnstückkosten in den vergangenen Jahren geführt – ein noch größerer Beitrag ist für die ArbeitnehmerInnen unzumutbar!

Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise sind auch die Investitionen der Unternehmen bzw. des Staates stark rückläufig und werden nach den aktuellen Prognosen (WIFO 9/2010) auch noch 2011 unter dem Niveau vor 2008 liegen. Entsprechende Investitionen in den Unternehmen z. B. in den Bereichen Forschung, Innovation, Arbeitsbedingungen und Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen würden direkt einen positiven Wachstumsbeitrag leisten und die internationale Konkurrenzfähigkeit nachhaltig stärken.

»GESAMT«-Nachfrage zählt

Eine Marktwirtschaft lebt vom Wachstum, das von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – also von (privatem/öffentlichem) Konsum, Investitionen und Exporten – getrieben werden muss. Keiner dieser Faktoren darf vernachlässigt werden! Die stabilisierende Rolle des privaten Konsums auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise hat somit eindrucksvoll die **Antithese** zum WKÖ-Spot bestätigt: Geht's den Menschen gut, geht's uns allen gut – somit auch der Wirtschaft!

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
adolf.buxbaum@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ nach P. Bofinger, 2005: Wir sind besser, als wir glauben; Wohlstand für alle, München, S 225 ff

Vermögend oder reich?

Österreichs Millionäre werden mehr und reicher – ein internationaler Trend, und so verzeichnet die Luxusbranche für 2010 tolle Zuwachsraten.

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

Aha, die Kommunisten ...« kommentiert ein Herr mit eleganter Begleiterin schon von weitem die noch unverständlichen Klänge aus dem Megaphon. Eine kleine Gruppe DemonstrantInnen mit roten Flaggen, Transparenten und Megaphon hat sich anlässlich der Messe »Luxury, please« neben der Hofburg versammelt. Sie fordern Arbeit, Wohnung und Bildung für alle statt Luxus für wenige. Ein Stück weiter steht eine zweite Gruppe, die Freunde des Wohlstands. Junge Frauen im Pelz verteilen Robbenbabypasteten. »Euer Neid kotzt uns an« und »Jeder Mensch hat seine Chance, wir haben sie ergriffen« steht auf den Transparenten. Manche PassantInnen sind unsicher, ob Forderungen wie die sofortige Abschaffung der Hacklerregelung oder die Einführung von Studiengebühren wirklich ernst gemeint sind. Tatsächlich handelt es sich hier um eine künstlerische Intervention. Social Impact, der 1997 von einer Künstlergruppe gegründete Verein für Kunst- und Aktionsforschung war unter anderem für die Subversivmesse im Rahmen der Kulturhauptstadt Linz verantwortlich.

Diskreter Luxus

Apropos Kultur: Drinnen in der Hofburg geht soeben eine Fashion-Show zu den Klängen klassischer Musik über die Bühne. Eine kurze Pause beim Messebummel

zwischen rund 90 Ausstellern, die Luxus von A bis Z anbieten: Champagner, handgezogene Grissini, Luxuslimousinen, Schmuck und Uhren, Servietten mit gesticktem Monogramm etc., Preise nur auf Anfrage. Laut Veranstalter kamen heuer rund 17.000 BesucherInnen zur Luxusmesse, um 13 Prozent mehr als 2009. Wie viele der ca. 40.000 österreichischen MillionärInnen tatsächlich durch die Messe-Räumlichkeiten bummelten, kann niemand genau sagen.

Sicher ist, dass sich die Luxusbranche nach der Wirtschaftskrise sehr rasch wieder erholt hat, manche sprechen sogar von einem Boom. Wesentlich daran beteiligt ist das aufstrebende China. ExpertInnen schätzen, dass es in fünf Jahren weltweit der größte Abnehmer für Luxusgüter sein wird. Schon heute ist Frankreich, wo Restaurants mit Preisen ab 500 Euro pro Person und Luxus-Suiten um 14.000 Euro pro Nacht keine Auslastungsprobleme haben, nach Japan das beliebteste Reiseziel der Chinesen.

Aber auch in Österreich war 2010 für manche ein gutes Jahr: Schon im vergangenen Juni lagen die veranlagten Werte deutlich über dem Stand von 2007. Während überall im Land Sparen angesagt ist, ist die Zahl der MillionärInnen nach dem Krisenjahr 2009 um elf Prozent gestiegen und deren Vermögen um 13,7 Prozent auf 210 Milliarden Euro angewachsen.

Ab wann ist jemand reich? Von ExpertInnen wird die Grenze meist beim Zweifachen des durchschnittlichen Vermögens angesetzt. Nach dieser Definition wären zehn Prozent der Haushalte in Österreich reich und verfügten durchschnittlich über ein Geldvermögen von 290.000

Euro. Als Millionäre werden Personen bezeichnet, deren freies Vermögen (Sparanlagen, Aktien, Immobilien etc.) mindestens eine Million (Dollar oder Euro) ausmacht. Selbst benutzter Immobilienbesitz wird nicht dazugerechnet. Tatsächlich kann das Vermögen der meisten Reichen ohnehin nur geschätzt werden.

Über Geld spricht man nicht

Der Ökonom und Politikwissenschaftler Martin Schürz ist Leiter der Gruppe monetäre Analysen in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Österreichischen Nationalbank und beschäftigt sich schon länger intensiv mit dem Thema Reichtum: »Die Freiwilligkeit bei Haushaltsbefragungen zum privaten Vermögen setzt der Reichtumsforschung enge Grenzen. Zur Erforschung des privaten Vermögensreichtums wäre staatlicher Zwang zur Informationsoffenlegung notwendig. Dass dies nicht einmal diskutiert wird, veranschaulicht die gesellschaftlichen Machtverhältnisse.« Reichtum, das bedeutet nicht nur, dass man nach Lust und Laune shoppen gehen kann.

Reichtum bedeutet auch Macht, als Grundbesitzer oder als Arbeitgeber, als Du-FreundIn von SpitzenpolitikerInnen etc. etc. Entsprechend »vermögensfreundlich« verhalten sich daher die meisten Politiker. Schürz plädiert für die Einführung der Erbschaftssteuer (derzeit stellen zwei Prozent der Haushalte 40 Prozent des gesamten Immobilien-Erbschaftsaufkommens). Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden kritisiert Schürz als symbolische Maßnahme in Richtung **Philanthrokapitalismus**. Der Staat folge da-

Social Impact, der 1997 von einer Künstlergruppe gegründete Verein für Kunst- und Aktionsforschung war unter anderem für die Subversivmesse im Rahmen der Kulturhauptstadt Linz verantwortlich.



mit privaten Präferenzen reicher Menschen, statt soziale Organisationen direkt zu unterstützen.

Spenden statt Steuern

Zweifellos ist für den Einzelnen der Wohlfühlfaktor bei Spenden und Stiftungen größer als beim anonymen Steuerzahlen. Man kann es sich aussuchen, ob man lieber ein Museum oder eine Forschungseinrichtung großzügig bedenkt, oder doch etwas für die Bedürftigen tut. Und selbst wenn Wohltäter das nicht an die große Glocke hängen, zumindest die soziale Anerkennung, wenn nicht gar Dankbarkeit ist gewiss.

Univ.-Prof. Dr. Thomas Druyen vom Institut für Vergleichende Vermögenskultur und Vermögenspsychologie an der Sigmund-Freud-PrivatUni betont, dass Wohltätigkeit lange Tradition hat: »Im 18. Jahrhundert gab es im deutschen Sprachraum über 100.000 Stiftungen, heute sind es ca. 34.000.« Und er betont den Unterschied zwischen vermögend und reich: »Vermögend zu sein, das bedeutet nicht nur haben, sondern auch Verantwortung zu übernehmen, etwas Sinnvolles zu tun.«

Zum Glück gibt es nicht wenige Reiche, die sich für Menschen einsetzen, die es nicht so gut getroffen haben. Vor allem in den USA haben Spenden und Stiftungen große Tradition, das Spendenaufkommen liegt bei rund 300 Milliarden Dollar jährlich. Hier dürfte eine deutliche Steigerung zu erwarten sein, so meldete SPIEGELonline im August, dass 40 US-Milliardäre versprochen haben, die Hälfte ihres Vermögens zu spenden, unter ih-

nen der New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg (geschätztes Vermögen: 18 Mrd. Dollar) und Medienmogul Ted Turner. Bloomborgs Motiv: »Ich möchte, dass meine Kinder ihre Ziele haben und dafür kämpfen und nicht einfach sagen, hey, ich bin im Club des glücklichen Spermas und erbe den Erfolg.«

Geld ist nicht alles, aber ...

Abgesehen davon, dass neun Milliarden Dollar auch ein ganz erkleckliches Sümmchen sind, stellt sich die Frage, ob Reichtum tatsächlich glücklich macht. Dazu gibt es weniger Erkenntnisse aus der Reichtums- und mehr aus der Glücksforschung. Der Psychologe und Wirtschaftsnobelpreisträger **Daniel Kahnemann** und der Ökonom **Angus Deaton** werteten dazu mehr als 450.000 Fragebögen aus und stellten fest, dass Geld bis zu einer gewissen Grenze, die derzeit bei rund 58.000 Euro pro Jahr liegt, nicht nur beruhigt, sondern das Leben wesentlich erleichtert bzw. angenehmer macht. Danach wird Einkommens- oder Vermögenszuwachs nach wie vor weiterhin positiv bewertet, hat aber keinen nachhaltigen Einfluss mehr auf das Lebensgefühl im Alltag. Die Untersuchung ergab außerdem, dass arme Menschen schlechte Erfahrungen wie Scheidungen, Krankheit oder Einsamkeit stärker negativ empfinden als Menschen mit gutem Einkommen. Wenig erstaunlich – abgesehen davon, dass chronischer Geldmangel an sich schon ein Stressfaktor ist, kann ein finanzielles Polster manche Schicksalsschläge gut abfedern. Wer etwa im Falle einer Scheidung auf den Zweitwohnsitz aus-

WEBLINK

Social Impact:
www.social-impact.at

weichen kann und nicht monatelang weiter gemeinsam auf 50 m² leben muss, der wird mit dieser Veränderung sicher leichter fertig.

Zu guter Letzt noch kurz zum Thema Neid: Laut einer Erhebung der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität aus dem Jahr 2008, bei der 5.000 Personen aus allen Schichten befragt wurden, sehen sowohl Hartz IV-Empfänger als auch Wohlhabende die zum Teil exorbitant hohen Gagen von Stars und Sportlern (sowie deren manchmal unstandesgemäße Lebensführung), aber auch das Einkommen mancher Manager (während im selben Unternehmen Jobs abgebaut werden) besonders kritisch. Die Gefühle basieren auf Fakten: So stiegen etwa von 1997 bis 2002 die durchschnittlichen Jahreseinkommen der Manager der 30 DAX-Unternehmen um 46 Prozent (von DM 1,660.000 auf € 1,406.000)! Das entspricht dem 42-fachen des durchschnittlichen ArbeitnehmerInneneinkommens.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

So eine Sünde

Ein Zehntel unseres Restmülls besteht aus originalverpackten Lebensmitteln. Immer mehr junge Menschen wollen der Verschwendung nicht länger zusehen.

Autorin: Gabriele Müller

Freie Journalistin

Ob es ihn nicht ekelt? Grundsätzlich schon, sagt er. Allerdings bestehe keine Pflicht hineinzugehen. In den Mülltonnen hinter den Supermärkten wären ohnehin ausreichend qualitativ hochwertige Produkte zu finden. Das Bedürfnis zu erbrechen habe ihn eines Tages an der Kasse einer Handelskette ereilt. »Wenden Sie sich an die Geschäftsführung«, sei auf einem Schild an die werte Kundschaft gestanden, »wenn sie nicht mit einem Lächeln bedient werden«.

Freegans

Hermann möchte namentlich nicht genannt werden. Er ist einer der – zahlenmäßig naturgemäß nicht erfassten – Freeganer, die dem herrschenden Konsumzwang den Rücken gekehrt haben.

Freeganer, abgeleitet von »free« (frei) und »vegan« (Personen, die keine Tierprodukte verzehren), versuchen, ohne zwangsläufig in materieller Not zu stecken, möglichst weitgehend kostenlos zu leben.

Die Verwertung von Abfall, nicht allein weggeworfene Lebensmittel, sondern auch Kleidung, Möbel, Bücher, technische Geräte und andere Bedarfsartikeln gehört zu ihrer täglichen Lebenspraxis. Ihr Ziel ist es, »den negativen Einfluss der kapitalistischen Volkswirtschaft auf die Einzelperson durch eine

alternative Lebensweise in Bezug auf die Grundversorgung zu verringern«. (Siehe www.freegan.at)

Zu finden ist in Österreichs Mülltonnen genug. Der Anteil nicht verkaufter Lebensmittel, der von den Supermärkten an karitative Einrichtungen, wie etwa die **Wiener Tafel**, weitergegeben wird, ist vergleichsweise gering. Laut einer Studie des Instituts für Abfallwirtschaft der Universität für Bodenkultur enden jährlich etwa 166.000 Tonnen genießbare Lebensmittel im Restmüll. Mit dem Dokumentarfilm des Österreicher Erwin Wagenhofer »We feed the world – Essen global«, der im Herbst 2005 in den Kinos lief, ist der verschwenderische Umgang mit Nahrung zum Thema geworden. Die Freegans fanden Eingang in Fernsehsendungen und Talkshows.

Entstanden war die Bewegung der Freeganer Mitte der Neunzigerjahre in den USA unter den KritikerInnen einer ausschließlich auf Profit orientierten Globalisierung. In Österreich gilt der ehemalige Flugverkehrsleiter Ronny Wytek als Pionier der Bewegung. Er hatte 1998 das Wiener GeOb-Kollektiv gegründet. Gemeinsam wurde zunächst weggeworfenes Gemüse und Obst gesammelt, später kamen Lebensmittel und Waren aller Art hinzu.

Überflusgesellschaft

Von den Freegans hatte sie zunächst nichts gewusst, berichtet Henrietta (Name geändert), eine Aktivistin der ersten Stunde. »Wir haben gesehen, welcher Überfluss vorhanden ist, und wie viel

weggeworfen wird, von dem man gut leben kann.« So hatte sie das erste Mal bei der Jahrtausendwende ihr Essen aus Mülltonnen geholt. »Mir ist es als moralische Pflicht erschienen«, berichtet sie, »dort zu konsumieren, wo Lebensmittel und andere verwertbare Abfälle zum Problem werden.«

Moral

Auch René (Name geändert) hat sich den Freeganern aus moralischen Überlegungen angeschlossen. »Ich habe mir angesehen, wohin meine Geldflüsse gehen, woher ich mein Geld beziehe, und wo es zwischengelagert wird. Meist dort, wo der Profit am größten ist. Und das ist in vielen Fällen die Rüstungsindustrie.«

Die meist jungen Menschen, die nach Geschäftsschluss, oft in den Morgenstunden, noch ehe die Konsumwelt erwacht, mit Leinentaschen oder Rucksäcken ausziehen, um die Mülltonnen nach Essbarem zu untersuchen, stellen grundsätzliche Fragen. »Wie groß ist mein ethischer Rucksack, um ein bestimmtes Produkt ins Regal zu bringen?« »Wie kann ich dazu beitragen, dass Ressourcen nicht sinnlos verschwendet werden?«

Gesammelt wird bei Obst- und Gemüsemärkten, bei Supermärkten und bei Bioläden.

»Unglaublich, was da alles weggeworfen wird«, berichtet Henrietta. Oft finden die MiststierlerInnen aus ethischen Gründen so viel, dass es nicht nur zur Selbstversorgung reicht. »Es gibt so eine Fülle, dass man sich sogar die Qualität



Freeganer, abgeleitet von »free« (frei) und »vegan« (Personen, die keine Tierprodukte verzehren), versuchen, ohne zwangsläufig in materieller Not zu stecken, möglichst weitgehend kostenlos zu leben. Die Verwertung von Abfall – nicht allein weggeworfene Lebensmittel, sondern auch Kleidung, Möbel, Bücher, technische Geräte und andere Bedarfsartikel – gehört zu ihrer täglichen Lebenspraxis.

aussuchen kann«, berichtet Hermann. Exotische Früchte, wie Kiwis, Mangos oder Avocados würden »tendenziell erst in der Mülltonne reif«.

Mit den Volkküchen (VoKü) macht die Jugend den Missstand, dass täglich Tonnen von Lebensmittel »entsorgt« werden, zur Tugend. »Weil wir keine Lust auf Mensa, Stiegl-Bräu und Billa haben ... kochen wir uns ab jetzt unser Essen am Campus selbst«, laden sie etwa jede zweite Woche im Monat im Wiener Alten AKH ein. Auch beim Türkenwirt (Tüwi) nahe der Universität für Bodenkultur wird jeden ersten Sonntag im Monat gemeinsam Gefundenes gekocht.

Unauffällig

Unauffälligkeit beim Sammeln gegenüber den Angestellten, aber auch den PassantInnen gegenüber, ist erste Freeganer-Pflicht. »Sei fair – hinterlasse keine Spuren und ermögliche **Dumpster Diving** auch für andere«, lautet das Gebot. »Manchmal sind die Mülltonnen versperrt oder stehen in einem Abstellraum«, erzählt Henrietta. Auch Rattengift erschwert bisweilen die Suche. »Es hängt seitwärts in den Tonnen«, berichtet René. »Außer Schalenfrüchte oder wirklich gut Verpacktes nehme ich da nichts.«

Ist das Containern nicht gefährlich? »Grundsätzlich nicht mehr, als einkaufen zu gehen«, antwortet Hermann. »Was wir aus der Tonne nehmen ist gerade ein paar Stunden zuvor noch im Geschäft angeboten worden. Gerade bei pflanzlichen Produkten ist die Gefahr der Ver-

derblichkeit ohnehin geringer oder nicht existent.«

Kilosäcke mit Kartoffeln, Zwiebeln, Äpfeln, Bananen werden gefunden. »Manchmal ist die Schale nicht mehr ansehnlich genug für den Verkauf«, sagt René. »Aber die entfernen wir ohnehin.«

Gut verschlossenes Joghurt oder Käse, mit überschrittenem Ablaufdatum, Schokolade und Kekse ergänzen den Speisezetteln. Nicht alle Freeganer ernähren sich ausschließlich vegan. »Wenn ein Produkt bereits den Wirtschaftskreislauf verlassen hat«, meint etwa René, »macht es keinen Sinn, es nicht einer Verwertung zuzuführen.«

Seit der intensiven Berichterstattung versperren einige Supermärkte ihre Mülltonnen. Von Problemen mit den MitarbeiterInnen wird nichts berichtet. »Die sind oft selbst schockiert über die Ausmaße der Verschwendung«, sagt Henrietta. »Sie sind ja verpflichtet, das Abgelaufene wegzuerwerfen. Es selbst mitzunehmen ist ihnen nicht erlaubt.«

Mülltrennung

Grundsätzlich sind in Österreich Privathaushalte und Supermärkte zur Mülltrennung verpflichtet. »Gerade die Supermärkte halten sich aber nicht daran«, kommentiert René. »In gewisser Weise ist unsere Arbeit auch eine Art Mülltrennung.«

Wäre es nicht sinnvoller, Institutionen wie den Sozialmarkt zu unterstützen, werden die Freeganer auf einem Internetblogg gefragt, als teuer produzierte Lebensmitteln gratis abzustauben? »Die werden nur mit Lebensmitteln in grö-

WEBLINKS

Alle Infos unter:
www.mein-fussabdruck.at
www.kostnixladen.at
freegan.at

ßeren Mengen beliefert«, lautet die Antwort. »Und mit Waren, die nicht abgelaufen sind. Das sind ganz andere Dinge, als die, die wir finden.« Die Freeganer führen ein Nischendasein. »Über einen gewissen Prozentsatz kann Dumpstern nicht hinausgehen«, ist sich Blogger Mu bewusst. »Denn schließlich muss auch konsumiert werden, damit Abfall entsteht. Viel sinnvoller wäre es, keine Tierprodukte zu kaufen, wenn Mensch etwas verändern will. So würde die Wirtschaft nicht schrumpfen, aber die Ressourcen geschont.«

Immer wieder wird René auf seiner Rucksacktour bei den Mülltonnen von PassantInnen angesprochen. »Nicht nur Kapitalismuskritische oder Leute aus der Jugendkultur interessieren sich dafür«, sagt er. »Auch die älteren Menschen. Die halten es für eine Sünde, Lebensmittel einfach wegzuerwerfen.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Konsum für eine bessere Welt

Immer mehr Menschen schauen beim Kaufen nicht nur auf den Preis sondern auch darauf, wo und wie unsere Konsumgüter produziert werden.

Autorin: Lisa Seidl

Freie Journalistin

Wir alle sind gegen Kinderarbeit, gegen Umweltverschmutzung, gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen. Trotzdem verursachen viele unserer Konsumgüter genau diese Probleme. Und wir kaufen sie. Doch die Lösung scheint einfach: Konsum.

Moderner Ablasshandel

Ohne Frage unterstützt man mit dem Kauf von ökologisch und sozialverträglich hergestellten Produkten den Fortschritt zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Hinter manchen Markenversprechen steckt jedoch nur Grünfärberei. Denn ein grünes Image, eine Corporate Social Responsibility kann man sich mit der richtigen PR-Agentur schnell zulegen, um den KonsumentInnen ein ruhiges Gewissen zu verschaffen. Während in fernen Ländern Kinder ausgebeutet, Flüsse verunreinigt und gewerkschaftliche Organisation verhindert werden, verleihen sich dieselben Konzerne in Europa ein soziales und umweltfreundliches Image. Diese Unternehmen betreiben **Greenwashing**.

Der Smoothie-Hersteller Innocent, der zehn Prozent des Umsatzes sozialen Zwecken spendet, rechtfertigt die jüngste Beteiligung der Coca Cola Company damit, dass dadurch mehr Geld für Spenden zur Verfügung steht. Coca Cola hält 58 Prozent an Innocent und hat schon mit zahlreichen Einträgen im »Schwarzbuch Mar-

kenfirmen« auf sich aufmerksam gemacht. Die Werbung suggeriert ein falsches Bild und beeinflusst Kaufentscheidungen. Grünfärberei hilft auch, das Verlangen der KonsumentInnen nach schärferen Gesetzen zu drosseln. Denn nur der Druck der VerbraucherInnen beim Konsum allein reicht nicht aus, die Politik muss Vorgaben für fairen und nachhaltigen Handel geben, und der Eindruck, dass die Wirtschaft immer mehr auf Nachhaltigkeit setzt, verlangsamt politisches Handeln.

Qualitätssiegel bieten Hilfe, »echte« faire Ware zu erkennen. In diesem Zertifikate-Dschungel muss man erst einen Überblick bekommen, denn für fast alle Produktgruppen gibt es schon dazugehörige Siegel. Essen, Kleidung, Spielzeug, Blumen – die Liste ist lang. Übersichtliche Firmen Checks und Newsletter, Gastro- und Floristenfinder oder Verbraucherhinweise bieten Gelegenheit, sich über den österreichischen Markt zu informieren und neue Bezugsquellen aufzustoßern. Auch unabhängige Verbraucherschutz-Organisationen wie Foodwatch.at bieten Informationen über faires Konsumieren und fordern gesetzliche Regelungen, damit irreführende Produktkennzeichnungen und mangelnde Information den Verbraucher nicht hinters Licht führen.

Lohas – Nachhaltigkeit als Lifestyle

Der strategische Konsum schafft ein gutes Gewissen. Und diese emotionale Rendite, für die man auch einen saftigen Preis zahlt, und die die Konsumlust rechtfertigt, lässt manchen Kaufbewussten blind für wirkungsvolles nachhaltiges Handeln werden. Ein KonsumentInnentyp schreibt strate-

BUCHTIPP

Kathrin Hartmann:

Ende der Märchenstunde.

Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt.

Karl Blessing Verlag, München 2009,
384 Seiten, € 13,99
ISBN 978-3-641-03632-1

Klaus Werner-Lobo/Hans Weiss:

Schwarzbuch Markenfirmen.

Ullstein Taschenbuchverlag, März 2010,
416 Seiten, € 10,30
ISBN 978-3-548-37314-3

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

gischen Konsum ganz groß. Sie sind gebildet, wohlhabend und leben Nachhaltigkeit als Trend. Die Strategie ihres Konsums liegt darin, nicht zu verzichten, doch im Schein der Nachhaltigkeit zu leben. Lohas sind Anhänger des Lifestyle of Health and Sustainability. Sie fliegen 15 Stunden ins Öko-Ressort, kaufen im Winter Bio-Erdbeeren aus Ägypten und fahren ein Hybrid-Auto. Der wichtigste Aspekt dabei bleibt der Lifestyle. So begründet sich der Konkurrenzvorsprung vom Toyota Prius damit, dass er im Vergleich zu **Hybrid-Autos** von Honda und Ford eindeutig durch das Design der Karosserie als Hybrid zu erkennen ist. Man will nicht nur Gutes tun, man will auch dabei gesehen werden.

Dabei kann man abschätzen, dass die tatsächliche Einsparung von Ressourcen nicht sehr groß ist. Und dass durch den



Wenn ein T-Shirt drei Euro kostet, wie kann man das verantworten, rechtfertigen? Und kann man sich über seinen Kauf noch freuen?

Konsum dieser Güter die Wirtschaft zur Produktion und zum Handel von fairen und ressourcenschonenden Produkten gezwungen wird, kann man auch nicht annehmen. Dazu ist die Käuferschicht zu gering. So wird nur der Schein erzeugt, dass die Anpassung unseres Alltagslebens die Antriebsfeder für eine Nachhaltigkeit ist, die eigentlich die Politik sein sollte. Denn auch ausgezeichnet informierte strategische KäuferInnen können nicht den gesamtwirtschaftlichen Überblick haben, um einzuschätzen, ob der Umstieg auf Öko-Strom Ressourcen schont, oder einfach nur den Handel mit Öko-Strom-Zertifikaten anheizt. Kathrin Hartmann kritisiert aus diesem Grund in ihrem Buch »Ende der Märchenstunde« den Lifestyle der Lohas. Strategischer Konsum kann die Welt retten, wird auf Plattformen wie Utopia.de propagandiert. Dabei fällt das Wort Verzicht, außer am jährlichen BuyNothingDay, der passend am 27. November kurz nach dem amerikanischen Thanksgiving gefeiert wird, nicht oft. Doch im Gegensatz zu sogenannten **Lovos**, streben die Lohas keinen Konsumverzicht an, sondern wollen ihrem Luxuskonsum einen ethnisch-korrekten Aspekt geben. Nach Hartmann kann strategischer Konsum im Kleinen sicherlich sinnvoll sein, doch Fischstäbchen von einer Marke zu kaufen, die einen Teil des Verkaufspreises an Meeresschutzprojekte spendet, nicht.

Im Unterschied zu großen Unternehmen, die Marketingmaschinerien betreiben, kann man sich bei kleinen Labels und Shops wirklich selbst ein Bild machen. So beim ersten ökofairen Modelabel Österreichs Göttin des Glücks. Hier wird entlang der gesamten Produktionskette fairer

Handel garantiert und ausschließlich mit zertifizierter Bio-Baumwolle gearbeitet. Sie ist ein Musterbeispiel in ihrer Branche und mit den Zertifizierungen von **EZA**, Fairtrade und **GOTS** (Global Organic Textile Standard) kann sich das Unternehmen sehen lassen. Aber nicht nur über die eigene faire Produktion kann man sich auf der Homepage des Unternehmens informieren, sondern es werden auch Denkanstöße in Bezug auf die herkömmliche Produktion gegeben. Die Fragen lauten: Wenn ein T-Shirt drei Euro kostet, wie kann man das verantworten, rechtfertigen? Und kann man sich über seinen Kauf noch freuen?

Vinzi-Shops und Recycling-CD-Hüllen

Die Vinzenzgemeinschaft, im 19. Jahrhundert gegründet, betreibt Shops, Würstelstände und produziert sogar Vinzi-Pasta, deren Gewinne dem Verein und deren Notunterkünften zur Verfügung gestellt werden. Ethnisch-korrekte und umweltbewusste Musiklabels wie Green Owl Records, mit Recycling-CD-Hüllen oder der klimaneutrale Bücher- und Medienversand Anares (Stichwort »Ökologisches Beschaffungswesen«) zeigen, dass auch hier ein Umdenken stattfinden kann. Ob diese Pioniere jedoch einen Trend hervorrufen, ist schwierig zu sagen. Sicher ist, dass KonsumentInnen immer mehr Wert auf Nachhaltigkeit legen, doch viele Kompromisse eingehen müssen. Denn um sicherzugehen zu können, nachhaltig und fair zu kaufen, muss man sich informieren, die Marken kennen, die Shops aufsuchen und verzichten. Doch ein gutes Gewissen leisten können sich dennoch nicht viele. So muss durch politisches Aktivwerden der

W E B L I N K S

Alle Infos unter:
www.cleanclothes.at
www.fairtrade.at
www.bio-austria.at
www.foodwatch.at
www.ende-der-maerchenstunde.de

KonsumentInnen Druck auf die Wirtschaft gemacht werden, und Unternehmen zu fairer und nachhaltiger Produktion gezwungen werden. Denn »es gab noch nie in der Geschichte irgendeines Landes eine gesellschaftliche Veränderung durch Konsum. Keine Veränderung ist jemals zustande gekommen, weil eine besser verdienende Elite etwas anderes eingekauft hat«, so Hartmann. Dennoch kann uns die Lohas-Bewegung eines lehren: Wenn strategischer Konsum eine soziale Anerkennung mit sich bringt, kann vielleicht auch ein Trend den Anlass für einen Diskurs einer generellen Wende in der konventionellen Wirtschaft führen. Das Bewusstsein, wo und wie unsere Konsumgüter produziert werden, und der sinnvolle Umgang mit den Ressourcen darf aber nicht durch blinden Konsumrausch vernachlässigt werden.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
h0701971@wu.ac.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wert gesellschaftlicher Verantwortung

Leider gibt es in Österreich nach wie vor keine Legal-Definition für Corporate Social Responsibility (CSR), also die soziale Verantwortung von Unternehmen.

Autorin: Petra Kreinecker

Geschäftsführerin Netzwerk Soziale Verantwortung

Das Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) steht für eine sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige, transparente, menschenrechtskonforme und diskriminierungsfreie Unternehmensführung. CSR-Prinzipien sollen im gesamten unternehmerischen Handeln verankert und für die komplette Wertschöpfungskette verbindlich sein. Diese Mindeststandards sollen auch in den Ländern des Südens und des Ostens eingehalten werden.

Die Realität sieht freilich anders aus. Während adäquate Arbeitsbedingungen, Umweltschutz und Menschenrechte in Österreich kaum noch in Frage gestellt werden, werden für Zulieferunternehmen völlig andere Maßstäbe angelegt.

Klare Regelungen gewünscht

Die von NeSoVe in Auftrag gegebene Publikation »CSR in Österreich«* weist durch die repräsentative Untersuchung von 600 Unternehmen auf Rückenwind aus unerwarteter Richtung hin: Die große Mehrheit der CSR-Leader, also die Firmen, die ihrer sozialen Verantwor-

tung gerecht werden, wünscht sich klare Regelungen.

Im Regierungsprogramm steht lediglich ein Satz zu CSR, mindestens fünf österreichische Ministerien haben CSR auf ihrer Agenda – aber eine politische **Kohärenz** ist schwer erkennbar. Der »OECD-Kontaktpunkt«, eingerichtet im Wirtschaftsministerium als Beschwerdemechanismus bei Verstößen gegen die »Guidelines für multinationale Konzerne«, kam bisher in genau nur einem Fall zu einem Urteil. Und die Diskussionen rund um die österreichische ISO-Norm 26000 zur sozialen Verantwortung sind seit geraumer Zeit ins Stocken geraten.

»Guidance on Social Responsibility«

Anfang November wurde das von der International Standards Organization (ISO) verfasste Dokument ISO 26000 »Guidance on Social Responsibility« veröffentlicht. Damit sollte zum ersten Mal ein Dokument für die Definition gesellschaftlicher Verantwortung weltweite Gültigkeit erlangen. Das ambitionierte Ziel wird allerdings verfehlt, denn das Dokument ist keine Norm, sondern lediglich ein Leitfaden, der Organisationen und Unternehmen Tipps und Empfehlungen gibt.

Die ISO hat weitgehend die Möglichkeit verpasst, Mindeststandards in Form klarer Empfehlungen festzulegen. Leider sind die Empfehlungen der ISO 26000 nicht ausreichend präzise formuliert und daher vielfältig interpretierbar. So ist der Anspruch aus der Perspektive eines reichen Industrielandes wie Öster-

reich absolut unzureichend und stellt einen Rückschritt gegenüber bestehenden gesetzlichen Regeln dar. In vielen Fällen liegt das Niveau der ISO 26000 jedenfalls unterhalb der in Europa bzw. Österreich geltenden Gesetze.

Einige Grundprinzipien wie etwa die Einhaltung von internationalen Verhaltensstandards und nationalen Gesetzen wurden festgehalten. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und internationaler ILO-Standards sind allerdings zentrale Prinzipien von sozialer Unternehmensverantwortung und somit vorauszusetzen. Von einem Unternehmen, das sich zu umfassender gesellschaftlicher Verantwortung bekennt, erwartet man aber deutlich mehr. Bezüglich der Kernthemen Menschenrechte, Umwelt und faire Arbeitsbedingungen werden Hinweise gegeben, welche Themen laut ISO 26000 zu behandeln sind.

Bei der Auswahl der verschiedenen Handlungsfelder haben die Unternehmen jedoch freie Hand. So können Unternehmen weiterhin den Umfang gesellschaftlicher Verantwortung nach dem Motto »pick and choose« selbst definieren. Auch wird die Erstellung eines Berichtes zwar empfohlen, dessen Gestaltung bleibt aber weitgehend den Firmen überlassen.

ISO 26000: Missbrauch möglich

Es ist zu befürchten, dass die ISO 26000 missbräuchlich verwendet wird, indem Unternehmen fragwürdige Konzepte als CSR verkaufen. Bloße Marketing-Aktivitäten könnten durch die Bezugnahme auf ISO 26000 legitimiert werden. So

* Über NeSoVe

Das Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) ist eine CSR-Plattform und arbeitet seit vier Jahren im großen Themenbereich von CSR. Unter den 30 Mitgliedsorganisationen sind NGOs, die zu Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechten arbeiten, Forschungseinrichtungen, BetriebsrätInnen und Gewerkschaften.



Österreichische Unternehmen sind heutzutage auch weltweit tätig. Man lässt in Entwicklungsländern produzieren, wo Hungerlöhne gezahlt werden und Umweltstandards geringer sind.

läuft der Leitfaden Gefahr, sein ausdrückliches Ziel – einen weitreichenden Beitrag zur zukunftsfähigen Entwicklung zu leisten – weit zu verfehlen. Der Gesetzgeber sollte die notwendigen Rahmenbedingungen für sozial verantwortliches Handeln herstellen: Freiwillige Ansätze könnten gesetzliche Lösungen dann ergänzen.

CSR in Zeiten der Krise

Durch die Finanzkrise sind CSR-relevante Errungenschaften, die in den vergangenen Jahren in Österreich und weltweit erreicht wurden, massiv gefährdet.

Obwohl die Finanzkrise Österreich nur gestreift hat, sind die Folgen bereits deutlich sichtbar. Nun erscheint soziale Verantwortung als Luxus. Firmen profitieren von gekürzten Löhnen sowie vom Wettbewerb der Regierungen, Umwelt- und Sozialstandards im Wettlauf um Investitionen weiter zu untergraben.

Während hierzulande selbst ein Betriebsrat für die vergangenen Jahre ein »Jammern auf hohem Niveau« konstatierte – galt Österreich doch in der Vergangenheit im europäischen Vergleich wirklich als Sozialstaat –, so wird mittlerweile von österreichischen Unternehmen die Krise oftmals benutzt, um Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Schaut man über die Grenzen oder gar über die Ozeane hinweg, sieht die Lebens- und Arbeitssituation der betroffenen Bevölkerung noch dramatischer aus.

CSR soll zu einem unabdingbaren Standard werden, der eine sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige, men-

schenrechtskonforme und diskriminierungsfreie Unternehmensführung garantiert. Solche Standards machen langfristig nur dann Sinn, wenn sie weltweite Gültigkeit erlangen, unabhängig vom Produktionsstandort und bezogen auf die globale Zulieferindustrie.

Österreichische Unternehmen sind heutzutage auch weltweit tätig. Man lässt in Entwicklungsländern produzieren, wo Hungerlöhne gezahlt werden und Umweltstandards geringer sind. Die lokalen Regierungen bieten europäischen Firmen Sonderkonditionen. Dort wo Gesetze im Umwelt- oder Sozialbereich existieren, werden sie kaum konsequent angewendet. Die Regierungen armer Länder werden nicht selten zu Komplizen, wenn es um die Ausbeutung der heimischen Bevölkerung geht.

Die Mutterunternehmen in Österreich und anderen europäischen Ländern können mittels dieser Geschäftspraktiken Gewinne verbuchen, im Falle von Menschenrechtsverletzungen können sie in Europa jedoch nicht belangt werden.

Europaweite CSR-Initiative

Europaweit ist in den vergangenen Jahren eine Diskussion darüber entbrannt, inwieweit man Gesetze erlassen muss, die die extraterritoriale unternehmerische Tätigkeit regeln.

Die Plattform European Coalition on Corporate Justice, bei der NeSoVe die österreichische Zivilgesellschaft vertritt, hat zentrale Forderungen für eine weltweite Unternehmensverantwortung entwickelt. Eine zentrale Forderung ist die Haftungspflicht von europäischen

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.sozialeverantwortung.at
nesove.blogspot.com

Mutterunternehmen für Umweltzerstörung und bei Menschenrechtsverletzungen, auch wenn sie von Tochter- und Zulieferunternehmen verursacht werden.

Regeln für Unternehmen

Im Mai startete im Rahmen des EU-finanzierten Projektes »Enhancing EU-business contribution« die europaweite Kampagne »Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen« zur Unterstützung der oben genannten Forderungen. Seit September wird die Unterschriftenaktion in Österreich durchgeführt. Bis Frühling 2011 sollen insgesamt 100.000 Unterschriften gesammelt und dann EU-Präsident José Manuel Barroso übergeben werden.

Unterschreiben auch Sie auf
www.rechtfuermenschen.de

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
petra.kreinecker@sozialeverantwortung.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Apfelschmus

Fans von Apple Hard- und Software haben iPads, iPods, iTunes und iBooks. Wie bei allen Herstellern, steckt derzeit auch in Apple der Produktions-Wurm.

*AutorInnen:
Sophia-T. Fielhauer-Resei,
Mag. Christian Resei*

Freie JournalistInnen

Sonnige Tage in Cupertino im Silicon Valley. Das Durchschnittshaushaltseinkommen der 50.000 EinwohnerInnen beträgt 143.000 Dollar, 65 Prozent haben zumindest einen Bachelor-Abschluss, 96 Prozent einen Internetzugang. Diese Daten präsentiert die Stadt-Homepage. Der größte Arbeitgeber ist Apple in der Zentrale am Apple-Campus. Ein Plastik-Märchen: Steve Jobs und Stephen Wozniak entwickelten den Apple I 1976 in der Garage. Neben Apple residieren 60 Hightech-Firmen in der Stadt, z. B. HP, Symantec, NetManage.

In 30 Jahren Umsätze verdreifacht

»Wir sind seit 30 Jahren hier. In dieser Zeit haben sich unsere Umsätze von sechs Mio. auf 20 Mio. verdreifacht«, eröffnete CEO Jobs jüngst dem Stadtrat.

Im Südwind-Büro werkt Andrea Ben Lassoued, 32, auf einem HP-Notebook. Ben Lassoued ist Leiterin von Clean-IT, eine Kampagne von Südwind und Teil des europäischen Projekts »Procure IT fair«. Die Kampagnenleiterin ist sicher: »Kein Computer ist fair produziert, doch als Konsument habe ich derzeit keine Alternative.«

Obwohl Apple großen Wert auf ein gutes Image legt, sind die Herstellungsbedingungen so schaurig wie bei anderen

IT-Firmen. Die gesamte Herstellung des Apple Tablet (iPad) bei der chinesischen Firma Foxconn kostet 260 Dollar – 250 Dollar für Display, Mikrochips, Akku, WiFi-Antenne plus neun Dollar (!) für die Endmontage (nachzulesen bei www.isuppli.com).

Eine Selbstmordserie von Foxconn-ArbeiterInnen, die weiterhin anhält, beschäftigte Medien und KonsumentInnen. Auch Firmen wie Hewlett Packard, Dell, Fujitsu Siemens Computers lassen in Billiglohnländern produzieren, lagern an Flextronic, Foxconn, Inventec etc. aus. »Vor ein paar Jahren wusste kaum jemand Bescheid, wie und wo Computer hergestellt werden«, erklärt Andrea Ben Lassoued. »KonsumentInnen können sich kritisch bei Firmen erkundigen.« Das wird bei Apple schwierig: »Kein Kommentar« ist die Devise. Doch Ben Lassoued ist sicher: »Apple ist ein Statussymbol – schick, cool und deshalb verletzlich. Apple hat bereits Probleme, denn die Identifikation mit Apple-Produkten ist so stark, dass etwa die Wahrheit über Foxconn die KonsumentInnen schon trifft«.

Nico P., 43, Videokünstler und überzeugter Apple-Fan, ist gegen Clean-IT-Kampagnen immun. Nach zwei Power Mac G4 arbeitet der Künstler nun mit einem Apple MacBook Pro. Mit seinem iPhone telefoniert er nicht bloß. Von Videos schneiden, Musik aufnehmen, elektronisch erzeugen und visualisieren bis Bildbearbeitung nutzt der Wiener seinen Apple. Überzeugung: »Die ganze Software ist toll. Apple ist extrem durchdacht, das Design fantastisch, das Touchpad eine Freude und die Verarbeitung großartig.« Ein Seitensprung konnte Nico P.

nicht überzeugen: »Ich bin kein Windows-Freund. Es gab ständig Probleme mit Viren und Abstürzen.« Doch über Apple ist er auch verärgert: »Die Preise sind ein Skandal, die Konsumenten werden verarscht. Wenn du weniger brauchst, musst du mehr zahlen – etwa, damit der Monitor nicht verspiegelt ist.« Die unfairen Produktionsbedingungen machen ihm weniger Sorgen: »Das ist unser Wirtschaftssystem, das Firmen zwingt in andere Länder auszuweichen. Die Rohstoffe sind das Riesenproblem.«

700 Stoffe werden benötigt

Rund 700 verschiedene Stoffe werden für die Produktion von Computern benötigt. Hier beginnt der ungesunde Kreislauf, setzt mit grausigen Arbeitsbedingungen fort, endet beim fahrlässig entsorgten Elektronikschrott.

Auch Andrea Ben Lassoued ärgert sich über Apple: »Steve Jobs sagte, dass es bei Foxconn gar nicht so schlimm ist.« Auf der Branchenkonferenz »All Things Digital« im kalifornischen Pancho Palos Verdes beschwichtigte der CEO: Der Konzern sei »kein Ausbeuterbetrieb«. Auf dem Fabrikgelände in Shenzhen seien »Restaurants, Kinos, Krankenhäuser und Schwimmbäder. Für eine Fabrik ist es da ziemlich nett«. Die Arbeitsbedingungen würden von Apple geprüft. Apple ist »eines der besten Unternehmen weltweit in seiner Branche, wenn nicht gar überhaupt«, wenn es darum gehe, die Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette zu »verstehen«. Ben Lassoued verlässt sich freilich nicht auf die Recherchen von Apple: »Es ist sehr gefährlich, in die Fabriken zu gehen, zu forschen



Apple ist ein Statussymbol – schick, cool und deshalb verletzlich bei Kampagnen. Die Identifikation mit Apple-Produkten ist bei den KonsumentInnen so stark, dass man sie mit der Wahrheit über die Arbeitsbedingungen treffen kann.

und mit den ArbeiterInnen zu sprechen. Partnerorganisationen wie SACOM übernehmen das. Bei Foxconn wachen rund 1.000 Sicherheitsleute pro Firma.«

Doch Apple verkauft Lebensgefühl nicht nur Unterhaltungselektronik. Scheffelt gigantische Umsätze, obwohl der Kundenservice kränkelt. Auf einen iPhone-Lieferengpass für Weihnachten 2008 folgten Beschwerden, die nicht mal beantwortet wurden. Das kann Apple-KonsumentInnen nicht abschrecken: Apple gilt als hipp, künstlerisch, aufgeschlossen. Andere Computerhersteller setzen auf technische Möglichkeiten, Apple erkannte die emotionale Bindung der NutzerInnen zum Gerät.

Clean IT ist nicht Fair IT

Clean-IT und Partner kämpfen weiter um faire Herstellungsbedingungen: »Es gibt europaweit Erfolge, aber bisher nicht im IT-Bereich, sondern etwa bei Clean Clothes«, erklärt Ben Lassoued.

Einige Versuche nachhaltig produzierter Elektronik: ökologische PC-Maus vom WWF (z. B. Gehäuse aus Recyclingkunststoffen, Verzicht auf FCKWs), ökologische Tastatur in Deutschland. Die österreichische Firma Kerp entwickelte 2005 eine kabellose Öko-Maus mit LED-Technik, bleifrei gelötet. »Green IT« nicht »Fair IT«. Keines der Produkte ist mehr erhältlich. Aktuell ist eine faire LED-Kabelmaus von PheFE (Projekt zur Herstellung Fairer Elektronik; www.phefe.de) geplant – menschenwürdige Arbeitsbedingungen, sichere Produktion, Berücksichtigung von Sozial- und Ökobilanz. Andrea Ben Lassoued und ihr Team kümmern sich

derweil um die österreichische Beschaffungstaktik, sei es mit Petitionen oder Gesprächen mit Entscheidungsträgern: »Konsumenten können Druck ausüben, indem sie bei Firmen nachfragen, sich beim Kauf erkundigen und Petitionen unterschreiben. Wir versuchen, Einfluss auf die sozial faire Beschaffung von Computern auszuüben. Etwa auf Ministerien, Schulen und Krankenhäuser. Wenn in großem Maßstab eingekauft wird, kann sehr wohl Druck auf die Erzeugerfirmen ausgeübt werden.« Die Bundesbeschaffung GmbH (BBG) ist der Einkaufsdienstleister der öffentlichen Hand. »Die Reaktion der BBG war positiv, allerdings nur was Green-IT betrifft.«

Bisher nicht erfolgreich waren eindringliche Bemühungen, mit Hans Sünkel, Präsident der Österreichischen Universitätenkonferenz, in Kontakt zu treten – auf zahlreiche Anfragen erfolgte keine Reaktion. »Wenn alle Rektoren in Österreich mitmachen würden, dann wächst auch der Druck auf die Bundesbeschaffung GmbH.« Dabei konnte Clean-IT eine 4.500 Unterschriften starke Petition vorlegen, die eine faire Beschaffung von Computern für Unis forderte. Andrea Ben Lassoued: »Empfehlen kann man derzeit noch gar nichts. Clean-IT versucht nicht, zum Boykott aufzurufen, denn da verlieren die ArbeiterInnen bloß ihren Job. Ich wünsche mir, dass es in fünf bis zehn Jahren Alternativen für KonsumentInnen gibt – das ist mein Traum.«

Apple ist längst kein klassischer Computer-Hersteller mehr, für den Umsatz sorgen vor allem iPhone, iPod und der Flachcomputer iPad. Freilich auch der App Store und iTunes. Während die Mu-

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.clean-it.at
procureitfair.org

sikindustrie gegen illegale Tauschbörsen verlor, wurde Apple zur größten Online-Musikhändler der Welt. So rigide Apple mit Informationen ist, so streng kontrolliert die Firma auch, was auf dem iPad oder iPhone läuft. Auf iPhone passen nur App-Store-Apps – freilich nach strengen Apple-Richtlinien.

Manche Inhalte sind pfui ...

Manch Cartoon wird entfernt – einer zeigte Tiger Woods, der auf einem Rasen in Frauenform golfte. Zensur von Klassikern: Eine Comic-Version von Joyce »Ulysses« zeigte Nacktheit, Wildes »The Importance of Being Earnest« das Bild zweier küssender Männer. Nach Medienprotesten sind die Werke ungeschnitten im App Store erhältlich. Interessant: Die »Bild« hatte mit den barbusigen Seiteneins-Mädchen kein Problem.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die AutorInnen
sophia.fielhauer@chello.at
resei@gmx.de
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wo bleibt das Geld?

Die Kaufkraft steigt – und doch haben viele ÖsterreicherInnen das Gefühl, dass alles teurer wird.

Autorin: Dagmar Gordon

Freie Journalistin

Viele ArbeitnehmerInnen haben das Gefühl, immer weniger in der Geldbörse zu haben. »Alles wird teurer«, klagen immer mehr – und das obwohl viele Produkte – zum Beispiel in der Unterhaltungselektronik – immer billiger werden. Gleichzeitig steigt die Kaufkraft. Wo also bleibt das Geld?

Schiefer Blickwinkel

Im Jahr 2009 erhöhte sich das nominelle Kaufkraftvolumen der österreichischen Bevölkerung um 4,6 Prozent auf rund 135 Mrd. Euro. Aufgrund der geringen Inflation 2009 (VPI +0,5 Prozent) liegt das reale Kaufkraftwachstum bei 4,1 Prozent. Ein Widerspruch? Nein. Es kommt auf den Blickwinkel an – und der ist manchmal schief. Bei einem großen Teil der Menschen, die von ihrem Erwerbseinkommen leben müssen, machen die Ausgaben für Wohnen, Energie (insbesondere Heizung und Benzin) sowie Lebensmittel den größten Teil der monatlichen Kosten aus. In der offiziellen Inflationsstatistik sind diese Ausgaben jedoch untergewichtet, sagen KritikerInnen.

Die Teuerung hat sich in Österreich auch im Oktober beschleunigt. Noch stärkere Spritpreis-Erhöhlungen als im Monat davor haben die Inflationsrate im Jahresabstand von 1,9 auf 2,0 Prozent klettern lassen – zuletzt war der Wert im Juni so hoch. Grund für den Teuerungs-

anstieg waren höhere Preise für Mineralölprodukte, die gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent zulegten. Ohne Energiepreise hätte die Inflation im Oktober nur 1,4 Prozent betragen. Der für die Euro-Zone berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) Österreichs stieg binnen Jahresfrist um 1,9 Prozent. Im Monatsabstand erhöhte sich das Preisniveau beim Pensionisten-Preisindex – wie beim allgemeinen VPI – um 0,2 Prozent und beim HVPI um 0,3 Prozent.

Die Statistik Austria verwendet für ihre Berechnungen einen Warenkorb, in dem die Preise von 770 Waren und Dienstleistungen erhoben werden. Alle fünf Jahre wird der Korb überprüft und neue Produkte hinzu- und veraltete Produkte herausgenommen. Je nachdem wie groß der Anteil des Produkts an den Gesamtausgaben ist, geben ihm die StatistikerInnen mehr oder weniger Einfluss auf die Gesamtinflationsrate. Das bedeutet, dass die Produkte wichtiger sind, die entweder teuer sind oder in großen Mengen gekauft werden. Die Auswahl der in die Preiserhebung einbezogenen Waren und Dienstleistungen (Indexpositionen) soll ein durchschnittliches Verbrauchsverhalten repräsentieren. Zudem existieren mehrere Gewichtungsschemata. Der VPI beinhaltet alle Ausgaben der Österreicher, ist also nach dem Inländerkonzept erstellt. Der HVPI basiert auf dem Inlandskonzept, es werden also auch die Ausgaben von TouristInnen in Österreich berücksichtigt. Die Ausgaben für eigentümergeutztes Wohnen sind derzeit noch ausgeschlossen. Der PIPH (Preisindex für Pensionistenhaushalte) beinhaltet Indexpositionen des VPI, die Ausgabenanteile

in der Gewichtung beziehen sich aber nur auf österreichische Pensionistenhaushalte. Weiters wird ein Pkw-Index (Index für den privaten Pkw-Verkehr), ein Index des täglichen und wöchentlichen Einkaufs berechnet, welche Teilausschnitte des VPI-Warenkorbs darstellen.

Wirtschaftsprofessor Hans Wolfgang Brachinger von der Schweizer Universität Fribourg glaubt, dass der offiziell errechnete Index an der Wirklichkeit der KonsumentInnen vorbeigeht. »Beim amtlichen Verbraucherpreisindex wird angenommen, dass man täglich ein bisschen Fernseher oder ein bisschen Auto kauft – das ist unrealistisch«, so Brachinger. Entscheidend für KäuferInnen sind die Preise für Produkte, die sie ständig kaufen. Er hat einen Index entworfen, bei dem Produkte, die häufig gekauft werden, schwerer gewichtet sind, den Index der wahrgenommenen Inflation IWI.

Wahrgenommene Inflation

Ausgangspunkt des IWI ist die Überlegung, dass wir Preisänderungen umso stärker wahrnehmen, je häufiger wir ein Produkt kaufen: Wenn Bier, Brot und Benzin teurer werden, führt das zu einem »Alles-wird-teurer-Gefühl«; wenn dagegen Computer billiger werden, entgeht das weitgehend unserer Wahrnehmung, weil wir höchstens alle paar Jahre mal einen kaufen. Daher nimmt Brachinger zwar den gleichen Warenkorb wie das Statistische Bundesamt, gewichtet die Güter darin aber anders: Nicht mit ihrem Anteil an den Gesamtausgaben, sondern mit ihrer Kaufhäufigkeit. Außerdem berücksichtigt er, dass die Menschen dazu



Wenn Bier, Brot und Benzin teurer werden, führt das zu einem »Alles-wird-teurer-Gefühl«; wenn dagegen Computer billiger werden, entgeht das weitgehend unserer Wahrnehmung, weil wir höchstens alle paar Jahre mal einen kaufen.

neigen, Preiserhöhungen stärker wahrzunehmen als Preissenkungen – ein Phänomen, das ÖkonomInnen »Verlustaversion« nennen.

Wichtige Ergänzung

Am offiziellen Verbraucherpreisindex möchte Brachinger mit seinem IWI zwar nicht rütteln, aber der Statistik-Experte ist überzeugt, dass sein Index eine wichtige Ergänzung der amtlichen Inflationsrate liefert, weil er die Alltagserfahrung und das subjektive Empfinden der KonsumentInnen misst. Und das ist es schließlich, was ihr Verhalten prägt – und nicht der amtliche Verbraucherpreisindex. »Wer den Konsumenten ernst nimmt«, so Brachinger, »der kommt an der Inflationswahrnehmung nicht vorbei.« Deshalb dürfte der IWI-Index auch besser geeignet sein, die künftige Konsumententwicklung abzuschätzen. »Ist die wahrgenommene Inflation höher, spart man eher bei den größeren Anschaffungen«, ist Brachinger sicher.

Auch Studienprojektleiter Helmut Lichowski, **Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft** (PLG), verweist auf die sogenannte »gefühlte Inflation« hin. Die »gefühlte Inflationsrate« von Oktober würde beispielsweise 3,9 Prozent betragen, die von der Statistik Austria ausgewiesene Teuerungsrate lag bei 2,0 Prozent. Im Vorjahr erreichte die Inflationsrate mit 0,5 Prozent den niedrigsten Wert seit 1953, allerdings habe die Bevölkerung dies nicht so gespürt. Die Schere der gefühlten und tatsächlichen Inflation klaffe seit Beginn der Krise immer stärker auseinander. Mit ein Grund dafür sei, dass etwa Lebensmittel

oder Benzin nahezu täglich gekauft und zumeist auch bar bezahlt werden, die Handy-Rechnung oder billige Unterhaltungselektronik aber per Überweisung oder Karte. Auch sei Benzin im vergangenen Jahr um rund 20 Prozent teurer geworden.

Zudem würden viele Ältere noch in Schilling rechnen. Die Schilling-Euro-Relation sei aber nicht wie vor acht Jahren mit 13,76 zu bemessen, sondern wegen der Inflation mit 11,4 bzw. unter Einrechnung des heurigen Jahres voraussichtlich mit 11,2. ExpertInnen erwarten, dass es noch einige Jahre dauern wird, bis der Euro eine Währung ist, die im Gedächtnis der Leute verankert ist.

Wofür geben Frau und Herr Österreicher ihr Geld aus? Der Löwenanteil der Ausgaben, genau 22,3 Prozent (566 Euro), entfällt auf »Wohnen und Energie« (seit 1994 wurden die Mieten um 84 Prozent teurer, während die Gehälter um nur 28 Prozent stiegen).

Mehr Ausgaben für Verkehr

An zweiter Stelle liegt der Bereich »Verkehr« mit 16,1 Prozent (409 Euro), wobei rund 15 Prozent für privaten Verkehr aufgewendet werden. 13 Prozent der Gesamtausgaben (297 Euro) werden für Ernährung und alkoholfreie Getränke ausgegeben. 1974 entfielen noch 26,5 Prozent der Gesamtausgaben der heimischen Haushalte auf die Ernährung, Zehn Jahre später sank der Anteil auf 23,4 Prozent. 1994 verringerten sich die Ausgaben für Lebensmittel auf 16,9 Prozent und um die Jahrtausendwende verwendeten die heimischen Haushalte nur noch 13,2

WEBLINK

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/24oyhy

Prozent der Gesamtausgaben für Lebensmittel.

Wobei es in den vergangenen Jahrzehnten zu deutlichen Verschiebungen gekommen ist. Während 1954 noch 42,5 Prozent des Haushaltseinkommens für Lebensmittelkäufe verwendet wurden, waren es im Jahr 2004/05 nur zwölf Prozent. Hingegen haben sich im gleichen Zeitraum die Ausgaben für Wohnen von zwölf auf 21 Prozent fast verdoppelt, für Individual- und öffentlichen Verkehr von vier auf 13 Prozent mehr als verdreifacht und für Gastronomiebesuche fast verdoppelt (3,7 auf 6,8 Prozent). Im Vergleich der letzten beiden Konsumerhebungen von 1999/2000 und 2004/2005 kam es zu einem weiteren Bedeutungsverlust der Ausgaben für Bekleidung, während vor allem für Gesundheit und Bildung deutlich mehr ausgegeben wurde. Die jüngste Konsumerhebung wurde von März 2009 bis März 2010 durchgeführt. Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
d.gordon@ideenmanufactur.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die stillste Zeit im Jahr?

An Handelsangestellte stellt die Weihnachtszeit besondere Ansprüche. Sie müssen nicht nur mit hektischer Kundschaft, sondern auch mit Musikberieselung fertig werden.

Autor: Thomas Varkonyi

Freier Journalist

Der Handel gehört zu den größten Arbeitgebern in Österreich. Die Branche ist oft der Einstieg in den Arbeitsmarkt, die Bedingungen werden allerdings immer härter. So wird Teilzeit und geringfügige Beschäftigung für immer mehr Beschäftigte, insbesondere für Frauen zum Normalzustand. Für viele Beschäftigte reicht das Einkommen kaum, um ohne zusätzliche Mittel ein Auskommen zu finden. Die Arbeitszeiten liegen vermehrt an den Wochenenden. Und die Unsicherheit, den Arbeitsplatz behalten zu können, ist in einer Branche, in der die Beschäftigten als schnell ersetzbar gelten, im Steigen begriffen.

Keine Krise im Handel

»Der Handel hatte keine Krise!« Diese provokante These stellt Manfred Wolf von der GPA-djp auf. Diese Aussage bezieht sich natürlich nur auf den Einzelhandel, der industrienaher Großhandel war sehr wohl betroffen, da kam es auch zu Kurzarbeit. »Aber an sich kann festgestellt werden, dass der Handel ein stabiler Arbeitgeber ist. Dies verdankt er nicht zuletzt der kontinuierlichen Arbeitsmarktpolitik, die AK und ÖGB betreiben zum Beispiel mit der Lohnsteuerreform. In hohem Ausmaß liegt die stabile Situation auch darin begründet, dass es trotz Krisengeredes keine Kaufzurückhaltung in der Bevölkerung gegeben hat, und da-

durch die Umsätze auf hohem Niveau geblieben sind«, so Wolf.

Nun kommt auf die Handelsangestellten die vielleicht anstrengendste Zeit des Jahres zu, die Weihnachtszeit. Die Einkaufshektik in der Bevölkerung nimmt zu, vielfach kann schon von Kaufrausch gesprochen werden. Dadurch entsteht eine aggressive Grundstimmung, die die Entstehung von Konfliktsituationen im Verkauf fördern kann. Zusätzlich ist die Musikberieselung durch Weihnachtslieder penetrant, die Effekte können zu einer gewissen Abstumpfung führen, oder auch zu einer »Allergie« gegenüber der Weihnachtsmusik, die dann das private Weihnachtsfest überschatten kann und das Weihnachtserlebnis in der Familie trübt.

Im Jahr 2009 wurde, um auf diese Problematik österreichweit aufmerksam zu machen, von Linz09, ÖGB, GPA-djp und der Katholischen Kirche OÖ im Rahmen der Kampagne »Beschallungsfrei – Gegen Zwangsbeschallung« die Auszeichnung »Zwangsbeschaller 2009« an eine Modekette vergeben.

All die erwähnten Vorkommnisse können zu psychischen Problemen, wie zum Beispiel Burn-out und Schlafstörungen, führen. Obwohl diese im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz geregelt sind, ist es oft noch so, dass psychischer Stress sowohl von ArbeitgeberInnen als auch ArbeitnehmerInnen nicht richtig ernst genommen wird, im Gegensatz zu Schäden physischer Natur durch vermehrtes Heben und Tragen.

Ein weiterer Stressfaktor ist die subjektiv sehr stark wahrgenommene Arbeitsplatzunsicherheit. Laut einer Studie

im Auftrag der AK ist die subjektive Arbeitsplatzsicherheit im Einzelhandel im vergangenen Jahrzehnt gefallen. Der Anteil derer, die sich ihres Arbeitsplatzes nicht sicher sind, ist von zwölf auf 20 Prozent gestiegen, während die vergleichbaren Anteile in den anderen Branchen stabil sind. Frauen und insbesondere Teilzeitbeschäftigte empfinden sich als wesentlich leichter ersetzbar. Von den Teilzeitbeschäftigten hält etwa ein Viertel die eigene Stelle für ziemlich unsicher. Auch Personen mit Migrationshintergrund haben in gleichem Ausmaß wie die Teilzeitbeschäftigten Angst, dass ihr Arbeitsplatz nicht sicher sein könnte. Einzelhandelsbeschäftigte mit Migrationshintergrund stoßen zusätzlich rascher an eine gläserne Decke, die ihnen einen weiteren Aufstieg verwehrt.

Angst vor Arbeitsplatzverlust

Die Einzelhandelsbeschäftigten schätzen ihre theoretischen Arbeitsmarktchancen in anderen Branchen und Berufen nur etwas niedriger ein als Beschäftigte anderer Branchen. Besonders geringe Chancen, wieder einen adäquaten Arbeitsplatz finden zu können, rechnen sich die weiblichen Beschäftigten und solche in Teilzeitbeschäftigung aus: von Letzteren meinen 59 Prozent, dass sie nur schwer eine annehmbare Stelle finden könnten.

Die Situation ist zwar noch nicht so extrem, wie man es aus den USA kennt, Stichwort »Hire & Fire«, doch das hindert Betroffene nicht daran, sich selbst als von Kündigung bedroht und zum Schweigen zu ungerechten Situationen verpflichtet wahrzunehmen. »Es ist ein



Zusätzlich ist die Musikberieselung durch Weihnachtslieder penetrant, die Effekte können zu einer gewissen Abstumpfung führen, oder auch zu einer »Allergie« gegenüber der Weihnachtsmusik, die dann das private Weihnachtsfest überschatten kann und das Weihnachtserlebnis in der Familie trübt.

großes Problem«, sagt Manfred Wolf, »dass man glaubt, dass es was nützt, wenn man schweigt. Ansprüche verfallen, wenn nix gemacht wird, und im Kollektivvertrag steht, dass die ArbeitgeberInnen auf die Lebensumstände der ArbeitnehmerInnen achtgeben müssen. Das bedeutet, dass man nicht jede Krot schlucken muss! So ist die Rechtsordnung in Österreich: Man muss auf seine Rechte pochern. Es gibt Betriebsräte, an die man sich wenden kann, und die Gewerkschaft und die AK unterstützen alle ArbeitnehmerInnen, die sich gegen Ungerechtigkeit auflehnen. Aber den ersten Schritt tun muss man selbst!«

Unterschrift ist 100 Euro wert

Das oberste Gebot ist, beweisichernd zu handeln, ein Arbeitstagebuch zu führen, die Gespräche mit den Vorgesetzten zumindest stichwortartig aufzuzeichnen und nichts zu unterschreiben, was nicht zu 100 Prozent stimmt. »Ich sage immer bei Beratungsgesprächen: Die eigene Unterschrift ist 100 Euro wert, also vorsichtig umgehen damit, und vor Entscheidungen bei der Gewerkschaft nachfragen«, schmunzelt Wolf. Weiters empfiehlt es sich, mit den KollegInnen zu reden, gemeinsam zu handeln und Solidarität am Arbeitsplatz zu leben.

Ein weiteres großes Problem besteht in der unterdurchschnittlichen Bezahlung im Handel. Handelsangestellte verdienen laut AK-Studie im Durchschnitt monatlich netto 980 Euro, Männer 1.330 Euro und Frauen lediglich 890 Euro, was auch mit deren hohen Teilzeitquote zusammenhängt. Teilzeitbeschäftigte

Frauen verdienen im Durchschnitt nur 770 Euro. Damit gehört der Handel zu jenen Branchen mit niedrigen Löhnen in Österreich.

Während 64 Prozent der Beschäftigten in den anderen Branchen mit ihrem Einkommen ziemlich zufrieden sind, beträgt der entsprechende Anteil laut AK-Studie im Einzelhandel nur 51 Prozent, bei jenen in Teilzeit 45 und bei Einzelhandelsbeschäftigten mit Migrationshintergrund ebenfalls lediglich 51 Prozent.

Die geringeren Einkommen im Handel bedingen auch größere Sorgen der Handelsangestellten in Bezug auf ihre Altersversorgung und einen hohen Prozentsatz an Beschäftigten, die angeben, mit ihrem Erwerbseinkommen nicht auszukommen. Während knapp ein Viertel der ArbeitnehmerInnen in den sonstigen Branchen befürchtet, dass die aus der Berufstätigkeit resultierende Altersversorgung in Zukunft nicht reichen werde, beträgt der entsprechende Anteil bei den Einzelhandelsbeschäftigten mehr als ein Drittel – mit einem deutlichen Aufwärtstrend von plus neun Prozentpunkten.

Von den Frauen gehen 35 Prozent davon aus, mit der eigenen Alterspension nicht auskommen zu können, in den größeren Betrieben ab 100 Beschäftigten ist die Altersversorgung sogar für 39 Prozent äußerst prekär.

Während rund zwei Drittel der ArbeitnehmerInnen aus anderen Branchen mit ihrem Erwerbseinkommen das Auslangen finden, sind knapp die Hälfte (44 Prozent) der Einzelhandelsbeschäftigten auf regelmäßige finanzielle Unterstützungen, sei es durch Ehepart-

WEBLINK

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/39jb8fa

nerInnen, Lebensgefährten/-innen oder durch Eltern, Verwandte oder öffentliche Transferleistungen angewiesen.

Handel vom Konzern bis zur Trafik

Wegen der heterogenen Situation im Handel, Stichwort »alles vom multinationalen Konzern bis zum Trafikanten«, ist es nicht einfach, die Kollektivvertragsverhandlungen zu führen, doch hat sich die Gewerkschaft entschlossen, die 1.300 Euro Mindestlohn im Handel durchzusetzen. »Wir haben eine große Umfrage gemacht, dabei kam heraus, dass die Leute das wollen. De facto handelt es sich um 37 Euro Erhöhung für die niedrigsten Löhne, das muss drinnen sein in einer Branche, der es wirklich gut geht. Es ist ja nicht so, dass dies unmäßige Forderungen wären«, sagt Manfred Wolf. Und er ergänzt: »Wir lassen uns nicht auf 2020 verträsten, denn bis dahin könnte der Mindestlohn auch schon 1.500 Euro sein.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
dinomail@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Öffentlichen Konsum stärken

Notwendige Investitionen als Rahmenbedingung für Strukturverbesserung, Wachstum und Beschäftigung.

AutorInnen:

Sybille Pirklbauer, Adolf Buxbaum

Mitarbeiterin der Abt. Frauen und Familie
der AK Wien, Mitarbeiter der Abt. Sozialpolitik
der AK Wien

Auch in der österreichischen Diskussion zur Budgetkonsolidierung hat die neoliberale Forderung nach einem möglichst »schlanken Staat« deutlich mehr Platz bekommen als die ökonomisch viel vernünftigeren Ansätze einer nachhaltigen Budgetkonsolidierung durch »Offensivmaßnahmen«. Kann es sich Österreich überhaupt leisten, notwendige Investitionen aufgrund von konstruierten Sach- bzw. Sparzwängen zu unterlassen?

»Öffentlicher Konsum« – was ist das?

Unter »öffentlichem Konsum« im engeren Sinn (VGR-Konzept) sind vereinfacht dargestellt alle Aufwendungen zu verstehen, die die öffentliche Hand (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) zur Bereitstellung sämtlicher Güter und Dienstleistungen benötigt. Dazu zählen v. a. der Personalaufwand, die zugekauften Vorleistungen, aber auch die Wertminderung der öffent-

lichen Gebäude und Maschinen. Neben dieser statistisch engen Abgrenzung wird aber in (wirtschafts-)politischen Diskussionen nicht selten unter dem »öffentlichem Konsum« mehr verstanden (z. B. bestimmte öffentliche Infrastrukturinvestitionen etc). Die folgenden Berechnungen und Darstellungen beziehen sich auf diesen »weiteren« Begriff des öffentlichen Konsums.

Gezielte Investitionen rechnen sich

Durch gezielte öffentliche Investitionen können strukturelle Probleme gelöst und Arbeitsplätze geschaffen werden. Gesellschaftlich gesehen sind dies Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Österreichs, auf individueller Ebene eröffnen sie den Menschen mehr Chancen auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe.

Gerade durch Investitionen in den Sozialstaat in den Bereichen Kinderbetreuung, Abbau von Qualifikationsdefiziten bei Jugendlichen und Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit z. B. durch berufliche Rehabilitation können direkt und indirekt zumindest 60.000 Personen zusätzlich in den Arbeitsmarkt integriert werden. Durch die positiven Beschäftigungseffekte und entsprechende Leistungseinsparungen – insbesondere in der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung – wird eine massive Entlastung der öffentlichen Haushalte erreicht.

Anhand von vier konkreten Maßnahmen aus drei gesellschaftlich zentralen Bereichen wird modellhaft aufgezeigt, dass durch entsprechende Investitionen in den Sozialstaat darüber hinaus ein Beitrag zur nachhaltigen Budgetkonsolidie-

rung geleistet werden kann. Damit wird die vorherrschende Annahme entkräftet, wonach Investitionen in den Sozialstaat in Zeiten der Budgetkonsolidierung außer Frage stünden, da sie nur kosten.

Das Gegenteil ist der Fall, wie die Modellberechnungen eindrucksvoll zeigen: Kurzfristig entstehen natürlich Kosten, doch auf Dauer leisten diese Investitionen einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Budgetkonsolidierung – und erhöhen Österreichs Standortattraktivität und -qualität. (Details siehe Tabelle)

In den gerechneten Beispielen fallen in der Gesamtbetrachtung in den ersten Jahren Brutto-Investitionskosten an, die von 118 Mio. Euro im Jahr 2011 auf 603 Mio. Euro im Jahr 2014 ansteigen. Schon in den ersten Jahren nach Beginn der Maßnahmen bzw. Programme finanzieren sich diese zum Teil selbst, je länger der Beobachtungszeitraum festgelegt wird, desto höher sind die Rückflüsse durch die zusätzliche Beschäftigung.

Strukturelles Plus ab 2014

Bereits ab dem Jahr 2014 ist die Gesamtbilanz für die öffentlichen Haushalte klar positiv. Den Ausgaben von 603 Mio. Euro stehen im Jahr 2014 bereits Einsparungen und Einnahmen von insgesamt 734 Mio. Euro gegenüber. Dauerhaft (über das Jahr 2020 hinausgehend) ergibt sich durch die hier analysierten Investitionen sogar ein strukturelles Plus in den öffentlichen Haushalten von über 800 Mio. Euro/Jahr. Berechnungen zeigen, dass Investitionen in zukunftsträchtige Bereiche schon innerhalb relativ kurzer

WEBLINK

Langfassung der Studie:
tinyurl.com/37nhu9z

Übersicht: Kosten und Ersparnisse durch Zukunftsinvestitionen

Personen bzw. Kosten/Einsparungen, Angaben in Mio. EURO	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Zahl der Personen in Rehab II (nach Gesundheitsstraße)	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Zahl der Jugendlichen in Höherqualifizierungsmaßnahmen	5.000	10.000	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0	0	0
Ausbau der Kinderbetreuung: Kleinkindplätze +35.000 bzw. Ausweitung der Öffnungszeiten von 70.000 (Angaben in Plätzen)	0 bzw. 30.000	7.500 bzw. 30.000	15.000 bzw. 10.000	12.500 bzw. 0	0	0	0	0	0	0	0
Kosten der Maßnahmen											
BRUTTOKOSTEN GESAMT (in Mio. €)	-118	-341	-529	-603	-534	-542	-472	-482	-492	-503	-513
Effekt 1: zusätzliche Beschäftigung im Vergleich zu 2010											
Anstieg der Beschäftigung im Vergleich zu 2010 (in Personen)	3.500	14.800	31.400	47.050	54.150	58.750	61.850	62.650	62.650	62.650	62.650
Effekt 2: Einsparungen und Mehreinnahmen durch Beschäftigung											
Einsparungen und Mehreinnahmen gesamt (in Mio. Euro)	42	197	464	734	921	1.095	1.231	1.256	1.277	1.299	1.321
Budgeteffekt GESAMT											
Saldo aus Kosten und kumulierten Einsparungen	-77	-145	-65	131	388	553	759	774	785	796	808

Quelle: AK-Studie (2010), Nachhaltige Budgetkonsolidierung durch Investitionen in den Sozialstaat – Der Sozialstaat als produktiver Faktor, S. 6

Zeiträume Rückflüsse an den Staat generieren, die die ursprünglichen Kosten übersteigen und damit auch gesellschaftspolitisch sinnvoll zur Budgetkonsolidierung beitragen.

Ausbau von Kinderbetreuung

Insgesamt wird durch die Realisierung dieser öffentlichen Investitionen der Wirtschaftsstandort attraktiver, wird die Beschäftigungsquote insbesondere von Frauen steigen, gleichzeitig nehmen die entsprechenden Lohnabgaben zu und die strukturellen Mängel werden abgebaut. Da z. B. der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sowohl beachtliche direkte Beschäftigungseffekte (10.550 im Endausbau) als auch indirekte Effekte (Ausweitung der individuellen Arbeitszeiten bzw. Ermöglichung von Arbeitsaufnahmen – allein bis 2015 entstehen dadurch 27.500 Beschäftigungsverhältnisse) hat, fließen über direkte Lohnabgaben beträchtliche Mittel an die öffentliche Hand zurück.

Umso besser es gelingt, »neue« BetreuerInnen nach deren Qualifizierung aus der Arbeitslosigkeit zu rekrutieren, umso höher fallen auch dauerhaft die Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung aus. Berücksichtigt man die Kombination dieser beiden positiven Effekte – also Anstieg der Beschäftigung und Leistungseinsparungen –, ergeben

sich mittelfristig bereits ab dem fünften Jahr nach Beginn der Investitionsaktivitäten strukturelle Mehreinnahmen im Vergleich zu den laufenden Kosten der Kinderbetreuungsangebote.

Langfristig ergibt sich allein durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztageschulformen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die steigende direkte Erwerbsbeteiligung insbesondere der Frauen und die sonstigen Beschäftigungseffekte (z. B. ausgelöst durch steigende Konsumausgaben der privaten Haushalte) bedeuten strukturelle Mehreinnahmen für die öffentlichen Budgets.

Je stabiler und dauerhafter diese Beschäftigungsverhältnisse sind, umso höher ist auch der positive Beitrag für die öffentlichen Haushalte. Gerade diese Nachhaltigkeit der Mehreinnahmen unterstützt die aktuellen und zukünftigen Bemühungen zur Budgetkonsolidierung.

Produktiver Faktor Sozialstaat

Fokussierte Investitionen in den Sozialstaat (»Sozialstaat als produktiver Faktor«) sind notwendig zur Verbesserung und Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen und leisten – wie sich nicht nur modellhaft zeigen lässt – darüber hinaus einen Beitrag zur nachhaltigen Sozialstaatsfinanzierung.

Mehr noch als bisher ist vor diesem Hintergrund evident, dass dem Sozialstaat eine unverzichtbare Rolle zukommt, um nicht nur die bereits bestehenden Herausforderungen wie etwa der Globalisierung, der Gefahr eines Lohn-/Steuer-/Sozialdumpings, der Ausbreitung prekärer Arbeitsformen, Gleichstellung von Mann und Frau, dem demografischen Wandel, Anforderungen einer modernen Wissensgesellschaft oder der Individualisierung der Lebensformen zu bewältigen.

Zukunftsinvestitionen

Trotz knapper Budgets muss es Österreich also gelingen, jene Zukunftsinvestitionen zu realisieren, die zwar kurzfristig mit Kosten verbunden sind, sich aber nachhaltig »rechnen« und strukturelle Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte bedeuten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
adolf.buxbaum@akwien.at
sybille.pirklbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Konsolidierungspaket 2011–2014

Das Budget 2011 ist kein Wunschpaket der ArbeitnehmerInnen, selbst wenn mit höheren vermögensbezogenen Steuern richtige Schritte gesetzt werden.

Autor: Georg Feigl

Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Gut zwei Jahre sind seit Beginn der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren vergangen. Seitdem stieg nicht nur die Arbeitslosigkeit an, sondern auch die krisenbedingte Neuverschuldung. Mehr noch als die staatlichen Stützungsmaßnahmen wirkten die Einnahmefälle defizitreibend. Mit dem Konsolidierungspaket legte die Bundesregierung Ende Oktober nun konkret fest, wie man das Schuldenwachstum bremsen will. Der Defizitabbau soll nun bereits schneller erfolgen, als im Jänner (Stabilitätsprogramm) bzw. April (Bundesfinanzrahmengesetz, kurz **BFRG**) festgelegt wurde – obwohl 2011 nur um 1,8 statt 2,7 Milliarden Euro auf Bundesebene konsolidiert wird.

Steuerliche Möglichkeiten nutzen

Dieser Spagat gelingt durch die heurige »Wachstumsdividende«, die etwa in Form deutlich höherer Steuereinnahmen u. a. durch die nunmehr weniger stark angespannte Beschäftigungssituation zu verzeichnen war.

So wie sich 2009 bestätigt hat, dass nichts so defizitreibend ist wie eine schlechte wirtschaftliche Entwicklung, sieht man nun durch die raschere Erholung den gegenteiligen Effekt. Somit zeigt sich indirekt auch, dass nicht ein »überden-Verhältnissen-Leben« der Allgemein-

Konsolidierungspläne neu	2011	2012	2013	2014
Konsolidierungsvolumen Bund	1,8	2,9	3,2	3,7
Verkleinerung Konsolidierungsvolumen gegenüber April (Mrd. Euro)	0,9	1,7	2,2	2,6
davon Offensivmaßnahmen	0,4	0,4	0,4	0,4
Maastricht-Budgetpfad neu (in % des BIP)	3,2	2,9	2,5	2,2
Vgl.: Budgetpfad April (in % des BIP)	4,0	3,3	2,7	2,3

Quelle: BMF (Budgetbericht 2011, Strategiebericht 2011–2014), eigene Berechnungen.

heit, sondern die Folgen eines gescheiterten Finanzsystems den Ausgangspunkt für dieses Paket bilden.

Die Anforderungen an die Budgetpolitik nach der Krise leiten sich davon ab: Es muss der weiterhin hohen Unsicherheit hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung – etwa durch die negativen Effekte der Sparpakete in der EU – bzw. der immer noch über dem Niveau vor der Krise liegenden Arbeitslosigkeit Rechnung getragen werden.

Es sollten steuerliche Möglichkeiten genutzt werden, Krisenursachen wie ungleiche Verteilung und den krisenanfälligen Finanzsektor zumindest ansatzweise einzudämmen. Drittens dürfen notwendige Zukunftsausgaben wie für qualitativ hochwertige Bildung, Kinderbetreuung, Integration, Energiewende und Pflege dadurch nicht beschränkt werden. Schließlich sollte die Konsolidierungslast gerecht verteilt werden – unter Berücksichtigung der Beitragsfähigkeit, der Gewinne der letzten finanzgetriebenen Wachstumsphase sowie den gerade durch die Stabilisierungsmaßnahmen bereits wieder besonders kräftig wachsenden Vermögen.

Gemessen an diesen Kriterien greift das Konsolidierungspaket zu kurz. Gegenüber dem BFRG weist es aber klare

Verbesserungen auf. Insbesondere das Offensivpaket mit den Schwerpunkten Bildung, Forschung und thermische Sanierung sowie das kleinere Konsolidierungsvolumen sind hier zu nennen. Auch die erstmals seit Jahrzehnten wieder steigende Abgabenleistung von Vermögen und Unternehmen geht in die richtige Richtung.

Es hätte eigentlich mehr sein dürfen bzw. müssen. Ebenso hätte es jedoch schlechter kommen können, wenn der Finanzminister seine Androhungen wahr gemacht hätte.

Rasenmähermethode

Beträchtlich höhere Ausgabenkürzungen, keine Offensivmaßnahmen, und wenn schon Steuern nur Massensteuern mit »Ökomascherl«. Wirtschaftslobbys, Wirtschaftskammer und manche WirtschaftsforscherInnen forderten ebenfalls kurzfristig milliardenschwere Ausgabenkürzungen, die zwangsläufig zu Belastungen für die Bevölkerung entweder in Form geringerer oder schlechterer Leistungen gegangen wären. Gekommen ist davon nur wenig – und das ist gut so.

Der unerfreulichste allgemeine Punkt des Konsolidierungspaketes betrifft trotzdem die Ausgabenseite: Statt gezielt bei



Statt gezielt bei diskussionswürdigen bzw. nicht mehr zeitgemäßen Ausgaben deutlich einzusparen, mittelfristige Strukturreformen zumindest zu beginnen und im Zweifelsfall auch teure Steuervorteile im Privatpensions- oder Familienbereich als zu kürzende Kosten in Betracht zu ziehen, hielt man sich weitgehend an die im April im Zuge des BFRG festgelegte »Rasenmähermethode«.

diskussionswürdigen bzw. nicht mehr zeitgemäßen Ausgaben deutlich einzusparen, mittelfristige Strukturreformen zumindest zu beginnen und im Zweifelsfall auch teure Steuervorteile im Privatpensions- oder Familienbereich als zu kürzende Kosten in Betracht zu ziehen, hielt man sich weitgehend an die im April im Zuge des BFRG festgelegte »Rasenmähermethode«.

Hierbei wurde einfach in allen Bereichen derselbe Prozentsatz abgeschnitten – lediglich sensible Bereiche wie Bildung und Arbeitsmarkt wurden mit »höheren Schnittstufen« etwas geschont. Damit war bereits im April besiegelt, dass es etwa bei der Familienförderung zu empfindlichen Einschnitten kommen wird.

Länder nicht eingebunden

Zumindest punktuell wird nun von den BFRG-Vorgaben abgewichen: Mehrausgaben in Form von Offensivmaßnahmen wurden ermöglicht, EU-finanzierte Ausgaben herausgerechnet, Sparbeiträge reduziert und Rücklagenauflösungen, Verschiebung innerhalb des staatlichen Sektors sowie automatische Minderausgaben (durch die bessere konjunkturelle Entwicklung) angerechnet.

Letztlich ist die bisher fehlende substantielle Einbindung der Länder kritisch zu sehen, denen ohne höhere Verantwortung für den gesamtstaatlichen Budgeterfolg und ohne Beteiligung an Offensivmaßnahmen im Bereich beschäftigungsintensiver Wachstumsbereiche (z. B. Kinderbetreuung, Pflege) frei verfügbare höhere Ertragsanteile zugestanden werden. Betrachtet man die konkreten Maßnah-

men, so fällt zunächst Offensichtliches auf: Milliarden schwere Ausgabenkürzungen sind kurzfristig nur durch unbeliebte Leistungskürzungen möglich.

Doch das muss differenzierter gesehen werden: Während es in den Budgetuntergliederungen wie z. B. Pensionen und Gesundheit relativ gut gelungen ist, negative Effekte zu beschränken, ist das im Familienbereich anders: Statt wenig effektive und eher BesserverdienerInnen zugute kommende teure Steuervorteile wie den Kinderfreibetrag abzuschaffen, werden etwa Studierende und arbeitslose Jugendliche bzw. deren Eltern besonders hart getroffen.

Im Bildungs- und Wissenschaftsbereich gibt es zwar jeweils 80 Millionen Euro zusätzlich im Jahr, doch gleichzeitig werden sinnvolle Ausgaben – etwa für anwendungsorientiertere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen oder Bau- und Fördermaßnahmen für Menschen mit Behinderung – gekürzt oder verschoben. All das ist nicht zu beschönigen – es hätte substantiell korrigiert werden müssen.

Steuern auf Vermögenszuwächse

Einnahmenseitig finden sich überwiegend positive Aspekte. So ist die Bankenabgabe ein Versuch, die MitverursacherInnen der Krise zu belasten. Weiters sind die höheren Steuern auf Vermögenszuwächse und manche Stiftungserträge begrüßenswert.

Problematischer ist die Erhöhung der Mineralölsteuer, vor allem weil es zu keiner Reform des Pendlerpauschales gekommen ist, die mit einer Umstellung auf einen Absetzbetrag mit höherer Abgeltung

W E B L I N K S

AK-Analysen der Budgetpolitik:
tinyurl.com/35qc76g

Konsolidierungspaket
der Bundesregierung vom 23. Oktober:
tinyurl.com/33vnbff

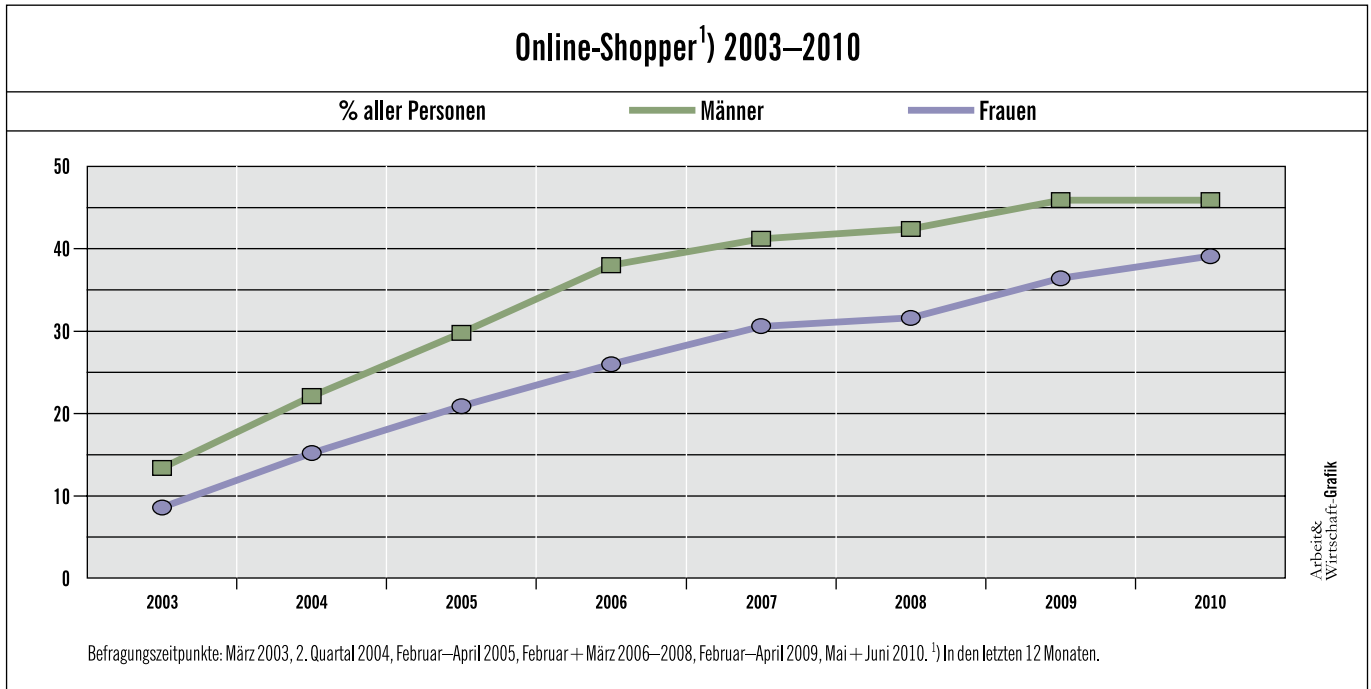
für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel eher ökologische Lenkungseffekte und soziale Ausgewogenheit erzielen hätte können. Insgesamt wurde durch das Budgetkonsolidierungspaket ein erster Schritt in Richtung höherer kapital- und vermögensbezogener Steuern gesetzt, dem weitere folgen sollten. Es ist weder ein großer Wurf noch ein Wunschpaket der ArbeitnehmerInnen, aber besser als anzunehmen war. Es erfolgt damit weder ein Frontalangriff auf staatliche Strukturen, noch wird der Schwerpunkt der Einnahmenerhöhungen auf Massensteuern gelegt.

Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob in der Wirtschaftspolitik nun wieder mehr auf beschäftigungs-, bildungs-, verteilungs- und umweltpolitischen Aspekte geachtet wird – oder diese durch eine jahrelange Sparzwanglogik hintangestellt werden.

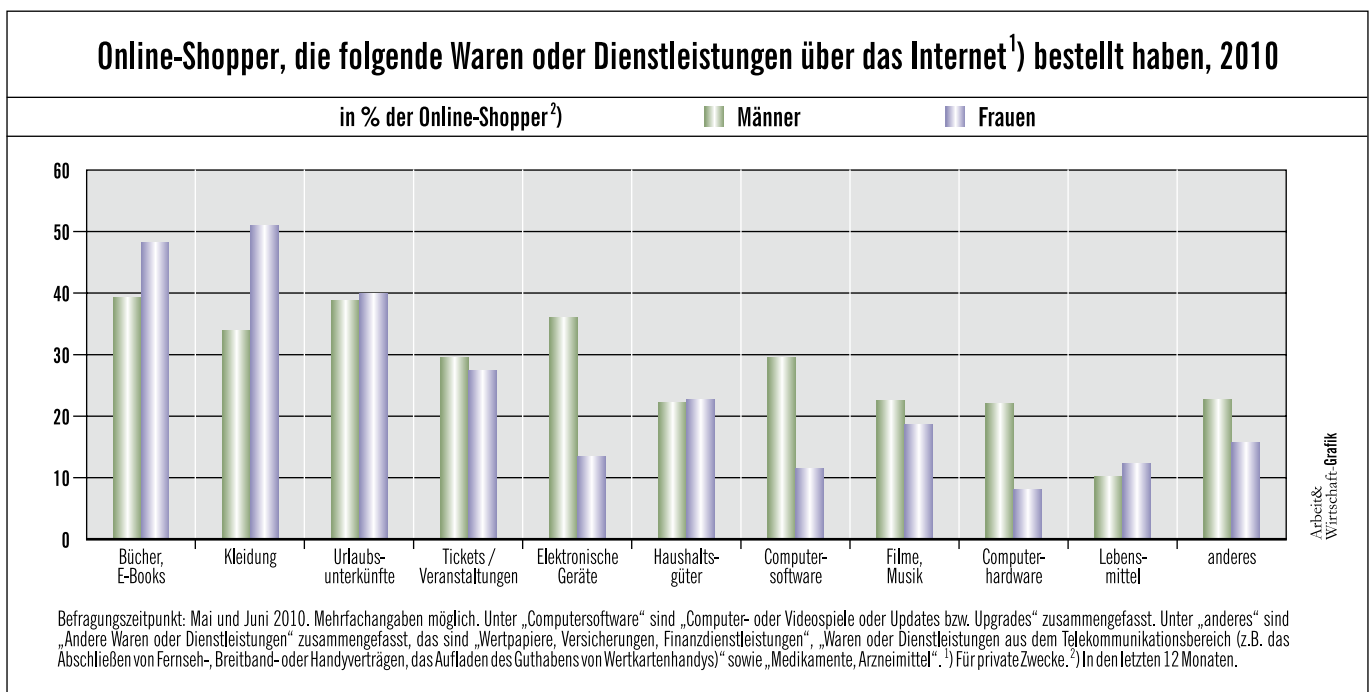
K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
georg.feigl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten



Quelle: Statistik Austria, Europäische Erhebungen über den IKT-Einsatz in Haushalten



Quelle: Statistik Austria, Europäische Erhebung über den IKT-Einsatz in Haushalten 2010

Statistiken sind Argumente

Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat

	Harmonisierte VPI	
	Sept. 10	Okt. 10
Belgien (BE)	2,9	3,1
Deutschland (DE)	1,3	1,3
Irland (IE)	-1,0	-0,8
Griechenland (EL)	5,7	5,2
Spanien (ES)	2,1	2,3
Frankreich (FR)	1,8	1,8
Italien (IT)	1,6	2,0
Zypern (CY)	3,6	3,2
Luxemburg (LU)	2,6	2,9
Malta (MT)	2,4	2,2
Niederlande (NL)	1,4	1,4p
Österreich (AT)	1,8	1,9p
Portugal (PT)	2,0	2,3
Slowenien (SI)	2,1	2,1
Slowakei (SK)	1,1	1,0
Finnland (FI)	1,4	2,3
Eurozone (VPI-EWU)	1,8	1,9p
Bulgarien (BG)	3,6	3,6
Tschech. Republik (CZ)	1,8	1,8
Dänemark (DK)	2,5	2,4
Estland (EE)	3,8	4,5
Lettland (LV)	0,3	0,9
Litauen (LT)	1,8	2,6
Ungarn (HU)	3,7	4,3
Polen (PL)	2,5	2,6
Rumänien (RO)	7,7	7,9
Schweden (SE)	1,5	1,6
Vereinigtes Königreich (UK)	3,1	—
EU (EVPI)	2,2	2,3p
Island (IS)	5,1	4,6
Norwegen (NO)	1,4	1,7
EWU (VPI-EWR)	2,2	2,3p
Schweiz (CH)	0,3	0,2

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Der Arbeitsmarkt im Oktober 2010

	Stand Okt. 10	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
Unselbst. Beschäftigung ohne KUG/Präsenzdiener	3.422.821	-21.046	46.583
ArbeiterInnen	3.317.341	-21.292	53.838
Angestellte u. Beamte	1.313.168	-26.922	23.683
Männer	2.109.653	5.876	22.900
Frauen	1.829.812	-8.423	29.120
AusländerInnen	1.593.009	-12.623	17.463
InländerInnen	454.424	-14.802	30.326
	2.968.397	-6.244	16.257
Vorgemerkte Arbeitslose	226.137	11.970	-19.386
Männer	117.485	5.125	-15.051
Frauen	108.652	6.845	-4.335
AusländerInnen	44.997	4.357	-2.080
InländerInnen	181.140	7.613	-17.306
Jugendliche (bis unter 19)	8.917	-427	-1.250
Jugendliche (19 bis unter 25)	28.281	25.546	-2.804
Ältere (50 bis unter 55)	24.887	1.970	-1.010
Ältere (55 bis unter 60)	17.761	1.186	-652
Ältere (über 60)	4.789	191	-18
Arbeitslosenquote	6,2	0,3	-0,6
Offene Stellen	32.915	-2.149	5.131
Lehrstellensuchende	6.206	-1.117	61
Offene Lehrstellen	4.097	-837	560
Geringfügige Beschäftigung *	296.665	7.923	11.851
Männer	103.127	3.691	5.980
Frauen	193.538	4.232	5.871
ArbeiterInnen	167.404	247	6.195
Angestellte	129.261	7.676	5.656

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Datenquellen: EUROSTAT, Itrd. Monat.
Anm.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HWPI.
r = revidiert; p = vorläufig; — = Daten nicht verfügbar

Wenn Vermögen stiften gehen

In Österreich werden Stiftungen noch immer gerne benutzt, um Vermögen der Besteuerung zu entziehen, jetzt wurde die Zwischensteuer verdoppelt.

Autor: Thomas Lachs

Ehem. Vorstand der OeNB i. R.

Gemma stiften, sagt der Wiener, wenn er sich mit seinen Kameraden heimlich davonschleichen will. Gehen wir stiften, sagen aber auch reiche ÖsterreicherInnen, wenn sie mit Hilfe ihrer Anwälte und SteuerberaterInnen ihre Einkommen und Vermögen der Besteuerung entziehen wollen. Und zwar gar nicht heimlich, sondern ganz legal!

Begonnen hat es eher klein, als ein Versuch, unsere Reichen davon abzuhalten, ihr Geld ins Ausland zu bringen. Inzwischen sind Stiftungen ein respektabler Wirtschaftszweig, der nicht nur dem Staat einen großen Steuerausfall verursacht, sondern auch eine Vielzahl von Anwälten/-innen und SteuerberaterInnen zu reichen Männern (und Frauen) gemacht hat und weiterhin macht.

Stiftungen zu edlen Zwecken

Sind Stiftungen also eine böse Sache, die bekämpft gehört? So einfach kann man das auf keinen Fall sagen. In den meisten Ländern der Welt dienen Stiftungen sogar sehr edlen Zwecken. Es gibt berühmte Stiftungen, wie z.B. die Rockefeller Foundation (das englische Wort für Stiftungen) oder die **Ford Foundation**, die Wissenschaft, Forschung und die Künste fördern. Die **Carnegie Foundation**, die sich der Frie-

densförderung widmet. Die in neuerer Zeit geschaffene Bill & Melinda Gates Foundation hat einen Schwerpunkt in der Bekämpfung von Krankheiten und Hunger in der ganzen Welt. Die Liste ist fast unendlich. Diese Stiftungen werden von reichen Menschen und Familien (vielleicht aus schlechtem Gewissen, aber wenn schon?) mit ihrem eigenen Geld geschaffen, um Gutes zu tun.

Auch in Österreich gab es früher, vor allem in der Monarchie, solche Stiftungen, deren Namen man manchmal auf Häusern sogar noch lesen kann, und einzelne von ihnen existieren sogar noch immer.

Familienrechtliche Verteilungsfragen

Manchmal haben Stiftungen auch den Zweck, familienrechtliche Verteilungsfragen (gerade in Patchwork-Familien) zu lösen, oder einem Vater die Möglichkeit zu geben, für Kinder, an deren kaufmännische Fähigkeiten er nicht glaubt, eine Versorgung sicherzustellen. Denn bei einer Stiftung bringt der (oder die) StifterIn ein gewisses Vermögen ein und legt fest, wofür das Geld verwendet werden soll. Ein Stiftungsvorstand sorgt dann dafür, dass dieser Stifterwille tatsächlich ausgeführt wird. Alles durchaus in Ordnung – aber warum soll das gegenüber anderen zivilrechtlichen Lösungen (etwa einer Vererbung) steuerlich begünstigt sein?

Die allermeisten österreichischen Stiftungen neueren Datums haben jedoch weder einen zivilrechtlichen noch

gar einen gemeinnützigen Sinn. Sie haben einen ganz anderen Stiftungszweck. Sie dienen ausschließlich dazu, den/die StifterIn und/oder deren Familie mit einem Einkommen auszustatten.

Und das mit einer möglichst geringen Steuerleistung. Sie werden errichtet, damit das in sie eingebrachte Vermögen in der Praxis weiterhin dem/der StifterIn und den Angehörigen dient, aber der Staat möglichst wenig Steuer davon bekommt.

Berechtigte Zweifel

Ob das wirklich Sinn macht, wird von vielen, auch dem Autor dieser Zeilen, bezweifelt. Kaum dass Zweifel an den Stiftungen geäußert werden, eilen allerdings die Verteidiger der Stiftungen auf den Plan und warnen vor den schrecklichen Gefahren, die entstehen würden, wenn man diese sogenannten Familienstiftungen wieder abschafft (das traut sich ohnedies niemand) oder, Gott behüte, ihre Privilegien auch nur das kleinste bisschen einschränkt. Das würde zu einem entsetzlichen Kapitalabfluss führen und zahlreiche Arbeitsplätze gingen verloren.

Wirklich? Schon jetzt hindert niemand eine Stiftung daran, ihr Geld im Ausland anzulegen; und viele von ihnen tun genau das. Es gibt sogar gar nicht so wenige AusländerInnen, vor allem Deutsche, die ihre Vermögen in österreichische Stiftungen einbringen (und um ganz sicherzugehen, ihren Wohnsitz, zumindest rechtlich, nach Österreich verlegen), ohne dass sie irgendwelche relevanten Vermögenswerte aus

Es ist ohnedies eine Schande, dass in einem der reichsten Länder der Welt (und das ist Österreich) von den wirklich Reichen so wenig privat für gemeinnützige Zwecke aufgewendet wird: Für unsere Universitäten, für wissenschaftliche Forschung, für Kunst und Kultur und für soziale Wohlfahrt.

dem Ausland deswegen nach Österreich transferieren würden.

Denn in anderen Ländern ist eine so großzügige steuerliche Behandlung von Privatstiftungen wie in Österreich alles eher denn üblich.

Das Argument mit den Arbeitsplätzen stimmt allerdings in gewissem Umfang schon. In Österreich hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine regelrechte Privatstiftungs-Industrie entwickelt. Zahlreiche Rechtsanwälte und SteuerberaterInnen verdienen ein Vermögen daran, Stiftungen zu errichten und immer wieder umzugestalten. Sie und einzelne Manager verdienen ein weiteres Vermögen damit, als Stiftungsvorstände und Aufsichtsbzw. Verwaltungsräte zu werken.

Deren Existenz ist zwar nicht wirklich in Gefahr, aber sie würden vielleicht weniger verdienen und das weniger leicht. Dagegen wehren sie sich verständlicherweise. Doch das kann doch kein Grund sein, ungerechtfertigte Steuerprivilegien (die ja auf Kosten aller anderen SteuerzahlerInnen gehen) aufrechtzuerhalten.

Steuern endlich angehoben

Was also tun? Stiftungen verbieten? Das wird nicht gehen und wäre auch nicht sinnvoll. Wie schon erklärt, gibt es durchaus Stiftungen, die einen wirtschaftlich und gesellschaftlich gerechtfertigten Zweck verfolgen. Also die steuerlichen Begünstigungen für Stiftungen gänzlich abschaffen? Wenn man weiß, wer alles heute schon sein Vermögen in solche Privatstiftungen ein-

gebracht hat, wird man rasch erkennen, dass diese Idee zumindest derzeit nicht durchsetzbar ist.

Im kommenden Budget hat die Regierung nun vorgesehen, dass die Steuer, die Stiftungen auf ihre Einnahmen zahlen müssen (mit einem Fachausdruck: die Zwischensteuer), von lächerlichen 12,5 Prozent auf immerhin 25 Prozent angehoben wird. Das ist ein vernünftiger und durchaus zu begründender erster Schritt!

Gemeinnützige Zwecke

Aber es gäbe noch einen weiteren Ansatz: Man könnte Privatstiftungen verpflichten, einen Teil ihrer Ausschüttungen (also das, was sie an StifterInnen und/oder deren Familien oder andere Privatpersonen auszahlen) für gemeinnützige Zwecke zu widmen. Zum Beispiel mindestens 20 Prozent der Ausschüttungen. Und wenn eine Stiftung dazu nicht bereit ist, dann verliert sie ihre steuerlichen Privilegien.

Es gäbe die steuerliche Begünstigung für Stiftungen also nur noch, wenn sie zumindest eine gewisse Leistung für die Gesellschaft erbringen.

Um es an einem Beispiel ganz konkret zu erklären: Wenn eine solche Stiftung in einem Jahr z. B. 100.000 Euro ausschüttet, dann müsste sie in diesem Jahr mindestens 20.000 Euro für gemeinnützige Zwecke ausschütten; als gemeinnützig in diesem Sinne sollten (der Einfachheit halber) alle EmpfängerInnen gelten, an die jetzt schon aufgrund von Gesetzen und Verordnungen steuerbegünstigt gespendet

WEBLINK

Mehr Infos über Stiftungen:
de.wikipedia.org/wiki/Stiftung

werden kann. Sonst muss die Stiftung alle Steuervorteile der letzten fünf Jahre nachzahlen.

Es ist ohnedies eine Schande, dass in einem der reichsten Länder der Welt (und das ist Österreich) von den wirklich Reichen so wenig privat für gemeinnützige Zwecke aufgewendet wird: für unsere Universitäten, für wissenschaftliche Forschung, für Kunst und Kultur und für soziale Wohlfahrt.

Höchste Zeit

Eigentlich hätte Österreich hier sogar eine große Tradition, die leider mit dem Nationalsozialismus (der Vertreibung der jüdischen **Bourgeoisie** und der nur noch geringen wirtschaftlichen Bedeutung des Adels) zu Ende ging. Vielleicht könnte man mit einer derartigen Änderung des Stiftungsrechtes hier wieder anknüpfen. Zeit dafür wäre es.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
thlachs@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Private wirtschaften besser . . .

... in die eigene Tasche. Der Insolvenzfall der A-Tec von Mirko Kovats macht sichtbar, was der Slogan »Private wirtschaften besser« in Wirklichkeit bedeutet.

Autor: Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist in Wien

Wie sich Mirko Kovats, Chef der nun zur Insolvenz angemeldeten A-Tec Industries, die Welt vorstellt, hat er im vorigen Sommer in seinem Buch dargestellt. Darin erklärt der durch Kauf und Weiterverkauf insolvent gewordener bzw. gemachter Firmen reich gewordene und selbst ernannte »Sanierer« Österreich zum Insolvenzfall. Was nicht verwundert, bedeutet doch sein Vorschlag den Staat erst recht auszuplündern, denn – so Kovats sinngemäß: Firmen sollten nur die Mindestsicherungen für ArbeitnehmerInnen zahlen und den Rest der Staat. Wie? Über noch höhere Steuern bei den arbeitenden Menschen, weitere Steuerensenkungen für Unternehmen oder noch mehr Flexibilisierung der Arbeit(szeit).¹

Es gilt die Unschuldsvermutung

Kein Wunder, wenn einem jetzt von so viel Insolvenz der Kopf schwirrt. Genug der Verwirrung, lüften wir soweit es uns möglich ist ein wenig den Schleier. Vorweg: Fing früher jede Geschichte mit dem Satz »Es war einmal ...« an, so ist es heute unerlässlich der folgende: »Es gilt für alle Beteiligten und hier Genannten die Unschuldsvermutung.« Auch wenn das abgedroschen klingen mag und moralisch und menschlich nicht mehr viel bedeutet. Aber rechtlich ist es nun einmal so. Umso mehr, als man ja nicht weiß, wie des Ministeriums Justiz-Gerichte entscheiden: z. B. nach

der OGH-Nicht-Verantwortlichkeits-Sprechung für Kärntens Landeshauptmann Dörfler zum gemeinsamen Ortstafelverrückten mit Ex-LH Haider. Zudem sind etwa auch Grasser, Kulterer, Meinl, Flöttl oder Waffengrafen und Co. justizunschuldige Männer. Wer kennt sich da noch aus? Willkommen im Unschuldssumpf.

Selfmademan, Hardliner, Vordenker, Querdenker, Industrieller, so bezeichnet sich Mirko Kovats gerne selbst. Der Werkzeugfirmenvertreter in Osteuropa begann seinen Aufstieg bis zum jetzigen Fall 1997 mit dem Kauf des insolventen Salzburger Maschinenproduzenten Emco. In den 1990er-Jahren hatte er sich an Diskotheken in Österreich beteiligt, die zum Teil durch bis heute ungeklärte Umstände pleite gingen. Weitere Käufe folgten nach der Jahrtausendwende: ATB Austria Antriebstechnik, Montanwerke Brixlegg oder Austrian Energy & Environment (AE&E). Gemeinsam mit Partnern wurde 2003 ein Anteil an dem größten Technologiekonzern Österreichs, der damals noch verstaatlichten VA Tech (17.500 Beschäftigte, davon 8.000 in Österreich), erworben und nur ein Jahr später an den Konkurrenten Siemens weiterverkauft, zerstückelt und Beschäftigte hinausgeworfen, obwohl vorher das Gegenteil versichert wurde.

Schon damals kritisierten die Gewerkschaften das dubiose Zusammenspiel der blau-schwarzen Regierung und der blindwütigen Privatisierung durch ÖIAG-Chef **Michaelis**, die Kovats den Zuschlag gab: »Sollte Mirko Kovats, der mit seiner Victory Industriebeteiligungs AG rund 13 Prozent der VA Tech-Aktien hält, an Siemens verkaufen, würde er einen Gewinn von bis zu 68 Mio. Euro einstreifen.«² Als

Kovats mit der A-Tec Industries 2006 an die Börse ging, »machte er damit noch mehr Geld« als mit dem Verkauf der VA Tech.³

A-Tec-Gruppe: 70 Firmen weltweit

Die A-Tec-Gruppe ist ein Industriekonglomerat aus ca. 70 Firmen weltweit. Im Film »Let's make money« rühmt sich Kovats ob der billigen Löhne in Indien und schlägt vor, in Österreich auch die Löhne zu senken.⁴

2009 machte der Konzern mit weltweit rund 12.000 Beschäftigten fast drei Mrd. Euro Umsatz und 54 Mio. Euro Gewinn. Noch im August 2010 wurde die Geschäftsentwicklung rosig dargestellt, bis Anfang Oktober nichts von der Dramatik veröffentlicht. Noch eine Woche vor dem Konkursantrag der A-Tec, am 28. Oktober, wurde die Tochterfirma AE&E positiv bewertet. Sie erbringt zwischen 60 und 80 Prozent des Konzernumsatzes. Von 2007 bis zum Insolvenzantrag stürzte die A-Tec-Aktie von 50 auf 2,3 Euro ab. Am 24. November meldete die AE&E, zwei Tage später auch deren Tochterfirma in Raaba (Steiermark) Konkurs an. Der A-Tec-Konkurs samt dem der Tochter AE&E dürfte der zweitgrößte der Zweiten Republik werden. Man sieht schon: Private wirtschaften besser ...

Für die Betriebsräte ist der aus Simmering Graz Pauker (SGP) und Waagner-Biro hervorgegangene Anlagenbauers AE&E an sich ein gesundes Unternehmen. Die

¹ siehe: »Mirko Kovats: Die Sowjets hatten recht – 62 Thesen eines Querdenkers«

² ÖGB 00, 3. 9. 2004

³ ÖÖN, 22. 10. 2010

⁴ siehe: »Caspar Dohmen: Let's make money – Was macht die Bank mit unserem Geld?« 2008



Was diese Art von »Staatsrepräsentanten« und Privatiers gemeinsam haben ist, Staatsschulden hin, Firmenpleiten her: Hauptsache die arbeitenden Menschen lassen sich die Zeche dafür aufbrummen.

Pleite ist nicht im gescheiterten »Australienprojekt« begründet. Schuld an der aktuellen Situation trage in erster Linie die »extreme Expansionspolitik« der A-Tec, die von der AE&E mitzufinanzieren war: »Die Gewinne der vergangenen Jahre seien für die Finanzierung von Unternehmenszuleihen der Holding von A-Tec abgeschöpft worden. Zudem habe die AE&E Darlehen und Anleihen im dreistelligen Millionenbereich an andere Konzernunternehmen vergeben.«⁵

Private gehen stiften

Und wo ist das Geld, das die A-Tec die Jahre davor verdient hat? Das Grundkapital der A-Tec-Industries beträgt 6,6 Mrd. Euro. Die A-Tec gehört zu zwei Drittel Mirko Kovats (55,2 Prozent der M.U.S.T Privatstiftung von Mirko Kovats und 11,3 Prozent Capital und Industrie Investment AG, Los Angeles), zu 6,9 Prozent der J.E. Loidold Privatstiftung; 26,6 Prozent notieren an der Börse. Für eine Sanierung der A-Tec muss, so Wilhelm Rasinger vom Interessenverband für Anleger (IVA) »Mirko Kovats aus allen Funktion entfernt« werden oder für die Firmensanierung einen »massiven Geldbetrag aus seiner Privatstiftung« entnehmen. Allein 2009 hätte sich der Dreier-Vorstand eine Erfolgsprämie von 1,6 Mio. Euro neben einer Mio. Euro Fixbezüge ausbezahlt. Der IVA-Präsident geht davon aus, dass der Vorstandsvorsitzende den Löwenanteil kassiert habe.⁶ Es

bleibt also die Frage, ob der Sanierer-Spezialist Kovats sich mit der A-Tec-Sanierung wiederum nur selbst saniert ... Jedenfalls wäre er in »guter Gesellschaft«: In den seit 1994 existierenden derzeit rund 3.400 Stiftungen liegt ein Gesamtvermögen von mindestens 80 Mrd. Euro. 60 Prozent davon sind Unternehmensbeteiligungen. Stiftungseingangssteuer: »horrende« 2,5 Prozent!⁷ Fast im gleichen Zeitraum, von 1995 bis 2008, sind durch das Sinken der Lohnquote um sieben Prozent den ArbeitnehmerInnen, die im Schnitt 40 Prozent »Eingangssteuer« (= Lohnsteuer) zahlen, in Summe 98 Mrd. Euro vorenthalten worden.⁸ Dabei muss man sagen, dass der Staat dann nicht besser ist als ein »Privater«, wenn er mit dem ihm durch die SteuerzahlerInnen/WählerInnen anvertrauten Geld (Steueraufkommen) so verfährt, als wäre es sein Privateigentum, wie dies z. B. die ÖIAG tut.

Die Zeche zahlen wir

Was diese Art von »Staatsrepräsentanten« und Privatiers gemeinsam haben ist, Staatsschulden hin, Firmenpleiten her: Hauptsache die arbeitenden Menschen lassen sich die Zeche dafür aufbrummen. Wie schreibt ein Internet-Blogger zu den jüngsten Protesten gegen das Belastungspaket der Bundesregierung: »Es genügt nicht, dass die Interessenvertretungen der Beschäftigten zur Teilnahme an Protesten der Zivilgesellschaft aufrufen, sie sollten als einer der mächtigsten Teile davon selbst dazu organisieren. Das wäre wirkungsvoll.« Und ein Betriebsrat bei der Demonstration meint: »Wir verhandeln und verhandeln, und am Ende machen die Leute uns statt die Re-

⁵ Presse/APA, 17. 11. 2010

⁶ Presse, 21. 10. 2010

⁷ APA/VÖP, Verband österreichischer Privatstiftungen

www.stiftungsverband.at

⁸ ÖSTAT, 2008

⁹ www.zukunftsbudget.at

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.a-tecindustries.com
www.stiftungsverband.at
www.oegb.at
www.arbeiterkammer.at

gierung oder die Banken für die Belastungen verantwortlich, oder wählen dann in ihrer Ohnmacht und Wut gar den Strache. Meine Schlussfolgerung: Wir müssen mehr handeln und weniger verhandeln.«⁹

Bei der Präsentation seines Buches erklärte Kovats: »Würde ich wie unsere Politiker handeln, würde mir das vermutlich zehn Jahre Gefängnis einbringen.« Macht der A-Tec-Chef etwas anderes als die Politiker? Nein, Schulden: seine Firmen sind pleite, der ganze »Erfolg« auf Pump. Und wieder sind die Beschäftigten die Opfer, die durch die Spekulationen ihre Arbeitsplätze und Einkommen verlieren. Währenddessen sitzt Herr Kovats nicht dort, wo er selbst die PolitikerInnen hinwünscht, sondern auf Kosten der Allgemeinheit, der SteuerzahlerInnen und Arbeitenden, auf seiner aus Gewinnabschöpfungen wohl ausgestatteten, extrem steuerschonenden Privatstiftung.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
w.leisch@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kapitalismus im Umbruch?!

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren das Thema eines volkswirtschaftlichen Seminars für SchülerInnen und Lehrende.

Das Wirtschaftssystem, das unser Leben prägt, ist ins Wanken geraten. Stehen wir vor einem Systemabsturz? Wenn ja, wie sollte der Neustart aussehen? Oder ist es lediglich eine etwas stärkere Schwankung des »Auf und Ab« der Märkte?

In den letzten zwei Jahren ging es bei vielen Wirtschaftsmeldungen um Verluste in Milliardenhöhe – es besteht ein enormer Bedarf an Sanierung durch Steuergelder. Die Verantwortung der Verursachenden scheint sich verflüchtigt zu haben, die Verluste werden sozialisiert.

Zurück bleiben die Steuerzahler, die die eingebrockte Suppe auszulöffeln haben. Wie sollen Demokratien auf den sozialen Sprengstoff der Finanz- & Wirtschaftskrise reagieren?

Zum Thema »Kapitalismus im Umbruch?!« fand das 8. VWL-Perspektiven-Seminar – in langjähriger Kooperation mit dem »Arbeitswelt und Schule«-Projekt der AK Wien und des ÖGB, der OeNB, ifte.at und der KPH Wien/Krems statt.

Im Zentrum stand der Diskurs über die Ideengeschichte der Ökonomie und mögliche Modelle für eine Zukunft einer verantworteten Marktwirtschaft.

Am dritten Tag des Seminars diskutierten 75 LehrerInnen und 250 SchülerInnen über »Der gute Kapitalismus ... und was sich da-

für nach der Krise ändern müsste«. Die SchülerInnen waren eingeladen, einen Artikel über diesen Tag zu verfassen. In das Finale kamen die drei Artikel von Pia Hopfenwieser, Raphael Zajac und Sabrina Kotrba.

Den Artikel von Pia Hopfenwieser möchten wir Ihnen hier vorstellen:

Kapitalismus und Demokratie

Autorin: Pia Hopfenwieser

Schumpeter BHAK & BHAS

Wie kann ich meine Heimat, unsere Wirtschaft oder sogar die ganze Welt beeinflussen, und vor allem in welche Richtung soll und kann ich sie überhaupt verändern? Das ist eine Frage, mit der sich jede/r Einzelne/r von uns leider viel zu selten wirklich intensiv beschäftigt. Warum auch, wenn es doch immer so schöne Sündenböcke für alles gibt. Wird die Umweltbedrohung besprochen, so zeigt jeder nur allzu gern auf die böse Fabrik, und bei der Finanzkrise fällt der Blick automatisch übers Meer nach Amerika und zu den, natürlich immer hämisch grinsenden, Börsenmaklern/-innen. Doch ist es wirklich so einfach?

KonsumentInnen entscheiden

Wenn es darum geht zu entscheiden, welche Art des Wirtschaftens gefördert wird

beziehungsweise welches Unternehmen wächst, dann ist es der Konsument, der alle Macht in den Händen hält und damit eigentlich auch, wenn auch nur indirekt, mit die Verantwortung trägt, wenn er oder sie zum Beispiel die Produkte kauft, bei deren Erstellung unsere Umwelt durch die Abgase der Fabrik geschädigt wurde.

Wir haben die Wahl

Doch nicht nur als KonsumentIn trägt jede/r von uns die Verantwortung für das was passiert, sondern auch als kritische/r und vor allem informierte/r WählerIn/Wähler bin ich eingebunden in die Entwicklung unserer Wirtschaft. Oft ist die Politik regiert von kurzsichtigen Entscheidungen und der Angst, mit notwendigen Reformen einzelne WählerInnen abzuschrecken. Doch das ist eigentlich nur eine logische Folge des Wahlverhaltens vieler, die sich entweder uninformiert oder viel zu eigensinnig entscheiden und das Gesamtwohl vergessen.

WEBLINKS

»Kapitalismus im Umbruch?!«
ein ZIS-Spezial (Heft 4/2010)
mit 150 Zeitungsartikeln fachdidaktisch
bearbeitet.

www.zis.at

Website zum VWL-Perspektiven-Seminar
www.ifte.at



Podiumsdiskussion mit ÖGB-Präsident Erich Foglar, Julia Bachtrögler, Vorsitzende der wipol akademie Wien/NÖ, Moderator Josef Aff von der WU Wien, Politikwissenschaftler Adam Pawloff, »Göttin des Glücks«-Chefin Lisa Muhr und Buchautor Sebastian Dullien.

Damit fehlt der Mut, dringend notwendige Reformen, wie zum Beispiel strengere Regeln für den Finanzsektor oder auch eine stärkere Förderung für Umweltschutzmaßnahmen, tatsächlich umzusetzen. Es ist dieselbe Mutlosigkeit, die auch eine Ursache für die noch nicht ganz überstandene Finanzkrise war, denn auch damals war die Angst, mit einer strengeren Regulierung der Finanzmärkte vielleicht den einen oder anderen Aktionär zu verlieren, ausschlaggebend.

Aber natürlich hat die Politik nur begrenzte Möglichkeiten, Grenzen zu setzen und die Entwicklung der Weltwirtschaft langfristig und vor allem positiv zu verändern. Es bringt zum Beispiel nur eingeschränkt etwas die Tabaksteuer zu erhöhen, wenn am Ende doch jeder/jede einzelne RaucherIn entscheidet, sich nicht von der Sucht zu befreien. Es muss stattdessen ein Umdenken in den Köpfen der Menschen, aber auch in der öffentlichen Meinung stattfinden, um, gemeinsam mit unterstützenden Maßnahmen der Politik, wie eben der Tabaksteuer, tatsächlich etwas verändern zu können.

Kapitalismus und Demokratie

Das bedeutet, dass sich jede/r Einzelne selbst damit auseinandersetzen muss, welche Werte er/sie in der Gesellschaft verankert sehen will, und dann auch dazu beitragen diese zu festigen. Prof. Dr. Sebastian Dullien, Professor für allgemeine Volkswirtschaftslehre an der HTW Berlin, hat während des VWL-Perspektiven-Seminars zum Thema »Kapitalismus und Demokratie« dazu beigefügt,

dass dem Einfluss von einzelnen KonsumentInnen auf die Wirtschaft Grenzen gesetzt seien, weil unser »switch« von Sozial- auf Marktmodus uns dazu bringt, am Ende doch hauptsächlich an einem geringen Preis interessiert zu sein.

Natürlich wird sich jemand der finanziell nur eingeschränkt dazu in der Lage ist öfter gegen teureres Bio-Gemüse entscheiden, und selbst für BesserverdienerInnen überwiegen oft die rein wirtschaftlichen Argumente über Nachhaltigkeit oder die eigenen Werte. Aber auch wenn es nur wenige Kaufentscheidungen sind, die wir uns als informierte KonsumentInnen ein zweites Mal überlegen, wäre das ein Schritt in die richtige Richtung.

Fehlender Realitätssinn

Ein weiteres Beispiel dafür, wie wir alle zumindestens teilweise Mitschuld haben an dem Schlamassel, in dem die Weltwirtschaft heute steckt, ist der fehlende Realitätssinn vieler ÖsterreicherInnen, wenn es um das stark reformierungsbedürftige Pensionssystem geht. Der Großteil der Staaten der Europäischen Union hat eingesehen, dass es zwar natürlich nett wäre, wenn wir nicht so lange arbeiten müssten, aber anhand der immer älter werdenden europäischen Bevölkerung leider finanziell schwer machbar. Anstatt aufgrund der Gefahren einer zu hohen Verschuldung von deutlich über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die Notbremse zu ziehen und den Spargürtel anzulegen, werden die Pensionen in Österreich anlässlich des neuen Budgets unangetastet gelassen, um den WählerInnen keine Angst zu machen. Ironi-

BUCHTIPP

Sebastian Dullien, Hansjörg Herr, Christian Kellermann:

Der gute Kapitalismus

... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste.

Vorwort v. Gesine Schwan.

2009, 242 Seiten, € 20,40

ISBN 978-3-8376-1346-9



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132

fachbuchhandlung@oegbverlag.at

scherweise wird aber dafür das Kindergeld sehr wohl gekürzt.

Während die Finanzkrise im ersten Augenblick hauptsächlich ein Schock für KonsumentInnen, Anleger, Unternehmen und die Politik war, so sollte man sie auch positiv sehen können. Denn sie bietet nicht nur die Möglichkeit für die Durchsetzung dringend notwendiger Reformen, sondern hilft auch ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie wichtig nachhaltiges Wirtschaften für uns alle ist.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin entrepreneurship@gmx.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Antithese: einer These entgegengesetzte Behauptung; Unterschiede können dadurch besonders hervorgehoben werden. (Seite 19)

Bourgeoisie: wohlhabendes Bürgertum; herrschende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft. (Seite 41)

Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG): Im Mai 2010 für die Jahre 2011 bis 2014 beschlossenes Gesetz, das detaillierte Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Ressorts vorsieht, außerdem einen Konsolidierungsbeitrag für Länder und Gemeinden. (Seite 36)

Carnegie Foundation: Der schottisch-amerikanische Industrielle Andrew Carnegie (1835–1919) hat drei bekannte Stiftungen errichtet: Die Carnegie Corporation of New York, eine der ältesten und bedeutendsten Stiftungen in den USA zur Förderung von Bildung und Wissen (vor allem auch bei Minderheiten). Die Carnegie Foundation for the Advancement of Teaching, ein unabhängiges Politik- und Forschungszentrum in Stanford, das sich hauptsächlich mit den Themen Erziehung, Bildung und Lernen beschäftigt. Drittens die Carnegie Foundation in Holland, von welcher der Friedenspalast in Den Haag errichtet wurde, in dem der Internationale Gerichtshof, der Ständige Schiedshof, die Haager Akademie für Völkerrecht und eine bedeutende Völkerrechtsbibliothek ihren Sitz haben. Die Foundation vergibt außerdem jährlich den Wateler Friedenspreis. (Seite 40)

Deaton, Angus: britischer Ökonom und Professor in Princeton (geb. 1945), der sich besonders mit Mikroökonomie, Gesundheits- und Entwicklungsökonomie beschäftigt. (Seite 21)

Dumpster Diving: auch Dumpstern (sprich: dampstern) oder Containern: Suche nach noch brauchbaren (v. a. von Supermärkten weggeworfenen) Lebensmitteln in Abfallcontainern. (Seite 23)

EZA Fairer Handel: Im November 1975 als EZA-Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt GmbH gegründete alternative Handelsgesellschaft; rund 140 Organisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten profitieren als EZA-Lieferanten von verlässlichen Handelsbeziehungen zu fairen Preisen. (Seite 25)

Ford Foundation: 1936 durch Zuwendungen von Henry Ford und dessen Sohn Edsel gegründete Stiftung, deren Ziele die Verbreitung der Demokratie, Reduzierung der Armut und die Förderung der internationalen Verständigung sind. Hauptsitz der Foundation ist in New York. (Seite 40)

Fordismus: Die von dem US-Industriellen Henry Ford im Ersten Weltkrieg eingeführten Produktionsmethoden (Fließbandarbeit, hochspezialisierte Maschinen etc.) hatten auch gesellschaftliche Konsequenzen. Für die in Massenfertigung entstandenen technisch fortschrittlichen Gebrauchsgüter mussten entspre-

chende massenhafte Absatzmärkte vorhanden sein bzw. geschaffen werden. Voraussetzung dafür, dass möglichst viele Menschen sich möglichst viel leisten können, waren gesicherte, möglichst gut bezahlte Arbeitsplätze. (Seite 14)

Global Organic Textile Standard (GOTS): Führender Standard für Naturtextilien, der 2006 etabliert wurde und heute mit mehr als 2.800 zertifizierten Textilproduzenten und -verarbeitungsbetrieben in rund 50 Staaten kooperiert. (Seite 25)

Greenwash(ing): Grünwaschen – angelehnt an den englischen Begriff whitewash (schönfärben) und an die Farbe Grün als Symbol für Natur- und Umweltschutz. (Seite 24)

Hybridauto: Fahrzeug, in dem mindestens zwei verschiedene Antriebsarten kombiniert werden, in der Praxis sind dies meist ein Verbrennungsmotor und ein Elektroantrieb. Hauptverantwortlich für den Antrieb ist der Verbrennungsmotor, allerdings mit reduzierter Leistung. Bei Bedarf wird dieser vom Elektromotor mit seinem hohen Drehmoment unterstützt. Dabei wird gleichzeitig die Batterie geladen. Überschüssige Energie, die etwa beim gleichmäßigen Geradeausfahren auf ebenen Strecken entsteht, wird beim Hybridauto in einer Art Antriebsbatterie gespeichert, was letztendlich den Benzinverbrauch reduziert. (Seite 24)

Kahnemann, Daniel: israelisch-amerikanischer Psychologe (geb. 1934), erhielt 2002 zusammen mit Vernon L. Smith den Wirtschaftsnobelpreis. Bekannt wurden hauptsächlich seine Arbeiten zu Urteilsheuristiken (unbewusste Denkvorgänge bei schnellen Entscheidungen) und deren Zusammenhang mit kognitiven Verzerrungen. (Seite 21)

Kohärenz: Zusammenhang (Seite 26)

Kontextualisierung: Begriff aus der Sozialwissenschaft/Linguistik: Entscheidungen, Handlungen und Äußerungen finden in einem bestimmten Kontext (Zusammenhang, Umfeld) statt und können nur dort einwandfrei verstanden werden. Kontextualisierung bedeutet, seine Entscheidungen, Meinungen, Forderungen etc. so zu kommunizieren, dass diese auch in einem anderen Umfeld bzw. in möglichst vielen anderen Umfeldern verstanden bzw. nachvollzogen werden können. (Seite 15)

KPH: Kirchlich pädagogische Hochschule (Seite 44)

Lovos: Lifestyle of voluntary simplicity = Lebensstil freiwilliger Einfachheit (Seite 25)

Michaelis, Peter: österreichischer Manager (geb. 1946), seit 2001 Vorstandssprecher der ÖIAG, 2008 wurde er von vielen Seiten heftig kritisiert, als durch sein Vorgehen die Lufthansa als einziger Bieter bei der AUA-Privatisierung übrigblieb. Ende Juni 2011 endet Michaelis' Vertrag mit der ÖIAG, er wird sich nicht neu um den Job bewerben. (Seite 42)

NeSoVe: Netzwerk Soziale Verantwortung; vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und von den Arbeiterkammern Burgenland, Kärnten, Steiermark und Wien unterstütztes Netzwerk zur Förderung, Weiterentwicklung und Beobachtung der sozialen Verantwortung von Unternehmen. (Seite 27)

Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung: 1979 gegründete außer-universitäre Forschungseinrichtung zur empirisch-quantitativen Erforschung politischer Phänomene. Der österreichische Soziologe Paul Felix Lazarsfeld (1901–1976) gilt als Begründer der empirischen Sozialforschung, er wurde unter anderem für die Studie »Die Arbeitslosen von Marienthal« gemeinsam mit seiner Frau Marie Jahoda bekannt. Lazarsfeld emigrierte 1935 in die USA. (Seite 31)

Philanthrokapitalismus: Der Begriff (Philanthrop = Menschenfreund, Wohltäter) wurde um die Jahrtausendwende zuerst unkritisch geprägt als Werbung für einen Kapitalismus, bei dem Superreiche aus ethischen Gründen und wegen der sozialen Anerkennung einen wesentlichen Teil ihres Vermögens zur Verfügung stellen. Dies wurde als bessere Alternative zu erzwungenen Umverteilungen beworben. Von den Kritikern kam bald der Vorwurf, dass es dabei meist um die aggressive kurzfristige Umsetzung von Aktivitäten geht, die sich möglichst bald selbst tragen sollen. Ziele wären letztendlich die Marktausweitung und die Umwandlung von Bedürftigen in Marktsubjekte. (Seite 20)

Social Impact: 1997 gegründete KünstlerInnen-gruppe, die vor allem in Form von Interventionen gesellschaftspolitische Reibungsflächen und Konflikte sichtbar machen möchte. Eines der Schwerpunktthemen von Social Impact sind die Handlungseinschränkungen marginalisierter Gruppen. (Seite 20)

Tiefeninterview: Interview in Gesprächsform, Ziel ist dabei, über die vorgegebene Frage-Antwort-Form der Meinungsbefragung hinaus, die Einstellungen, Motive und Meinungen des Interviewten zu erfahren. (Seite 14)

VGR: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; international anerkannte Methode zur Erfassung des makroökonomischen Wirtschaftskreislaufs, mit der wirtschaftliche Beziehungen zwischen den volkswirtschaftlichen Sektoren im Wirtschaftskreislauf eines Landes für einen bestimmten Zeitraum in Zahlen dargestellt werden. (Seite 34)

VWL: Volkswirtschaftslehre (Seite 44)

Wiener Tafel: 1999 ins Leben gerufene Non-Profit-Organisation, die überschüssige Nahrungsmittel (aus Probe-, Über- oder Fehlproduktionen u. Ä.) einsammelt und an Obdachlosen-Herbergen, Mutter-Kind-Heime und Flüchtlingshäuser verteilt. (Seite 22)

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

BETRIEBSRATSREALITÄTEN

Betriebliche Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften und Betriebsräten im Kontext der Globalisierung



Reihe: Studien und Berichte || Becksteiner, Reiter, Steinklammer || 296 Seiten

Preis: € 24,90

ISBN: 978-3-7035-1438-8

Erstmals in Österreich stehen in diesem Buch die BetriebsrätInnen sowie die Probleme und Herausforderungen, denen sie sich täglich im Betrieb stellen, im Zentrum einer qualitativen Untersuchung. Ausgehend von den unterschiedlichen Machtpotentialen von Gewerkschaften und Betriebsräten wird, basierend auf problemzentrierten Interviews mit Betriebsratsmitgliedern im Lebensmitteleinzelhandel und GewerkschaftssekretärInnen der GPA-djp, eine Verortung von Gewerkschaft und Betriebsräten in den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen vorgenommen.

Die beiden zentralen kulturellen Praxen der Sozialpartnerschaft, Vertrauensbeziehung und Verrechtlichung auf betrieblicher Ebene, werden dabei einer kritischen Untersuchung unterzogen und Potentiale zur Steigerung der betriebsrätlichen und gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit offengelegt.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

 **JA, ICH BESTELLE ...**
Anzahl der Exemplare

Name	Vorname
------	---------

Firma/Institution

Telefon	E-Mail
---------	--------

Anschrift	PLZ	Ort
-----------	-----	-----

Datum, Unterschrift

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

2010 war das Jahr, in dem der ÖGB lautstark die gerechte Verteilung des Wohlstands verlangt hat. Ein bisschen etwas wird umverteilt, zum Beispiel Banker, Aktionäre und Stifter müssen Beiträge zum Gemeinwohl leisten. Das ist ein Anfang.

Wir bleiben aber dabei: Es geht noch mehr, es muss noch fairer zugehen im viertreichsten Land der EU.

Daher gilt auch 2011: FAIR TEILEN. Was im Budget noch fehlt, werden ÖGB und Gewerkschaften weiter fordern, allen voran ein gerechtes Steuersystem mit Entlastung von ArbeitnehmerInnen und mehr Beiträgen von den Vermögenden.

Es ist genug für alle da.



WIR MÜSSEN ~~ALLE SPAREN~~ NOCH FAIRER TEILEN

WWW.FAIRTEILEN.AT
WWW.FACEBOOK.COM/FAIRTEILEN

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/
Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW